

Heft 190

Ausgabe 3 | 2012

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro



spow

„Soziale Ungleichheit und Wirtschaftskrise“

Sebastian Dullien
Finanzmarktreformen nach der Krise und
Versprechungen der G20: Was wurde
umgesetzt?

Michael Dauderstädt
Ungleichheit und Staatsverschuldung

Angelica Schwall-Düren
Europas Jahrhundertaufgabe: Wohlstand
und Zusammenhalt in ganz Europa

Interview mit Wolfgang Münchau
„EFSS und ESM sind Schutzschirme, aber
keine Krisenlösungsansätze“

Kurzum | von Cordula Drautz

„Es könne nicht sein, dass der Haushalt einzelner Staaten, auch der Bundesrepublik Deutschland, zum Selbstbedienungsladen anderer Länder werde.“ tönt der FDP-Fraktionsvorsitzende Brüderle und spricht sich für mehr Sanktionsmechanismen aus. Auch Merkel, Kauder und der Rest der Regierungsmannschaft verkünden unisono, dass man keine „Rabatte“ gewähren wolle und auf Erfüllung der Sparauflagen beharre. Die Bundesregierung sieht sich als Hüterin einer harten Linie. Allenfalls will man den Griechen etwas mehr Zeit gewähren. Woanders gilt diese Haltung als ökonomisch zumindest fragwürdig und politisch teilweise als illegitime Einmischung in die internen Angelegenheiten Griechenlands. Um die Differenzen zwischen Deutschland und dem Rest der Welt in der Wahrnehmung der deutschen Außenpolitik zu spüren, muss man nicht erst die Fußballvergleiche lesen, die griechische Boulevardblätter im Vorfeld des Viertelfinales der Europameisterschaft titelten. Das Foto des G-20-Gipfels zeigte zwar nur lächelnde Staats- und Regierungschefs, harmonische Einigkeit über den Weg aus der Euro-Krise herrschte aber allenfalls in der Einschätzung, dass die Zeit dränge. In all' ihrer Entschlossenheit ist die Bundesregierung sogar erneut vom Bundesverfassungsgericht gerügt worden, weil sie die Mitwirkungsrechte des Bundestages nicht ausreichend berücksichtigt.

Kurzum: Selbst- und Fremdwahrnehmung klaffen im Fall der schwarz-gelben Außenpolitik eklatant auseinander. Man muss dabei nicht den teilweise schablonenhaften Apokalypse-Szenarios des Nobelpreisträgers Krugman folgen, der durch die „deutsche“ Politik einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone als unvermeidlich sieht und eine Massenkaptitalflucht befürchtet. Sein Vorwurf, dass die Eurokraten das Problem lediglich in eine unökonomische Moral kleideten, in der die betroffenen Länder gesündigt haben und nun büßen müssten, ist jedoch berechtigt. Ebenso die Kritik an der mangelnden Europäischen Integration. Eine ge-



⇒ Cordula Drautz ist Politikwissenschaftlerin, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

Foto: privat

meinsame Währung, aber separate nationale Haushalte und weitgehend getrennte Arbeitsmärkte und Steuerpolitiken, sind ein strukturelles Problem. Die Regierung Merkel sieht sich als Lebensretter Europas und ist durch die Sparpolitik in Wahrheit ihr Totengräber. Wo Staaten nicht mehr durch Wirtschaftswachstum und etwas Inflation ihre Schulden real abbauen können, sind sie zu Jahren der Deflation und Stagnation verdammt. Eine Politik, die mehr Angst vor der Bildschlagzeile als vor dem europäischen Schaden hat, ist fahrlässig. Die Ratifizierung von Fiskalpakt und Euro-Rettungsschirm ESM steht kurz bevor. Die schwarz-gelbe Koalition benötigt bei der Umsetzung des Fiskalpaktes in Bundestag und Bundesrat die Opposition. In beiden Kammern ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig. Schon lassen sich die Länder ihre Zustimmung im Gegenzug für eine finanzielle Entlastung der Kommunen abkaufen. Europäisch ist das nicht. Eine wirkliche europäische Initiative wäre es, wenn mit der Einführung der Finanztransaktionssteuer erstmals so etwas wie eine europäische Steuerhoheit geschaffen würde, statt einer national erhobenen Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte. Die Alten wählten die konservative Nea Dimokratia aus Angst um ihr Vermögen, die Jungen wählten die Linkspartei Syriza aus Angst um ihre Zukunft, beschrieb ein politischer Beobachter das Griechenland-Referendum treffend. Tröstlich aus europäischer Sicht ist zumindest, dass erstmals europäische Parteipolitik eine Rolle spielte. SPD und Parti Socialiste schmiedeten eine Allianz, die Merkel zu einer Akzentverschiebung zwang. Ein europäischer Hoffnungsschimmer. ■

■ Meinung

Leiharbeit – Tarif-Erfolg braucht Unterstützung durch linke Politik
| Kai Burmeister 4

Debatte:

Die Grenze des Konfliktes | Huda Zein 5

Syrien ist nicht Libyen | Rainer Arnold 6

„EFSF und ESM sind Schutzschirme, aber keine Krisenlösungsansätze

| Interview mit Wolfgang Münchau 7

NRW zeigt: Partei, Programm und Personal müssen zusammenpassen | Oliver Kaczmarek 9

■ ■ Im Fokus: „Soziale Ungleichheit und Wirtschaftskrise“

Einleitung zum Schwerpunkt | Björn Hacker, Thilo Scholle, Till van Treeck 10

Wer sind die „99 Prozent“? | Till van Treeck 14

Finanzmarktreforment nach der Krise und Versprechungen der G20:
Was wurde umgesetzt? | Sebastian Dullien 19

Europa steht auf der Kippe – Drei Entwicklungspfade sind möglich
| Klaus Busch 24

Europas Jahrhundertaufgabe: Wohlstand und Zusammenhalt in
ganz Europa | Angelica Schwall-Düren 29

Ungleichheit und Staatsverschuldung | Michael Dauderstädt 35

Zur Kritik der modernen Chancenideologie | Franz Walter 40

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Zu früh aufm Platz | Tom Strohschneider 45

Stichwort Wirtschaftspolitik: Die wirtschaftliche Entwicklung in Spanien
oder: Griechenland ist nicht das einzige Problem | Arne Heise 46

Die aktuelle Zahl: 0,1 | Michael Reschke 48

Vom Objekt zum Subjekt?! | Kemal Bozay 49

Wahljahr mit klarem Trend und unklarer Richtung | Stephan Klecha 53

„Deckmantel Schuldenbekämpfung: Europäische Linke muss den
Sozialstaat verteidigen“ | Interview mit Liêm Hoang-Ngoc 57

Rezensionen:

Am Ausgangspunkt des Marxismus? | Thilo Scholle 63

Zwischen Darwin und Marx | Thilo Scholle 66

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen: Bericht zur spw-Frühjahrstagung 2012,
Erweiterung des HerausgeberInnen-Kreises der spw, Publikations-
hinweise 68

DL 21 Aktuell: Linke Programmbausteine für eine
sozialdemokratische Politik 69

Fünf Fragen an... Carsten Sieling 70

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische
Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Oliver Kaczmarek (Kamen)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Uwe Meinhardt (Stuttgart)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Röspel (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Carsten Sieling (Bremen)
Sigrd Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Spies (Marburg)
Michael Vester (Hannover)
Felix Welti (Lübeck)
Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Bettina Kohlrausch
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Björn Hacker
Thilo Scholle
Till van Treeck

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Michael Reschke
Telefon 0176 - 642 840 03
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.

Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist
dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170 - 461 - K 5361
©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: www.clipdealer.com, © chroma.

Bildnachweis:

S.45 www.fotolia.com © electriceye, S.48
www.fotolia.com © ferkelraggae

Gestaltung und Druck:

Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, Juni 2012

Leiharbeit – Tarif-Erfolg braucht Unterstützung durch linke Politik

von Kai Burmeister

„In den letzten Monaten haben wir erhebliche Anstrengungen unternommen, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren: Wir haben die (.) Leiharbeit von bürokratischen Beschränkungen befreit und so aufgewertet, dass die Unternehmen ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften flexibel decken können.“ Diese Worte aus der Agenda-Regierungserklärung haben tatsächlich die angekündigte Flexibilität gebracht. Ist der Auftragsbestand hoch, wächst Leiharbeit. Geht es konjunkturell bergab, werden die Beschäftigten ganz unbürokratisch abgemeldet. Wer sich heute mit betroffenen Beschäftigten unterhält und dabei zuhört, der versteht, wie sich einseitige Flexibilität auswirkt. Persönlich ist mir ein Satz hängen geblieben: „Mit wenig Geld komme ich schon zurecht, aber die ständige Unsicherheit frisst mich auf.“ Die Folgen marktgesteuerter Flexibilität reichen weit über das Wirtschaftsgeschehen hinaus, persönliche Enttäuschung und Verbitterung mit allen seinen Auswirkungen gehören ebenso dazu.

Fuß in der Tür

In der Tarifrunde ist die IG Metall damit erfolgreich gewesen, Leiharbeit gesellschaftlich breit zu thematisieren und in Ansätzen zu regulieren. Der Wert ist zunächst darin zu sehen, prekäre Arbeitsbedingungen öffentlich gemacht zu haben und für Änderungen eingetreten zu sein. Im Tarifergebnis konnte qualitativ etwas erreicht werden: Betriebsräte sollen bei Einsatzbedingungen und Bezahlung stärker mitbestimmen. Viel wird davon abhängen, inwieweit Stamm- und Randbelegschaften betrieblich Druck aufbauen können. Zudem konnte ein Branchenzuschlag erreicht werden, der zwar noch weit von Equal Pay entfernt ist, der mit



↳ Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und Gewerkschaftssekretär.

Foto: privat

steigender Beschäftigungszeit jedoch höhere Löhne vorsieht. Im Ergebnis wurde den Metall-Arbeitgebern abgerungen, Leiharbeit aus ihrer alleinigen Entscheidungsfreiheit herauszulösen. Angesichts des gewaltigen Ausmaßes von prekärer Arbeit ist die Reichweite tariflicher Regelungen nüchtern einzuschätzen. Der Einstieg in die Regulierung ist bei Metall geschafft, das Problem aber weder in der Breite noch in der Tiefe gelöst. Die gewerkschaftliche Kampfkraft reicht in den Branchen zudem unterschiedlich weit, ergänzende Politik ist entsprechend notwendig.

Politische Regulierung unerlässlich

Das ahnen auch die Arbeitgeber und errichten verbale Haltelinien und suchen gleichzeitig nach Auswegen in Form von Werkverträgen. Gesamtmetall-Chef Kannegießer spricht von einer Befriedung der Leiharbeit und warnt Berlin vor weiteren Einschränkungen. Genau dies wird aber für Gewerkschaften und für linke Politik entscheidend sein. Tarif und Gesetz müssen sich ergänzen – sie stehen nicht in Konkurrenz. Das Eingangszitat macht deutlich, dass vor allem die SPD in der Pflicht steht, den Wert von Arbeit wieder zu stärken. Dazu gehören die gesetzliche Umsetzung von „gleiche Arbeit, gleiches Geld“, ein Verbot der Ausweichmöglichkeiten von Leiharbeit in (Schein-)Werkverträge sowie die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots. Insgesamt erweist sich die sozialstaatliche Gestaltung von Erwerbsarbeit (Gute Arbeit) als Kristallisationspunkt für fortschrittliche Politik nach der Wahl 2013. Die Vorarbeit muss jetzt geleistet werden. ■

Debatte: Die Grenze des Konfliktes

von Huda Zein

Baschar al-Assad profitiert von der totalitären Staatsform seines Vaters Hafiz al-Assad und ist heute maßgeblich für die Repressalien und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Ohne seine Unterdrückungsorgane, die Armee, die Sicherheitskräfte und die Schabiha-Milizen, kann das syrische Regime nicht überleben. Mit der Ausweitung des Aufstandes wurden auch die Militärangriffe ausgeweitet und fortschreitend gewalttätiger. Die Reaktion auf die zunehmende Gewalteskalation des Regimes ist Gegengewalt. So nahmen Deserteure nach dem Seitenwechsel Waffen aus der Armee mit und bildeten die „Freie Syrische Armee“. Auch die Teilnehmer des ländlichen Widerstands bewaffneten sich. Dazu zählen auch die (noch wenigen) salafistischen Kämpfer, die aus dem Libanon, Jordanien und Irak eingeschleust und von Saudi-Arabien und Katar stark unterstützt werden. Die Gewalt nimmt in Syrien zu und verdrängt in einigen Orten den friedlichen Kampf. Trotz dieser Eskalation dauern neben dem bewaffneten Widerstand die friedlichen Demonstrationen an. In der Vergangenheit hat das Regime immer religiöse Minderheiten an die Institutionen des Staates zu binden versucht, besonders die Anhänger der alawitischen Konfession, zu der die Assad-Familie gehört. Die syrische Gesellschaft ist ethnisch und konfessionell stark fragmentiert. Diese Heterogenität der Gesellschaft wird sowohl vom Regime als auch von ausländischen Akteuren wie Saudi-Arabien, Katar und Iran instrumentalisiert und für eigene Interessen mobilisiert.

Auch die Tatsache, dass die bewaffneten Gruppen (noch) keine zentrale Kommandostruktur haben und in sich zersplittert sind, verkompliziert die Lage. Die politische Opposition ist ebenfalls gespalten, zum einen zwischen Anhängern des bewaffneten und des gewaltfreien Widerstands und zum anderen zwischen Befürwortern und Gegnern einer militärischen Intervention. Alle Bemühungen, die Fragmentierung der

⇒ Dr. Huda Zein ist Wiss. Mitarbeiterin am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien der Universität Marburg.

Foto: privat



Opposition in Syrien zu überwinden, sind bisher gescheitert. Da Syrien geostrategisch wichtig ist, wird das Land zunehmend auch zum Schauplatz der Kollision unterschiedlicher globaler Interessen: Den widerstrebenden Interessen der USA und Russlands und – fast noch wichtiger – den konfligierenden und rivalisierenden Bestrebungen Saudi-Arabiens und Irans. Die Folgen einer Intervention von außen sind unkalkulierbar. Sie wird die Situation eskalieren, einen Bürgerkrieg provozieren und viele Menschenleben fordern. Doch die internationale Gemeinschaft könnte Syrien auch ohne Militäreinsatz helfen, und zwar auf der politischen und humanitären Ebene. Aber sie bewegt sich sehr langsam auf diesem Weg und zeigt wenig Interesse am Leiden der syrischen Bevölkerung. So ist es ein Skandal, dass die internationale Gemeinschaft bis heute keine medizinische Versorgung, Verteilung von Nahrungsmitteln und andere humanitäre Hilfe leistet. Auf der politischen Ebene muss die internationale Gemeinschaft sich anstrengen, rasch ernsthafte, internationale Gespräche mit allen Konflikt- und Interessensparteien sowie mit allen Oppositionsgruppen zu führen und hierbei schnelle, effektive Lösungen zu finden, statt täglich das Blutbad in Syrien erneut zu verurteilen und Assads Massaker zu bedauern. Die syrische Opposition benötigt direkte und effiziente finanzielle und friedlich-logistische Unterstützung. Die Situation in Syrien stellt die Welt heute, besonders die Großmächte, vor eine moralische Krise. Die Tat allein ist der Maßstab für eine klare Haltung gegenüber der syrischen Bevölkerung, die in ihrer Selbstbefreiung eine schwere Geburt der Freiheit durchzustehen hat. ■

Debatte: Syrien ist nicht Libyen

von Rainer Arnold

Die Nachrichten über Gräueltaten in Syrien werden von Tag zu Tag schlimmer. Berichte über Massaker an Zivilisten erreichen uns bald im Wochenrhythmus. Solche Verbrechen können nicht ohne Konsequenzen bleiben. Bislang sind jedoch alle internationalen Bemühungen, den syrischen Präsident Assad zur Umsetzung des Kofi-Annan-Planes zu bewegen, gescheitert. Russland plant jetzt eine internationale Konferenz unter Einbeziehung des Iran, des wichtigsten Verbündeten Assads in der Region, die eine Lösung erreichen soll.

Die Frage ist, ob eine Politik mit der Verantwortung zum Schutz der Zivilbevölkerung („responsibility to protect“) jetzt nicht die Verpflichtung hätte, militärisch zu intervenieren wie 2011 in Libyen. Warum Misrata und Bengasi, nicht aber Hula und Homs?

Der Einsatz in Libyen war vor allem durch die NATO-Luftunterstützung möglich. Dabei wurde teilweise eng mit der Opposition zum Schutz der libyschen Bevölkerung zusammengearbeitet. Syrien ist viel kleiner und dichter besiedelt. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen erstrecken sich von Straße zu Straße, von Haus zu Haus. Unterstützung aus der Luft wäre in diesem urbanen Gelände ohne große zivile Opfer unmöglich. Um die Zivilbevölkerung zu schützen, müssten Bodentruppen ins Land. Allein die Forderung nach einem humanitären Korridor von etwa 50 km Breite würde schon ein Kontingent von etwa 50.000 Soldaten erfordern. Wie dann unterschieden werden kann, wer Freund wer Feind, ist, bleibt fraglich. Die Schwelle zu einem Bürgerkrieg, in den auswärtige Truppen verwickelt sind, wäre bei diesen Rahmenbedingungen ganz schnell erreicht.



➔ Rainer Arnold ist Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: privat

Zudem hat Syrien einen Beistandspakt mit dem Iran, es gibt russische Militärbasen, Präsident Assad hat noch Rückhalt in der Bevölkerung. Die oppositionellen Gruppen sind zersplittert und ihre Ziele sind diffus. Dazwischen eine ganze Vielzahl radikaler ethnischer, religiöser und nationaler Splittergruppen, die sich teilweise in ihrer Brutalität von den Shabiha-Milizen kaum unterscheiden. Sie politisch zu einen, scheint kaum möglich. Im Falle eines militärischen Eingreifens, besteht zudem die große Gefahr einer Eskalation des Konfliktes über Syrien hinaus, weil diese Gruppen sehr unterschiedliche Unterstützer haben.

Trotzdem muss gerade jetzt versucht werden, die Beteiligten zum Einlenken auf den Sechs-Punkte-Plan zurückzubringen. Denn die Weltgemeinschaft kann und wird nicht die Augen verschließen, wenn ein Völkermord droht. Das wissen auch Russland und China. Mehr denn je ist nun Russland, als wichtigster Verbündeter der syrischen Führung, in der Pflicht, sie zur Umsetzung dieses Prozesses zu drängen.

Es bleibt deshalb falsch, allzu schnell auf eine militärische Konfliktlösung zu setzen. Niemand weiß, wie sich die Lage in Syrien weiterentwickelt. Es ist allerdings ebenso falsch, ein begrenztes militärisches Eingreifen kategorisch auszuschließen. Die Führung in Damaskus darf sich auch der russischen Unterstützung nicht auf Dauer sicher fühlen. Daher bleibt uns vorerst nichts anderes, als jeden Tag aufs Neue für eine friedliche Lösung zu arbeiten – aber gleichzeitig alle Optionen auf dem Tisch behalten. ■

„EFSF und ESM sind Schutzschirme, aber keine Krisenlösungsansätze“

Interview mit Wolfgang Münchau



↳ Wolfgang Münchau ist Associate Editor und Kolumnist der Financial Times Deutschland und Mitbegründer des wirtschaftspolitischen Onlineportals www.eurointelligence.com.

Foto: © FTD.de

spw: Die Krise des Euros begleitet uns nun schon seit Jahren. Sehen Sie Fortschritte im Krisenmanagement? Wie beurteilen Sie hierbei die Rolle Deutschlands?

» **W.M.:** Nein. Bislang hat es auf Seiten der Regierungen keinen Fortschritt in Sachen Krisen-Lösungen geben. Man beschloss Refinanzierungs-Programme, wie etwa für Griechenland, die das grundlegende Solvenzproblem nicht lösten. EFSF und ESM sind Schutzschirme, aber keine Krisenlösungsansätze. Für die Lösung der Krise braucht man kurzfristig einen großen Banken-Rekapitalisierungsfond und eine Einlagenversicherung – staatlich oder durch die Zentralbank – mittelfristig einen Wegplan zu einer Fiskalunion und einem Eurobond. Von einem Schuldentilgungsfond halte ich wenig, weil es überhaupt nicht klar ist, dass die betroffenen Länder die Schulden in einem derart fixen Zeitkorsett tilgen könnten. Bestenfalls wäre er eine Art erster Schritt, der aber ohne einen Wegplan zu einer echten Fiskalunion nicht funktionieren wird.

spw: Das exportorientierte deutsche Wachstumsmodell wird insbesondere von Ökonomen aus dem Ausland seit langem kritisiert. Halten Sie die Kritik für berechtigt? Wie beurteilen Sie die wirtschaftswissenschaftliche Debatte in Deutschland?

» **W.M.:** Ja, ich gehöre zu denen, die diese Kritik seit Jahren selbst üben. Ich

halte es für unsinnig, für ein großes Land eine Wirtschaftspolitik auszurichten mit dem expliziten Ziel einen materiellen Leistungsbilanzüberschuss zu erzielen. Im Euroraum führt das zu Ungleichgewichten mit den jetzt bekannten Folgen. Die Verfolgung des Modells würde implizieren, dass der Euroraum insgesamt einen großen Überschuss erzielen müsste, was angesichts der globalen Schuldenkrise nicht möglich sein wird. Da das Inflationsziel der EZB mit 2 Prozent relativ gering ist, und da viele südeuropäische Staaten einen relativ hohen Grad der Inflations-Persistenz haben, ist die Anpassung im Euroraum nicht möglich, solange Deutschland an diesem Modell festhält. Ich sehe zwei Szenarien. Deutschland gibt das Modell auf, oder der Euroraum bricht zusammen, was das Problem der deutschen Überschüsse relativ schnell erledigen würde – durch eine Aufwertung des Wechselkurses.

spw: Wie schätzen Sie die Fortschritte bei der Regulierung der Finanzmärkte seit Beginn der Krise im Herbst 2008 ein?

» **W.M.:** Wir sind wieder an dem Punkt, an dem Regierungen bestimmte Vorschläge ablehnen, um ihren Finanzsektor zu schützen. Das gilt für die britische Ablehnung einer Finanzmarkttransaktionssteuer wie für die deutsche Haltung gegen die Verstärkung von Eigenkapitalregeln, die das weitgehend unterkapitalisierte deutsche Bankensystem heftig durcheinanderwirbeln würde. Ich wür-

de die Derivate-Märkte stärker regulieren und die Bankprofite und Boni direkt besteuern, anstatt den indirekten Weg über eine Transaktionssteuer zu wählen. Ich glaube, dass es einer weiteren Finanzkrise bedarf, bis sich die Einsicht zu einer international koordinierten Bankenregulierung durchsetzen wird. Und ich halte es für wahrscheinlich, dass es zu einer solchen Krise auch kommen wird.

spw: Halten Sie die Ungleichheit in der Einkommensverteilung für ein makroökonomisches Problem?

» **W.M.:** Die neuere ökonomische Forschung hat immer mehr Belege dafür erbracht, dass starke Diskrepanzen im Einkommen wachstumshemmend sind. Ich halte das Problem in den Vereinigten Staaten mehr für akut als in Europa, auch wenn die Tendenz in Europa ebenfalls in die Richtung stärkerer Ungleichheit geht. Für besonders problematisch halte ich die Stagnation der Realeinkommen der amerikanischen Mittelschicht seit über zwei Jahrzehnten. Ich erwarte allerdings, dass sich dieser Trend selbst in den USA wieder umkehren wird – und dass er es in Europa tun wird, längst bevor wir amerikanische Verhältnisse haben. Die Gehälter im Banking sind jetzt schon rückläufig und dieser Trend wird sich fortsetzen.

spw: Im April haben Sie an der Konferenz „Paradigm Lost“ des u.a. von George Soros finanzierten „Institute for New Economic Thinking“ (INET) in Berlin teilgenommen. In welchen Bereichen ist „neues ökonomisches Denken“ aus Ihrer Sicht am dringendsten notwendig?

» **W.M.:** Vor allem in der Makroökonomie. Die wichtigste Aufgabe wird sein, Modelle zu entwickeln, die unsere Realität widerspiegeln. Das klassische Keynesianische Modell hat von allen noch am besten funktioniert. Es hat zumindest die Dynamik der Rezession 2009 richtig erkannt. Aber keines

der gängigen Modelle konnte die Finanzkrise erklären. Finanzspezifische Faktoren, wie Schuldenstände, Kreditvolumina und Kreditausfall müssen in die gängigen Modelle integriert werden, was mit den jetzigen analytischen Techniken nicht möglich ist. Man wird einerseits andere mathematische Verfahren benutzen müssen, wie die Numerik oder die Mathematik dynamischer Systeme, die eher qualitative Aussagen trifft, oder man wird neue Modellansätze weiterentwickeln müssen, wie zum Beispiel Minskys Instability Theory. Momentan sind wir in einer Situation, in der Makroökonomien ohne finanzwissenschaftlichen Hintergrund wenig zu der Debatte um die Krise beitragen können. Ich beobachte leider, dass die Selbstkritik der Ökonomen, die man in den Jahren 2007 und 2008 stark wahrnehmen konnte, mittlerweile wieder den alten Grabenkämpfen gewichen ist. ■

↳ Das Interview führte Dr. Till van Treeck.

NRW zeigt: Partei, Programm und Personal müssen zusammenpassen

von Oliver Kaczmarek

Vielleicht symbolisiert eine Zahl die Dimension des Wahlerfolgs der SPD bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am besten: 99 der 128 Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen hat die SPD gewonnen. Schnell wurde aus der gesamten Partei der Ruf laut, Hannelore Kraft, die mit diesem Wahlergebnis untrennbar verbunden ist, sollte Kanzlerkandidatin der SPD bei der Bundestagswahl 2013 werden. Dabei wäre es geradezu abstrus, dass die Spitzenkandidatin der NRW SPD, die im Wahlkampf genau das mehrfach ausgeschlossen hat und der u.a. dafür besonders hohe Glaubwürdigkeit attestiert wurde, es überhaupt für möglich erachtet, nun auf die Kanzlerkandidatur umzuswitchen. Das wäre auch eine Verkürzung des langfristigen Prozesses der Erneuerung der NRW SPD. Denn in Nordrhein-Westfalen zeigt sich, dass für einen Wahlerfolg drei Dinge dauerhaft zusammen passen müssen: Partei, Programm und Personal.

Am Beginn des Wahlerfolgs von 2012 steht die Einsicht der NRW SPD nach der Wahlniederlage 2005: Es mussten Positionen zeitgemäß neu definiert, die gesellschaftliche Verankerung revitalisiert und auch der personelle Generationswechsel durchgreifend umgesetzt werden.

Programmatisch hat die NRW SPD in den zentralen landespolitischen Feldern Bildung, Sozialer Zusammenhalt, Arbeitsmarktpolitik, Wirtschafts- und (ökologische) Industriepolitik sowie Kommunalpolitik, insbesondere Stadtfinanzen, umfassende Positionierungen vorgenommen und diese stets mit relevanten gesellschaftlichen Akteuren debattiert. Auf dieser Grundlage hat sich die Philosophie der präventiven Sozial- und Bildungspolitik entwickelt. Dahinter steht die Überlegung, dass In-



↳ Oliver Kaczmarek ist Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mit-Herausgeber der spw.

Foto: privat

vestitionen in eine qualitativ hochwertige und gebührenfreie Bildung und Sozialpolitik helfen, soziale Folgen und die Kosten durch verpasste gesellschaftliche Integration zu vermeiden. Diese Politik, die im deutlichen Gegensatz zur Ideologie „Privat vor Staat“ der schwarz-gelben Vorgängerregierung steht, hat nicht nur in der eigenen Partei großen Rückhalt erhalten, sondern auch im ganzen Land. Überhaupt ist wichtig, dass die Partei in diesem Prozess eine eigenständige Rolle und die innerparteiliche Diskussion langfristiger Linien der Landespolitik eine neue Qualität erhalten haben.

Natürlich ist Hannelore Kraft nicht nur das Gesicht dieses Unternehmens, sondern auch der entscheidende Kopf. Die Wahrheit ist jedoch auch, dass die Spitzenkandidatin und das weitere Personal, das Programm sowie die tragende Partei widerspruchsfrei zueinander passen müssen. Das ist in Nordrhein-Westfalen mit Hannelore Kraft überzeugend gelungen. Und vielleicht ist genau das die durchaus anspruchsvolle Aufgabe, die die Troika noch lösen muss.

Das Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen zeigt Akzeptanz und Zustimmung zur Politik der Prävention. Die NRW SPD wird dafür eintreten, die Eckpunkte dieser Politik im Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2013 zu verankern. Die Aussichten dafür stehen nicht schlecht, denn weite Teile finden sich bereits in den Beschlüssen des Bundesparteitags 2011 wieder. Gemeinsam werden Rot und Grün aus NRW mithelfen, die rot-grüne Bundesregierung ab 2013 auf diesen Kurs zu führen. ■

„Soziale Ungleichheit und Wirtschaftskrise“

Einleitung zum Schwerpunkt

von Björn Hacker, Thilo Scholle, Till van Treeck



(K)ein Ende des Neoliberalismus – Ungleichheit und die Krise

Fast vier Jahre sind bereits vergangen, seit das Weltfinanzsystem im September 2008 mit der Pleite der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers seine schwerste Eruption erlitt. Es war der symbolische Anfangspunkt einer globalen Finanzkrise, die zur Wirtschaftskrise mutierte und sich in der Europäischen Union (EU) seit nunmehr zwei Jahren als Währungs- und politische Systemkrise fortgesetzt hat. Diese multiplen Krisen hängen miteinander zusammen und überlappen sich stellenweise.

Die Hintergründe für die gegenwärtigen Krisenphänomene liegen tiefer als die Pleite einer großen Investmentbank in den USA. Seit nunmehr drei Jahrzehnten erneuert der neoliberale Kapitalismus stets sein Versprechen, durch das freie Spiel der Marktkräfte würde der Wohlstand aller gemehrt. Die europäische und globale Marktöffnung wurde begleitet vom Dreigestirn aus Liberalisierung, Deregulierung und Risikoindividualisierung und hat den Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen merklich zurückgedrängt. Doch aus der in Teilen berechtigten

Kritik am bürokratischen Interventionsstaat in den 1970er Jahren wurde bald eine unhinterfragte Doktrin der Marktgläubigkeit, aus den Chancen internationaler Verständigung nach dem Ende des real existierenden Kommunismus seit 1989 wurde das übermütige Projekt der globalen Marktgesellschaft, gipfelnd in der These vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama).

Die Kehrseite des entfesselten, globalen Kapitalismus war stets die ihm inhärente Logik von Exzess und Selbstüberbietung. Auf der Jagd nach der größtmöglichen Rendite sind irgendwann die begrenzenden Planken realwirtschaftlicher Tätigkeit verloren gegangen; das Spekulationskarussell drehte sich fortan um sich selbst. Und aufmerksamen Beobachtern war von Beginn an klar, dass dieser „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt), der den Stakeholder durch den Shareholder-Value ersetzte, nicht den Wohlstand aller mehren würde. Die vermeintliche unsichtbare Hand des Washington Consensus hat nicht dafür gesorgt, dass die Flut alle Boote hebt. Stattdessen sind die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden. Die Schere zwischen Arm und Reich klappt in den meisten Staaten der westlichen Welt weiter auseinander.

der; einer privilegierten Wirtschaftselite stehen die von der Globalisierung Enttäuschten gegenüber. Wer 2008/09 geglaubt hat, die Überdehnung des Marktglaubens führe zu einem Aufbrechen der neoliberalen „pensée unique“, sieht sich heute getäuscht. Der Staat wurde auf dem Höhepunkt der Krise benötigt, um Schlimmeres zu verhindern, musste systemrelevante und anscheinend systemrelevante Bankinstitutionen mit Steuergeldern retten und Konjunkturpakete gegen die Rezession schmieden. Die geretteten Finanzmärkte „bedanken“ sich heute, indem sie die Staaten mittels schlechter Ratings und hoher Refinanzierungszinsen auf ihre zu hohen Verschuldungsquoten hinweisen.

Es ist daher auch kein Zufall, dass kapitalismuskritische zivilgesellschaftliche Bewegungen wie „Occupy Wall Street“ immer mehr Anhänger bis weit in die obere Mittelschicht hinein gewinnen und durch Aktion und Beharrlichkeit ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit erzielen. Doch bleibt von diesen zivilgesellschaftlichen Initiativen bisher in der Realpolitik und ihren Institutionen kaum mehr hängen als eine Protestnote gegen die herrschenden Zustände auf den Finanzmärkten. Was trotz Steilvorlage durch die Krise unerreichbar scheint, ist eine Einhegung des globalen Finanzkapitalismus, seine Rückführung in eine der Realwirtschaft dienende Funktion und die Wiedererlangung des Primats der Politikgestaltung über das Marktgeschehen.

In Europa ist liberal-konservativen Politikkreisen zur Ehrenrettung der Finanzmärkte gar das nahezu Unmögliche gelungen: Die Staatsverschuldung innerhalb der Eurozone wird nicht als Folge der globalen Finanzkrise, sondern als ihre Ursache diskutiert. Dabei hilft die griechische Tragödie Wunder. Anstatt die politökonomischen Versäumnisse und Verfehlungen des kleinen Landes mit der gebotenen Strenge zu schultern, soll hier ein Exempel statuiert werden. Politisch ungerechtfertigt und ökonomisch fehlgeleitet wurde rhetorisch eine Folie schlechter Staatstätigkeit gestanzt und auf alle Staaten der Eurozone gelegt, die sich in Refinanzierungs-

schwierigkeiten befinden. Daraus wuchs das System der „konditionierten Solidarität“ – Kreditgarantien und Rettungsschirme nur gegen einen harten Austeritätskurs, also verpflichtende Sozialkürzungen und neoliberale Reformschritte.

Das europäische Krisenmanagement der vergangenen zwei Jahre ist stark von Deutschland geprägt und gelenkt. Gerade hier ist das Festhalten an den ökonomischen Glaubenssätzen aus der Zeitrechnung vor der Finanzkrise ungebrochen. Statt „New Economic Thinking“ sind in Wissenschaft, Politik und Medien weiter die alten neoliberalen Lehren mehrheitsfähig. Auch die parlamentarische Opposition hat Angst, aus den engen Bahnen der tradierten Wirtschaftsphilosophien auszubrechen. Zwar sind sich auf der analytischen Ebene Ökonomen und viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einig, dass Merkels Europapolitik die ökonomische Krise verschärfen und die soziale Spaltung vorantreiben wird. Trotzdem scheint die SPD bislang nicht in der Lage, einen umfassenden und kohärenten Gegenentwurf für ein sozial gerechtes und gesamtwirtschaftlich stabiles Europa zu entwickeln. Zu klären wäre in diesem Zusammenhang auch, wie die Partei mit der verfassungsrechtlich problematischen Tendenz, immer weiter gehende finanzpolitische Kompetenzen auf die EU zu verlagern, und so den nach Einführung der Schuldenbremse ohnehin schon kleiner gewordenen Spielraum des Bundestags in Sachen Wirtschafts- und Finanzpolitik noch weiter einzuschränken, umgehen möchte. Gerade hier ließe sich eine neue Diskussion über die Ausgestaltung der europäischen Verfassungsordnung anschließen.

Zu begrüßen ist, dass im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Zustimmung zum Fiskalpakt ernsthaft über europäische Wachstumsprogramme und Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit gesprochen, die Bundesregierung zur Akzeptanz alternativer Politiken gedrängt werden konnte. Entscheidend wird allerdings sein, solche alternativen Politiken auch verbindlich auf europäischer Ebene zu organisie-

ren. Dies gilt auch für die Einführung der Finanztransaktionssteuer, die auf den ersten Blick zwar einen innenpolitischen Verhandlungserfolg darstellt, auf europäischer Ebene durch die Uneinigkeit der Mitgliedstaaten zugleich aber von vielen denkbaren Forderungen der Opposition die für die Bundeskanzlerin angenehmste ist. Ansonsten könnte in der interessierten Öffentlichkeit – nicht zum ersten Mal – der Eindruck entstehen, dass die Sozialdemokratie sich die Zustimmung zu einem wirtschaftspolitisch fatalen Projekt wie dem Fiskalpakt durch in der Praxis dann nicht umgesetzte „Zugeständnisse“ hat abringen lassen. Nötig wäre für die SPD zudem in der politischen Kommunikation ein Bruch mit der durch den Fiskalpakt verkörperten Austeritätsdoktrin, der bislang allenfalls halbherzig ausgefallen ist. Daran ändern auch die mit der Bundesregierung vereinbarten Maßnahmen zur Beschäftigungs- und Wachstumsförderung grundsätzlich nichts. Zwar sind diese Einzelmaßnahmen sachpolitisch zu begrüßen, gleichzeitig festigt die Zustimmung zum Fiskalpakt den Austeritätspfad. Sich hinter Angela Merksel breitem Rücken zu verstecken, scheint gerade der Sozialdemokratie kurzfristig geringere Opportunitätskosten zu verursachen, als ein mutiges eigenes Alternativangebot zum Krisenkurs auf den Marktplätzen der Republik gegen die Mär von der Staatsrelevanz der „schwäbischen Hausfrau“ zu verteidigen.

Deutschland wird so immer mehr zu einer Insel: unverbesserlich gestrig an den Zauber der Marktgläubigkeit gekettet, erschreckend überheblich seinen momentanen Wirtschaftsboom auskostend und partiell geschichtsvergessen, wenn verärgert notiert wird, dass in Südeuropa nicht genügend zum „Heraussparen“ aus der Krise getan wird – als hätte es die Brüning'schen Sparprogramme und ihre Folgen nie gegeben. Gleichzeitig schrauben sich die Kosten für eine nachhaltige Überwindung der Krise der Eurozone in kaum noch überschaubare Höhen. Anstatt zeitig und konsequent eine Strategie der „politics against markets“ (Gøsta Esping-Andersen) zu fahren, rennen die Staats- und Regie-

rungschefs mit jedem ad hoc gefassten Krisengipfelbeschluss den Ereignissen hinterher. Die Finanzmärkte diktieren die Bedingungen, die Politik ziert sich vor dem Unvermeidlichen, und in zwei Jahren „Experimentallabor Austerität“ ist nichts besser, aber vieles schlechter geworden. Ein Hoffnungsschimmer am Horizont war die Wahl von François Hollande zum Staatspräsidenten Frankreichs. Doch wie stark er sich mit seiner Forderung nach einem alternativen Kurs im Krisenmanagement wird durchsetzen können, bleibt abzuwarten. Die Beharrungskräfte sind groß und das politische Klima in Europa und zwischen den G20 ist vergiftet.

Beiträge des Schwerpunkts

In diesem Schwerpunkt sollen mosaikartig einige zentrale Themen und Aspekte der multiplen Krisen zusammengetragen werden. Zentral wird dabei insbesondere die Frage von wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit und ihre Verbindung zu den Krisenphänomenen diskutiert.

Till van Treeck untersucht anhand der Beispiele USA und Deutschland, wieso der Protest gegen die Ungleichheit, der sich im Motto der Occupy-Bewegung („Wir sind die 99 Prozent“) widerspiegelt, eine so große Zustimmung in der Bevölkerung erfährt. Unter ÖkonomInnen herrscht zunehmend Konsens darüber, dass der starke Anstieg der Ungleichheit in vielen Ländern eine strukturelle, makroökonomische Ursache der „Großen Rezession“ darstellt.

Sebastian Dullien zeichnet die Finanzmarktformen der vergangenen vier Jahre nach. In den USA sei ebenso wie in der EU weitaus mehr passiert, als oft wahrgenommen werde: von der Struktur der Finanzaufsicht, über die Eigenkapitalanforderungen, Regeln für systemrelevante Finanzinstitute bis hin zur Regulierung von Finanzprodukten und Ratingagenturen. Viele dieser kleinteiligen Regulierungsfragen betreffen jedoch nicht den Kern der Krise. Um das globale Finanzsystem grundsätzlich zu verändern, ist es nach Dullien vielmehr notwendig, die wach-

sende Ungleichverteilung der Einkommen, die makroökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Ländern und die übermäßige Komplexität der Finanzmärkte zu korrigieren.

Klaus Busch beleuchtet in seinem Beitrag die möglichen Konsequenzen der verfehlten Austeritätspolitik in Europa. Dabei führt er drei Szenarien an: einen Kollaps von Eurozone und EU (1), einen „Muddling through path“ (2) und die Bewältigung der Krise durch die Vertiefung der Integration (3). Der realen Gefahr einer Spaltung der Europäischen Union würde das zweite Szenario mit einer kurzfristigen, aber letztlich unzureichenden Stabilisierung der Finanzmärkte begegnen, welche aber die stagnativen Tendenzen in der Realwirtschaft unberührt ließe. Busch sieht lediglich in einer Vertiefung des Integrationsprozesses und in einem umfassenden Wachstumspakt die reale Chance zu einer dauerhaften Lösung der Schuldenproblematik und der gegenwärtigen ökonomischen wie politischen Krise Europas zu gelangen.

Angelica Schwall-Düren beschreibt die Umrise eines Gegenentwurfs zum vorherrschenden, markthörigen Krisenmanagement. Dabei setzt sie auf Wachstumsimpulse statt einseitiger Konsolidierung im Dogma des Fiskalpacts. Bei der notwendigen weiteren europäischen Integration und Schaffung einer politischen Union, wirbt sie für eine neue Balance zwischen Gemeinschaftsregeln und dem Subsidiaritätsprinzip. Schwall-Düren macht darauf aufmerksam, dass die ökonomische Krisenbewältigung nur eine Seite der Medaille ist. Ebenso sehr stehe die politische Legitimationskrise der EU zur Diskussion und bedürfe einer dringenden Lösung.

Michael Dauderstädt wagt ein Gedankenexperiment als Gegenmodell zur sich verfestigenden Ungleichheit als Haupttreiber der Staatsverschuldung: In einer sogenannten „Gini-Null-Gesellschaft“ wären Einkommen und Vermögen gleich verteilt. So entfele die Notwendigkeit zur ständigen Korrektur der Einkommensverhältnisse durch Steuern, Sozialbei-

träge und Umverteilungselemente. Anders als in unseren heutigen, ungleichen Gesellschaften wäre die Verschuldung des Staates unproblematisch, da alle Haushalte einen gleichen Anteil zur Staatsfinanzierung beitragen und zudem als Steuerzahler und Gläubiger identisch wären. Dieses Gedankenexperiment verdeutlicht, dass steigende Staatsverschuldung letztlich nur ein Symptom ungelöster Verteilungskonflikte darstellt, da staatliche Ausgaben in Teilen die zu geringen Einkommen der ökonomisch Schwächeren kompensieren müssen, während die Finanzierung der Staatstätigkeit über Steuern und Abgaben stets mit dem Widerstand der ökonomischen Elite rechnen muss.

Franz Walter hinterfragt kritisch die Chanceneurologie als gesellschaftlich akzeptiertes, von allen Parteien verfochtenes Prinzip zur Reduzierung gesellschaftlicher Ungleichheit. So habe sich der Glaube an die exakte Messbarkeit und gerechte Honorierung von Leistung durchgesetzt. Zur erfolgreichen Teilnahme am Leistungswettbewerb, zur Nutzung individueller Chancen werde die Bildung als wichtigste Voraussetzung propagiert. Übersehen werde laut Walter die so mögliche Schaffung einer Meritokratie, in der die Eliten ihre Positionen verteidigen, die durch das Raster der Bildungschancen Gefallenen aber die Abgehängten der Leistungsgesellschaft bilden und dies einer egalitären Gesellschaft entgegen laufe.

Ungleichheit ist in ihren verschiedenen Facetten zugleich ein Ausgangspunkt und eine Konsequenz der Krisenphänomene. Die Sozialdemokratie wäre daher gut beraten, sich die Überwindung von Ungleichheit und Krise als sich wechselseitig bedingende Elemente, als zentrales politisches Projekt und Angebot an die Wähler auf ihre Fahnen zu schreiben. ■

☞ Dr. Björn Hacker ist Mitarbeiter für Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Abteilung Internationale Politikanalyse (IPA) der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

☞ Dr. Till van Treeck ist Mitglied der spw-Redaktion und arbeitet am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Wer sind die „99 Prozent“?

Zur makroökonomischen Bedeutung des Mottos von „Occupy Wall Street“ und seiner Übertragbarkeit auf Deutschland

von Till van Treeck

Die Parole der „Occupy Wall Street“-Bewegung erscheint auf den ersten Blick vermessenen. Wer kann sich anmaßen, für 99 Prozent der Gesellschaft zu sprechen? Haben Obdachlose, Soldaten/innen, Krankenpfleger/innen, Arbeitslose, Professor/innen, Busfahrer/innen, Facharbeiter/innen, Angestellte im mittleren und gehobenen Management, Lehrer/innen und Handwerker/innen wirklich die gleichen politischen und ökonomischen Interessen? Befinden sich all diese Bevölkerungsgruppen in einem klar definierten Konflikt mit dem oberen einen Prozent, also den Top-Manager/innen, reichen Erben/innen, Bankenvorständen und Superstars?

Sicher trifft das so nicht ohne Weiteres zu, und doch hat die Kritik der Occupy-Bewegung an der zunehmenden Einkommens- und Vermögensungleichheit offensichtlich bei großen Bevölkerungsteilen bis weit in die obere Mittelschicht hinein einen Nerv getroffen. Dies gilt in besonderem Maße für die USA, wo die Einkommensentwicklung des oberen „1 Prozent“ sich bereits seit den frühen 1980er Jahren in der Tat weitgehend von den unteren „99 Prozent“ entkoppelt hat. Doch auch Deutschland ist bekanntermaßen eines der Länder, in denen die ökonomische Ungleichheit im Jahrzehnt vor der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 am stärksten gestiegen ist. Seit Beginn der 2000er Jahre sind hierzulande die Realeinkommen in der unteren Hälfte der privaten Haushalte sogar gefallen, und nur die oberen 10 Prozent haben nennenswerte Einkommenszuwächse erzielt. Es ist somit ein wichtiges Verdienst der Occupy-Bewegung, dass es die faktisch vorhandene Schicksalsgemeinschaft der „99 Prozent“ (bzw. im deutschen Fall der „90 Prozent“) ins öffentliche Bewusstsein ruft.

Anhand der Beispiele USA und Deutschland wird daher im Folgenden zu erklären versucht, wieso der Protest gegen die Ungleichheit eine so große Zustimmung in der Bevölkerung und zunehmend auch unter Ökonomen/innen und anderen Sozialwissenschaftlern/innen erfährt. Im Mittelpunkt steht dabei die Rolle der Ungleichheit als strukturelle, makroökonomische Ursache der „Großen Rezession“ ab 2008. Darüber hinaus dürfte der Kampf gegen die ökonomische Ungleichheit aber ganz allgemein der entscheidende Schlüssel für die Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit sein. Vor allem das Insistieren auf den Zusammenhang zwischen der Verteilungsfrage und der ökologischen Frage ist ein weiteres Verdienst der Occupy-Bewegung.

1. Die 99 Prozent und die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftskrise

1.1. Wer sind die 99 Prozent?

Ein Blick auf die Website „We are the 99 percent“¹ zeigt sofort, wie heterogen die Gruppe derer ist, die sich von der ökonomischen Ungleichheit in den USA betroffen fühlen. Hier beklagt der arbeitslose Tischler seine täglichen Probleme, Strom, Miete und Arztrechnungen zu bezahlen und für das Alter vorzusorgen; dort offenbart sich die hoch qualifizierte Akademikerin, die wegen Arbeitsplatzverlust und Scheidung ihre private, kapitalgedeckte Rentenversicherung mitten in der Finanzkrise unter großen Verlusten auflösen musste und in tiefen Hypothekenschulden steckt. Hier revoltiert der frisch ge-

¹ <http://wearethe99percent.tumblr.com/>

kürte Hochschulabsolvent, der sich gezwungen sieht, einen Job anzunehmen, der ihn nicht erfüllt und seinen Werten zuwiderläuft, damit er seine 200.000 Dollar Schulden aus Studienkrediten zurückzahlen kann; dort kritisiert eine angestellte Arbeitnehmerin den schlechten Zustand des öffentlichen Transportsystems, die langen Autofahrten zum Arbeitsplatz und die entsprechend hohe Umweltbelastung. Auf der Seitenleiste der Webseite heißt es:

„Wir sind die 99 Prozent. Wir werden aus unserer Wohnung geworfen. Wir sind gezwungen, zwischen Lebensmitteln und Miete zu entscheiden. Uns wird eine angemessene medizinische Versorgung vorenthalten. Wir leiden unter Umweltverschmutzung. Wir arbeiten lange für wenig Geld und geringe Rechte, falls wir überhaupt Arbeit haben. Wir bekommen nichts und das andere eine Prozent bekommt alles. Wir sind die 99 Prozent.“ (eigene Übersetzung)

Eine interessanterweise sehr ähnliche Diagnose lieferte bereits im Jahr 2005 die Forschungsabteilung des Finanzdienstleisters Citigroup, eines der größten Unternehmen weltweit, mit der Feststellung, dass die USA eine „Plutonomie“ geworden sind, in der sich die Einkommen und der Lebensstil der reichsten 1 Prozent weitgehend von der großen Masse entkoppelt haben (Citigroup, 2005). Hieraus wurde die Empfehlung für Anleger abgeleitet, vor allem in Aktien von Unternehmen zu investieren, die den Geschmack des obersten 1 Prozent treffen, da ein auf dieser Grundlage kreierter „Plutonomie-Index“ bessere Renditen bringe als breitere Aktienindizes, die zu stark von der durchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung abhingen. Die Autoren der Studie selbst beschrieben damals ihre Analyse als „provokative Makrohypothese“, die mit dem „konventionellen Denken“ der Mainstream-Wirtschaftswissenschaftler wenig gemeinsam habe.

1.2 Die erstaunlich kohärente intellektuelle Allianz gegen die amerikanische „Plutonomie“

Doch seither hat sich auch die akademische Debatte grundlegend geändert. So steht der Masse an scheinbar bunt zusammengewürfelten Protestbekundungen auf der 99 percent-Webseite eine erstaunlich breite (wenn auch nicht durchweg explizite) Übereinstimmung von Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern/innen mit eigentlich sehr unterschiedlicher akademischer Grundausrichtung gegenüber, die in den letzten Jahren vermehrt die sozialen und ökonomischen Kosten der hohen Ungleichheit in den USA betont haben. Der Grundkonsens lässt sich wie folgt zusammenfassen (van Treeck, 2012, für einen detaillierteren Überblick):

Das oberste eine Prozent war in der Tat Hauptnutznießer des Wirtschaftswachstums der letzten drei Jahrzehnte. Während es Ende der 1970er Jahre weniger als ein Zehntel der gesamten Einkommen erzielte, ist es heute etwa ein Fünftel. Hingegen ist der reale Stundenlohn für einen typischen Arbeitnehmer heutzutage niedriger als Mitte der 1970er Jahre. Da die Einkommensmobilität nicht gestiegen ist, hat nur eine kleine Oberschicht vom ökonomischen Wachstum der letzten drei Jahrzehnte profitiert.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der eher spärlichen öffentlichen Infrastruktur in den USA setzt das Ausgabeverhalten der oberen Einkommensgruppen für statusträchtige Konsumgüter (Häuser, Autos, Kleidung), Schulbildung der Kinder, universitäre Ausbildung, Gesundheit usw. Standards für alle anderen Einkommensgruppen. Diese konnten ihre durch die steigende Ungleichheit bedingten relativen Kaufkraftverluste nur durch längere Arbeitszeiten, geringere Ersparnis und höhere Verschuldung zumindest teilweise kompensieren (Frank, 2007; Reich, 2010; Graeber, 2011). Ohne die hohe Konsumorientie-

rung und Kreditaufnahme der Unter- und Mittelschicht wären zwar das Wirtschaftswachstum geringer und die Arbeitslosigkeit höher gewesen (Fitoussi/Stiglitz, 2010; Rajan, 2010; Palley, 2012). Aber die Zufriedenheit des/ r durchschnittlichen Amerikaner/in mit seinem/i ihrem Lebensstandard hat sich trotz des gesamtwirtschaftlichen Wachstums nicht mehr erhöht. Denn wegen langer Arbeitszeiten und vermehrter Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt blieben weniger Zeit für Schlaf, Familie und Freunde, Hobbies, usw. Zugleich erhöhten sich mit der Verschuldung für Wohnen, Bildung und Konsumausgaben finanzielle Sorgen und Stress (Frank, 2007). Zudem hat die Überschuldung der privaten Haushalte maßgeblich die Gefahr einer privaten Schuldenkrise erhöht (Kumhof/Ranciè, 2010), die sich schließlich in der Großen Rezession ab 2008 realisiert hat.

Aus diesem Grundkonsens in der Krisenerklärung werden freilich in Teilen sehr unterschiedliche wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen gezogen. Raghuram Rajan, früherer Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF), spricht von Staatsversagen, weil die Regierungen der letzten Jahrzehnte es nicht verstanden hätten, der durch den technischen Fortschritt bedingten Tendenz zu größerer Ungleichheit entsprechende Verbesserungen im Bildungssystem entgegenzusetzen. Anstatt so die Abstiegsängste der Mittelschicht direkt zu bekämpfen, sei eine großzügige Kreditvergabe als „Betäubungsmittel“ politisch forciert worden (Rajan, 2010). Andere betonen Veränderungen in den politischen Machtverhältnissen, die zur Deregulierung der Arbeits- und Finanzmärkte und steuerpolitischen Entscheidungen zu Gunsten der Reichen geführt haben (z.B. Krugman, 2008). Wieder andere sehen die ökonomische Ungleichheit im politischen System selbst angelegt und sehen in anarchistischen Ansätzen den Schlüssel für die Überwindung von ökonomischem Statusdenken und Konsumismus (Graeber, 2012; Chomsky, 2012).

Kurzum: Die konkreten Vorstellungen für eine bessere Gesellschaft sind sehr verschieden, doch eine scharfe Trendwende in der Einkommensverteilung wird zunehmend für dringend notwendig und vor allem auch für politisch machbar gehalten. Occupy-Bewegung und Wissenschaft haben damit einen beachtlichen Wandel in der öffentlichen Debatte befördert, nachdem sowohl der Mainstream der Wirtschaftswissenschaften als auch die führenden Medien das Problem der Ungleichheit allzu lange kleingeredet oder vernachlässigt hatten (van Treeck/Sturn, im Erscheinen).

2. Die Ängste der deutschen 90 Prozent und die Rolle Deutschlands für die internationale Wirtschaftskrise

2.1 Die Zunahme der Einkommensungleichheit in Deutschland

Die Entwicklung der ökonomischen Ungleichheit in Deutschland unterscheidet sich in verschiedener Hinsicht von der US-amerikanischen Entwicklung (van Treeck/Sturn, im Erscheinen, für einen ausführlichen Überblick). Zum einen explodiert die Ungleichheit hierzulande erst seit etwas mehr als einem Jahrzehnt, in den USA begann dieser Prozess bereits in den frühen 1980er Jahren. Seit Beginn der 2000er Jahre ist die Schere zwischen dem mittleren und dem unteren Fünftel der Einkommensverteilung jedoch deutlich stärker aufgegangen als in den USA. Personen im unteren Zehntel der Einkommensverteilung hatten im Jahr 2010 preisbereinigt mehr als 10 Prozent weniger Einkommen zur Verfügung als im Jahr 2000, während die Einkommen der Mittelschicht stagnierten. Hingegen konnte das oberste Zehntel reale Einkommenszuwächse von mehr als 15 Prozent verzeichnen, wobei aber das oberste 1 Prozent eine bislang weitaus geringere Rolle spielt als in den USA.

Natürlich sind in Deutschland (und in Kontinentaleuropa insgesamt) auch die sozialen

und kulturellen Auswirkungen der ungleichen Einkommensverteilung noch nicht so verheerend wie in den USA. Denn die bislang noch verhältnismäßig gute öffentliche Infrastruktur und die sozialen Sicherungssysteme verhindern zumindest teilweise, dass sich die privaten Haushalte im ständigen Wettkampf selbst um grundlegende Bedürfnisse wie medizinische Versorgung, schulische und universitäre Bildung oder bezahlbaren Wohnraum sehen.

Die steigende Ungleichheit in Deutschland hat auch nicht dazu geführt, dass die von ihr betroffenen Gruppen ihre Ersparnis massiv reduziert und ihre Verschuldung erhöht hätten, um mit dem Lebensstil der reichen Haushalte mitzuhalten (Karl/Schäfer, 2011). Vielmehr haben viele Haushalte auf die steigende Ungleichheit und den Abbau der sozialen Sicherung im Bereich des Arbeitsmarkts und des Rentensystems in den 2000er Jahren mit vermehrten Statussorgen (Groh-Samberg, 2009) und Vorsichtssparen (Deutsche Bundesbank, 2007) reagiert. Zugleich bemühen sich Arbeitnehmer/innen mit niedrigen Löhnen, diese durch lange Arbeitszeiten zu kompensieren (Brenke, 2012).

2.2 Die Folgen der Ungleichheit für das deutsche Wirtschaftsmodell

Die eher verunsicherte Reaktion der Deutschen auf die steigende Ungleichheit mag zum einen an sozialen Normen liegen (die im Ausland viel belächelte „German Angst“), hängt aber auch mit der spezifischen deutschen „Spielart des Kapitalismus“ zusammen (Carlin/Soskice, 2009): Während die Amerikaner ein System des „hire and fire“ und die damit verbundenen häufigen Arbeitsplatz- und Wohnortwechsel gewöhnt sind, gibt bzw. gab es in Deutschland die Tradition langfristiger Beschäftigungsverhältnisse, die auf die Besonderheiten des deutschen Produktions- und Innovationsmodells abgestimmt sind bzw. waren. Im Gegensatz zur amerikanischen Unternehmenslandschaft, die auf kurze Inno-

vationszyklen, also die Erfindung stets neuer Produkte setzt, ist in Deutschland das Modell schrittweiser Prozessinnovationen, also der stetigen Verbesserung bestehender Produkte, traditionell vorherrschend gewesen. Dieses erfordert aber (neben einer Langfristorientierung des Finanzsystems) den Aufbau von firmenspezifischem Humankapital und vertrauensvollen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Durch die am angelsächsischen Modell orientierte Deregulierung des Arbeits- und Finanzmarktes sowie der sozialen Sicherungssysteme und des Steuersystems wurde seit Beginn der 2000er Jahre mit dieser konsensualen Tradition gebrochen. Für viele Arbeitnehmer/innen der Mittelschicht erhöhte sich durch die Deregulierung und die dadurch beförderte Einkommensungleichheit die Gefahr des dauerhaften Statusverlusts und der Entwertung ihrer betriebsspezifischen Qualifikationen im Fall der Arbeitslosigkeit. Die (vom Steuersystem begünstigte) niedrige Erwerbsbeteiligung und diskriminierend niedrigen Löhne von Frauen verstärken dabei noch die Abstiegsängste der deutschen Mittelschichtsfamilien. Denn deren wirtschaftliche Situation ist häufig in extremem Maß an die Beschäftigung des männlichen (Allein-)Verdieners gekoppelt (Carlin/Soskice, 2009).

Im Ergebnis ging die steigende Ungleichheit seit Beginn der 2000er Jahre mit einer zähen privaten Nachfrageschwäche einher. Da gleichzeitig die staatlichen Ausgaben so gut wie keinen Beitrag mehr zum Wirtschaftswachstum geleistet haben, hing dieses im letzten Jahrzehnt in erster Linie an der Nachfrage des Auslands. Ähnlich wie in einigen Schwellenländern, in denen die Ungleichheit ebenfalls stieg (vor allem China), alimentierte der deutsche Privatsektor damit die steigende Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen und der Regierungen insbesondere in den angelsächsischen Ländern und

einigen Euro-Mitgliedsländern. Deren Schuldenkrisen und das exportorientierte deutsche Wachstumsmodell sind somit letztlich zwei Seiten derselben Medaille.

3. „Megathema“ Ungleichheit

Zu den großen politischen Herausforderungen unserer Zeit gehört nicht nur die Vermeidung künftiger Finanzkrisen durch überschuldete Privathaushalte (wie im US-amerikanischen Fall) oder durch außenwirtschaftliche Ungleichgewichte (zu denen Deutschland so massiv beigetragen hat). Vielmehr geht es darum, die Dominanz des ökonomischen Statusdenkens, die durch die zunehmende Ungleichheit in fast alle Lebensbereiche getragen wird, zu überwinden. Es ist hinreichend bekannt, dass in reichen Gesellschaften nicht die Höhe des durchschnittlichen Einkommens bzw. des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf entscheidend für die Lebenszufriedenheit der Menschen ist. Vielmehr häufen sich soziale und gesundheitliche Probleme vor allem in Ländern mit hoher Ungleichheit (Wilkinson/Pickett, 2009).

Genauso klar sollte sein, dass der zur Bewältigung der ökologischen Krise nötige, umfassende Wandel unseres Lebensstils eine gleichmäßigere Einkommensverteilung erfordern wird. Denn erst die Reduzierung der Ungleichheit wird den dauerhaften Zwang zu hohem Wirtschaftswachstum als Kompensation für Verteilungskonflikte überwinden helfen. Umfassende Arbeitszeitverkürzungen, die zur Verringerung der Treibhausgasemissionen unmittelbar beitragen würden, wären aber wegen des mit ihnen verbundenen Verzichts auf höhere Einkommen nur bei einer gleichmäßigeren Verteilung auch für die unteren Einkommensgruppen attraktiv (van Treeck, im Erscheinen).

Unbeschadet der großen Heterogenität der „99 Prozent“ ergibt sich aus diesen gemeinsamen Interessen somit ein gewaltiges

Potenzial der inhaltlichen und strategischen Zusammenarbeit von politischen Mitte-Links Parteien und sozialen Bewegungen. Die Reduzierung der Ungleichheit sollte auf absehbare Zeit im Mittelpunkt aller politischen Bemühungen stehen. ■

☞ Dr. Till van Treeck ist Redaktionsmitglied der spw und Mitarbeiter im Referat Allgemeine Wirtschaftspolitik des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung.

Literatur

- Brenke, K. (2012): Geringe Stundenlöhne, lange Arbeitszeiten, in: DIW Wochenbericht, 21/2012.
- Carlin, W., Soskice, D. (2009): German economic performance: disentangling the role of supply-side reforms, macroeconomic policy and coordinated economy institutions, *Socio-Economic Review* 7.
- Chomsky, N. (2012): Plutonomy and the Precariat, *Huffington Post*, 8.5.2012.
- Citigroup (2005): *Equity Strategy Plutonomy. Buying Luxury. Explaining Global Imbalances.*
- Deutsche Bundesbank (2007): *Der private Konsum seit der deutschen Wiedervereinigung*, Monatsbericht September.
- Fitoussi, J.-P., Stiglitz, J. (2009): *The Ways Out of the Crisis and the Building of a More Cohesive World*, Document de Travail, OFCE (17).
- Frank, R. (2007): *Falling Behind: How Rising Inequality Harms the Middle Class*, Berkeley u.a.
- Graeber, D. (2011): *Debt. The First 5000 Years*, New York.
- Graeber, D. (2012): *Inside Occupy*, Frankfurt a.M., New York.
- Groh-Samberg, O. (2009): *Sorgenfreier Reichtum: Jenseits von Konjunktur und Krise lebt nur ein Prozent der Bevölkerung*, DIW Wochenbericht 35.
- Karl, M., Schäfer, D. (2011): *Verschuldung der privaten Haushalte in der Krise nicht erhöht*, DIW-Wochenbericht 22/2011.
- Krugman, P. (2008): *The Conscience of a Liberal: Reclaiming America from the Right*, Allen London.
- Kumhof, M., Ranciere, R. (2010): *Inequality, Leverage and Crises*, IMF Working Papers (268), International Monetary Fund.
- Palley, T. (2012): *From Financial Crisis to Stagnation: The Destruction of Shared Prosperity and the Role of Economics*, Cambridge, Mass.
- Rajan, R. (2010): *Fault Lines: How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy*, Princeton University Press.
- Reich, R. (2010): *After Shock. The Next Economy and America's Future*, New York.
- van Treeck, T. (2012): *Did Inequality Cause the U.S. Financial Crisis?* IMK Working Paper, 91.
- van Treeck, T. (im Erscheinen): „Wohlstand ohne Wachstum“ braucht gleichmäßige Einkommensverteilung, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Juli 2012.
- van Treeck, T., Sturn, S. (im Erscheinen): *Income Inequality as a Cause of the Great Recession? A Survey of Current Debates*, Working Paper, International Labour Organization (ILO).
- Wilkinson, R., Pickett, K. (2009): *The Spirit Level: Why More Equal Societies Almost Always Do Better*. London.

Finanzmarktreformen nach der Krise und Versprechungen der G20: Was wurde umgesetzt?

von Sebastian Dullien

Einleitung

Auf dem Höhepunkt der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 sah es einen kurzen Moment lang so aus, als könnte unser globales Wirtschafts- und Finanzsystem vor einem grundlegenden Umbau stehen. Als sich die Staats- und Regierungschefs der G20 im April in London und im September in Pittsburgh trafen, wollten sie vor allem eins: Sicherstellen, dass die Politik nie wieder in Geiselhaft des Finanzsektors genommen würde, dass nie wieder gegen den ausdrücklichen Willen der Politiker sich die Regierungen gezwungen sehen würden, Hunderte von Milliarden in die Rettung angeschlagener Finanzinstitute zu pumpen, weil die Alternativen noch viel schlimmer erschienen. Dementsprechend deutlich sind die Gipfelerklärungen ausgefallen. Wortgewaltig wurden große Grundlinien einer neuen globalen Finanzmarktarchitektur aufgemalt, in einer Vielzahl von Unterpunkten wurden sogar konkrete Reformen vorgezeichnet (G20 2009; 2009b).

Heute, fast vier Jahre nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers, wird man das Gefühl nicht los, dass es mit den Versprechungen der G20 nicht so weit her gewesen sein kann. Die US-Subprime-Krise hat sich zwar in eine europäische Staatsschuldenkrise verwandelt, trotzdem erscheint die Politik weiter als getrieben von den Finanzmärkten. In Europa wird im Wochenrhythmus über neue Bankenrettungsprogramme diskutiert. Und bei Fragen wie jener nach einem möglichen Euro-Austritt Griechenlands ist die zentrale Frage erneut, ob die Banken so etwas überstehen können oder doch wieder neue öffentliche Kapitalspritzen benötigen. Haben also die Politiker diesseits

und jenseits des Atlantiks die vergangenen Jahre untätig verstreichen lassen?

Auch wenn die die Berichterstattung über Reformvorhaben auf die hinteren Seiten der Wirtschafts- und Finanzteile der Presse gewandert ist, ist die Realität komplexer als dieses oberflächliche Urteil. Tatsächlich ist in den vergangenen Jahren bei der Finanzmarktregulierung weit mehr passiert als oft wahrgenommen. Von den konkreten Versprechungen, die die G20 im Krisenjahr 2009 gemacht haben, ist ein großer Teil umgesetzt worden. Warum aber kämpfen wir dann immer noch mit den Folgen der Finanzkrise? Das Problem ist, dass die Versprechungen von Anfang an nicht in der Lage gewesen sind, das globale Finanzsystem grundsätzlich umzukrempeln. Die Versprechungen zielten zu kleinteilig auf Detailprobleme des Finanzmarktes ab, und grundlegende, umfassende Reformen wurden nie versprochen, selten diskutiert und nicht umgesetzt.¹

Übergeordnete Ziele der G20

Die großen Leitlinien der G20 aus dem Jahr 2009 lesen sich auch heute noch beeindruckend. In den Erklärungen der Gipfel von Pittsburgh und London 2009 hat die G20 als Reaktion auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise drei übergeordnete Politikziele definiert (G20 2009b):

- **Abbau der globalen Ungleichgewichte:** „Einen Rahmen für kräftiges, stabiles, nachhaltiges und balanciertes Wirtschaftswachstum zu legen.“

¹ Dieser Beitrag basiert auf einer ausführlichen Studie (Dullien 2012), wo sich Details zu den einzelnen Regulierungsfeldern finden lassen.

- **Verhindern von Übertreibungen am Finanzmarkt:** „Sicherstellen, dass die Aufsichtssysteme für Banken und andere Finanzinstitute Übertreibungen, wie jene, die zur Krise geführt haben, künftig unterbinden.“
- **Reform der internationalen Finanzarchitektur:** „Die internationale Finanzarchitektur so zu reformieren, dass sie den Anforderungen des 21ten Jahrhunderts gerecht werden.“

Einzelversprechen und Umsetzung in EU und USA

Wie diese Ziele zu erreichen seien, wurde in den Erklärungen der G20 mit Einzelversprechungen weiter konkretisiert. Für den ungeübten Leser erscheinen auch diese Versprechungen auf den ersten Blick umfassend, wird doch von der Finanzmarktaufsicht über die Eigenkapitalanforderungen bis zur Vergütung von Bankmanagern praktisch jedes Thema angesprochen, das im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 diskutiert wurde.

Viele dieser Einzelversprechungen haben ihren Weg in den Gesetzgebungsprozess der EU und der USA gefunden. Umgesetzt wurden viele der Maßnahmen in den USA in dem umfassenden „Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act“, der mit fast 1000 Seiten wohl der historisch umfassendste Versuch einer Finanzmarktregulierung ist. In Europa wurden die Einzelmaßnahmen in eine Vielzahl von Richtlinien und Verordnungen gepackt, von denen viele, aber noch nicht alle endgültig verabschiedet sind. Allerdings ist hier schon absehbar, dass ebenfalls viele der Detailvorschläge ihren Weg in geltendes Recht finden werden.

Für die einzelnen Politikfelder wurden bzw. werden dabei die Versprechungen wie folgt umgesetzt:

- **Struktur der Finanzmarktaufsicht:** Die G20 versprochen einen Abbau von Regulierungslücken und ein Einbeziehen von systemischen Risiken in die Finanzmarktaufsicht. Tatsächlich wurde die US-Finanzaufsicht komplett umgebaut und mehrere neue Behörden gegründet, unter anderem werden nun Systemrisiken explizit betrachtet. Ähnliches gilt für Europa, wo eine Reihe europäischer Aufsichtsbehörden gegründet wurden und ein Rat für systemische Risiken (ESRB) geschaffen wurde. Auch wenn nicht klar ist, wie gut im Detail diese komplexen Systeme funktionieren werden, muss man konstatieren, dass hier viel passiert ist.
- **Eigenkapitalanforderungen:** Die Staats- und Regierungschefs der G20 hatten 2009 versprochen, die Banken zu verpflichten, mehr Eigenkapital vorzuhalten, um zu verhindern, dass der Staat bei großen Verlusten die Banken stützen müsste. Mit den Basel-III-Regeln und ihrer derzeit im Gesetzgebungsprozess befindlichen Umsetzung auf nationale bzw. EU-Ebene sind die Eigenkapitalanforderungen deutlich erhöht worden. Zudem wird von den Banken nun verlangt, in guten Zeiten ein höheres Eigenkapitalpolster anzulegen, was in Krisenzeiten als Puffer dienen kann.
- **Systemrelevante Finanzinstitute (SIFIS):** Wie die G20 versprochen hat, sind jene Institute identifiziert worden, die systemrelevant sind, diese müssen nun bis Ende 2012 Pläne für ihre eigene Abwicklung vorlegen. Es gibt nun international anerkannte Prinzipien, welche Institute systemrelevant sind, und eine Liste dieser Institute ist identifiziert worden, die nun an den „Banktestamenten“ arbeiten.
- **Hedge Fonds:** Wie von der G20 versprochen, müssen sich Hedge Fonds nun re-

gistrieren und werden wesentlich strenger überwacht als zuvor.

- **Verbriefungen:** Wie versprochen, sind sowohl in den USA als auch in der EU die Regeln für Verbriefungen verschärft worden. Banken müssen nun einen größeren Teil der Risiken in den eigenen Büchern behalten.
- **Derivate:** Wie von der G20 versprochen, müssen sowohl in den USA als auch in der EU ein Großteil der Derivattransaktionen – soweit möglich – künftig über zentrale Handelsplattformen abgewickelt werden. Damit soll zum einen sichergestellt werden, dass die Pleite einer großen Finanzinstitution nicht zu einer Dominoreaktion führt, weil die Gegenparteien ebenfalls Probleme bekommen. Zum anderen sollen so Informationen gesammelt werden, anhand derer die Aufsichtsbehörden die Risiken des Zusammenbruchs eines Instituts abschätzen können.
- **Ratingagenturen:** Wie 2009 versprochen, müssen sich Ratingagenturen nun registrieren lassen und es wird überprüft, ob sie Mindestanforderungen erfüllen; Interessenskonflikte (etwa durch gleichzeitige Ratings eines Kunden und Beratungsgeschäft mit dem Kunden) sollen durch das Verbot bestimmter Geschäftskombinationen weitgehend verhindert werden. Die US-Reformen gehen sogar noch weiter: Im Dodd-Frank-Act werden alle Regulierungsbehörden angewiesen, soweit möglich Verweise auf die Urteile von Ratingagenturen aus den Vorschriften zu streichen. Allerdings schweigt sich das Gesetz darüber aus, was an die Stelle der Rating-Urteile treten soll.
- **IWF und internationale Zusammenarbeit:** Wie von der G20 versprochen, sind die Mittel des Internationalen Wäh-

PapyRossa Verlag



Jürgen Leibiger

Bankrotteure bitten zur Kasse

Mythen und Realitäten der Staatsverschuldung

978-3-89438-466-1
274 Seiten | 16,90 Euro

Wie kommt es zu den horrenden Staatsschulden? Wer verdient daran? Wie wird ein Staatsbankrott vermieden? Wie kommt es, dass dabei stets die einfachen Leute zur Kasse gebeten werden? Das deutsche Beispiel zeigt, dass die Suche nach Alternativen zur Bankrottspolitik alternativlos ist.



Thomas Wagner

Demokratie als Mogelpackung

Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus

978-3-89438-470-8
141 Seiten | 11,90 Euro

Die Sloterdijks und Henkels polemisieren gegen Parteienmacht und für plebiszitäre Mitwirkung: Wie elitäre Gruppen fortschrittliche Begriffe besetzen, welche Rolle rechte Think Tanks dabei spielen, wer sie finanziert und wie eine emanzipatorische Gegenstrategie aussehen könnte.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

rungsfonds aufgestockt worden. Zur Koordinierung der Aufsichtsbehörden weltweit ist das „Financial Stability Board“ gegründet worden.

- **Managervergütung:** Die G20 hatte versprochen, dass die Vergütungssysteme bei Banken so umgestellt werden sollten, dass sie künftig nicht mehr übermäßige Risikolust fördern sollten. Tatsächlich ist sowohl in den USA als auch in der EU nun verpflichtend, bestimmte Grundprinzipien für Vergütungssysteme einzuhalten, unter anderem die Boni an die mittelfristige Kursentwicklung zu koppeln und die variablen Teile der Vergütung zu begrenzen.

Nicht bzw. kaum umgesetzt wurden dagegen Versprechungen im Bereich **globaler Ungleichgewichte**. Die G20 hatte versprochen, dass Leistungsbilanzungleichgewichte durch Politikmaßnahmen sowohl in den Defizit- als auch in den Überschussländern zu korrigieren seien. Bislang sind aber vor allem in den Überschussländern wie Deutschland keine Maßnahmen zum Abbau getroffen worden. Die Austeritätspolitik in vielen Defizitländern wie Spanien dagegen hat zwar zum Abbau der Ungleichgewichte beigetragen, hatte aber ganz andere Ziele. In den USA dürfte der Fehlbetrag in den kommenden Jahren nach aktuellen Prognosen von IWF oder OECD sogar wieder aufreißen.

Bewertung

Zusammenfassend kann man so sagen, dass sowohl in den USA wie auch in der EU ein Großteil der 2009 im Rahmen der G20 gemachten Versprechungen tatsächlich umgesetzt wurden.

Warum aber scheint das Problem der Dominanz eines riskanten Finanzsektors über Politik und den Rest der Wirtschaft immer noch nicht gebannt? Das Problem ist, dass

die Versprechungen der G20 die tatsächlichen Probleme der globalen Wirtschaft und die Ursachen der Finanzkrise 2008/2009 gar nicht angegangen sind. Die von der G20 genannten übergeordneten Ziele hören sich zwar beeindruckend an, die Versprechungen selber gehen aber auf Detailfragen der Regulierung einzelner Teile des Finanzsektors ein. Dabei schlägt nun durch, dass vor Beginn der Reformen an den Finanzsystemen in den USA und Europa keine einheitliche Krisendiagnose gestellt wurde. Einige Autoren wie etwa Sinn (2009) sehen die Krisenursache vor allem in falschen Anreizen im Finanz- und Bankensystem. Wären die Anreize richtig gesetzt worden, hätte es die Krise nach dieser Lesart nicht gegeben. Nach solch einer Interpretation könnten die G20-Vorschläge tatsächlich dazu führen, die Welt weniger krisenanfällig zu machen.

Glaubt man aber einer etwas komplexeren Analyse, die die Ursachen der Krise 2008/2009 in wachsender Einkommensungleichverteilung, wachsenden Ungleichgewichten zwischen den Ländern und übermäßiger Komplexität der Finanzmärkte sieht (etwa Dullien et al. 2009 oder Rajan 2010), dann haben die G20-Reformen zwei gravierende Schwachpunkte: Erstens ist die G20 nicht das Problem wachsender Ungleichgewichte innerhalb und zwischen Volkswirtschaften angegangen. Viel spricht dafür, dass die Leistungsbilanzdefizite in Ländern wie den USA oder Spanien ebenso wie die Immobilienpreisblasen in diesen Ländern wichtige Ursache der Krise waren, ebenso wie die wachsende Einkommensungleichheit innerhalb der einzelnen Länder. Zwar stand die Begrenzung dieser Ungleichgewichte auf der Liste der G20-Versprechungen von 2009, allerdings ist gerade bei diesem Punkt kaum Fortschritt zu erkennen. Tatsächlich hat sich mit der Krise das Wachstum der Lohneinkommen der breiten Masse in den Industrieländern noch einmal verlangsamt. Von einer stabilen Nachfrage, die sich aus gleichmäßig

wachsen Lohn Einkommen speist, kann derzeit keine Rede sein.

Zweitens ist die G20 nicht das Problem angegangen, dass sich der Finanzsektor in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter weg von seinem ursprünglichen gesellschaftlichen Zweck entwickelt hat, nämlich Unternehmen und Haushalte mit Krediten zu versorgen, und immer mehr Energie und Ressourcen in spekulative Aktivitäten steckt. Auch das grundlegende Problem der Intransparenz durch immer neue Finanzinnovationen wurde nicht angegangen.

Hier hätte ein grundsätzliches Umdenken über die Rolle des Finanzsektors in unserer Wirtschaftsordnung stattfinden müssen, statt nur ein paar neue Regeln und Aufsichtsbehörden zu schaffen. Um die Banken auf ihre Kernaufgabe zurückzubedenken, wäre ein grundsätzliches Verbot spekulativer Bankgeschäfte ebenso erforderlich wie ein Verbot der Kreditbeziehungen zwischen dem Bankensystem und Hedge Fonds und ähnlicher spekulativ tätiger Institutionen. Alternativ könnten diese Aktivitäten mit extrem hohen Eigenkapitalanforderungen belegt werden. Nur so können diese gesellschaftlich unerwünschten Aktivitäten für die Banken ausreichend unattraktiv gemacht werden.

Bei der Frage der Intransparenz der Finanzmärkte wäre eine Umkehr der Beweislast bei der Genehmigung von Finanzprodukten gefragt. Wie heute schon bei Medikamenten sollten neue Finanzinnovationen nur zugelassen werden, wenn der Emittent in der Lage ist nachzuweisen, dass das neue Produkt einen volkswirtschaftlichen Mehrwert schafft und gleichzeitig keine relevanten systemischen Risiken generiert. Ist dieser Nachweis nicht plausibel möglich, blieben die entsprechenden Finanzinnovationen verboten. So könnte sichergestellt werden, dass die Aufsichtsbehörden nicht immer hinter der Innovationsgeschwindigkeit von Finanzinsti-

tutionen hinterher hecheln, die systematisch Finanzinnovationen nutzen, um Regulierungslücken auszunutzen.

Die G20-Reformen verdienen so zwar vielleicht nicht ganz das Prädikat „Thema verfehlt“, weil die korrigierten Anreizprobleme am Finanzmarkt durchaus negative Folgen hatten und Krisen auslösen konnten. Davon, der Welt zu einem nachhaltigen und stabilen Wachstum zu verhelfen, sind sie aber weit entfernt. ■

☞ Dr. Sebastian Dullien ist Professor für Allgemeine Volkswirtschaftslehre an der HTW Berlin.

Literatur:

- Dullien, S. (2012), Anspruch und Wirklichkeit der Finanzmarktreform: Welche G20-Versprechen wurden umgesetzt? Bewertung der Politikmaßnahmen nach der Finanzkrise 2008/9, IMK Study 26/2012, Düsseldorf.
- Dullien, S., H. Herr und C. Kellermann (2009), Der Gute Kapitalismus, transcript, Bielefeld.
- G20 (2009), „Declaration on Strengthening the Financial System – London Summit, 2 April 2009“, im Internet unter: http://www.g20.org/Documents/Fin_Deps_Fin_Reg_Annex_020409_-_1615_final.pdf.
- G20 (2009b), „Leaders’ Statement: The Pittsburgh Summit. September 24-25, 2009“, im Internet unter http://www.g20.org/Documents/pittsburgh_summit_leaders_statement_250909.pdf.
- Rajan, R. G. (2009), Fault Lines: How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy, Princeton University Press, Princeton.
- Sinn, H.-W. (2009), Kasino-Kapitalismus: Wie es zur Finanzkrise kam und was jetzt zu tun ist, Econ, Berlin.

Europa steht auf der Kippe – Drei Entwicklungspfade sind möglich

von Klaus Busch



Die EU befindet sich heute so dicht am Abgrund wie nie zuvor in ihrer Geschichte:

Die Austeritätspolitik hat die realwirtschaftlichen Probleme in Europa verschärft, die Eurozone und die EU driften 2012 in eine Rezession. In Verbindung mit der Abschwächung des Wirtschaftswachstums in den Schwellenländern und der Instabilität der Erholung der US-Wirtschaft kann diese Krise in Europa eine neue Weltwirtschaftskrise erzeugen.

Die Austeritätspolitik hat darüber hinaus Europa in eine soziale Krise geführt. Die Arbeitslosigkeit in der Eurozone ist mit 11 Prozent die höchste seit Einführung der gemeinsamen Währung. In Spanien und in Griechenland liegen die Arbeitslosenquoten bei 25 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit über 50 Prozent. Die hohe Arbeitslosigkeit lässt in Verbindung mit einem Abbau der Löhne und mit Kürzungen bei Renten, Arbeitslosenunterstützung und Gesundheitsleistungen in vielen Ländern Europas die Armutsraten erneut ansteigen.

Die Austeritätspolitik hat Europa schließlich in eine politische Überlebenskrise gebracht. Die Bürgerinnen und Bürger wehren sich in vielen europäischen Ländern mit Recht gegen die Folgen der Sparpolitik. In bereits acht Mitgliedstaaten der EU sind seit Ausbruch der Krise die Regierungen ausgetauscht worden. In vielen europäischen Ländern gewinnen die rechtspopulistischen Parteien mit einer Anti-EU-Propaganda an Bedeutung. Die Proteste gegen die von der EU dirigierte antisoziale Sparpolitik gewinnen in Griechenland, Italien, Spanien und Portugal an Stärke. In Deutschland werden in den Massenmedien die antigriechischen Parolen immer lauter, in Griechenland vergleichen die Massenmedien die Politik Merkels mit der Invasion Hitlers. In immer mehr europäischen Staaten erodiert die Legitimation der Europäischen Union.

Nimmt man diese ökonomischen, sozialen und politischen Krisen als Ausgangspunkt, sind von hier drei Entwicklungspfade in die Zukunft möglich: ein Kollaps der Eurozone

und der EU, ein „muddling through path“ mit einer kurzfristigen Stabilisierung auf den Finanzmärkten, aber weiterhin stagnativen Tendenzen in der Realwirtschaft und keiner dauerhaften Lösung der Schuldenproblematik, schließlich ein qualitativer Sprung nach vorne, der mit einem Wachstumspakt und durch eine Vertiefung des Integrationsprozesses (Europäische Wirtschaftsregierung!) die ökonomische und politische Krise überwindet.

1. Kollaps von Eurozone und EU

Das Zusammenspiel der ökonomischen, sozialen und politischen Krisen erzeugt ein Gemisch, das die jeweiligen Abwärtsspiralen verschärft und am Ende die Eurozone und die EU zu sprengen droht.

Verschiedene Entwicklungen können zu diesem Resultat führen. Ein mögliches Szenarium könnte wie folgt verlaufen: Die Wahlen in Griechenland bringen die Syriza-Partei an die Macht, die den Schuldendienst einstellt. Im Zuge der Neuverhandlungen mit der EU und der wachsenden ökonomischen und politischen Unsicherheiten über die Zukunft des Landes kommt es zu einem Bank Run und zu Kapitalflucht, die die griechischen Banken in den Konkurs treiben. Wegen der politischen Unsicherheiten weigern sich EZB und die EU-Staaten stützend einzugreifen. Die ökonomische Krise des Landes verschärft sich in einem solchen Maße, dass es schließlich die Eurozone verlässt oder zum Verlassen gedrängt wird.

Der Austritt Griechenlands belebt die Spekulationen, dass bald auch Spanien, Portugal und Italien die Eurozone verlassen. Auch hier beginnen Bank Run und Kapitalflucht. Die Zinsen für Staatsanleihen steigen in unerschwingliche Regionen. Die EZB und der ESM handeln zu spät oder zu zögerlich. Auch Spanien, Portugal und Italien verlassen die Eurozone.

Das Zerbrechen der Eurozone führt in den Aufwertungsländern Deutschland, den Niederlanden und Österreich zu Exporteinbußen sowie zu Wachstums- und Beschäftigungseinbrüchen. In den abwertenden Südstaaten ist wegen der explodierenden Staatsschulden und der wachsenden Zinslast ein Staatsbankrott nicht mehr zu vermeiden. Der Zugang zu den internationalen Finanzmärkten ist versperrt. Einkommen und Beschäftigung brechen massiv ein. Aufgrund der zunehmenden Wirtschaftsprobleme im Norden und im Süden kommt es zu Protektionismus und einem Zerreißen des einheitlichen Binnenmarkts. Die EU ist damit am Ende.

Ein anderes Szenarium könnte in Spanien seinen Ausgangspunkt nehmen: die Zuspitzung der Rezession und der wachsende Kapitalbedarf der Banken zwingen das Land schließlich, einen Stützungskredit beim ESM zu stellen. Daraufhin steigen in Italien die Zinsen für Staatsanleihen so stark an, dass auch ein italienischer Antrag beim ESM notwendig wird. Die vorhandenen Mittel des ESM reichen nicht aus. In den Parlamenten der Nordländer Finnland, Österreich, Deutschland und den Niederlanden kommen aber keine Mehrheiten für eine erneute Aufstockung des ESM zustande. Aufgrund der mangelnden Unterstützung durch den ESM verlassen Spanien und Italien die Eurozone. Die weitere Entwicklung verläuft so, wie im ersten Szenarium beschrieben.

2. Muddling through path

Eine solche zerstörerische Zuspitzung der Krisen könnte zunächst vermieden werden, wenn die EZB und der ESM rechtzeitig handeln und die Pläne für eine Bankenunion realisiert werden würden.

Die EZB hat jederzeit die Möglichkeit, die Bazooka zu ziehen, indem sie entweder erneut im großen Stile Staatsanleihen der Problemländer kauft oder erneut den Banken im großen Umfange Mittel zur Verfügung stellen

würde, die diese zum Kauf der Staatsanleihen verwenden könnten. Gegen diesen Weg sprechen allerdings mehrere Argumente: A) Die bisherigen Erfahrungen, dass die Wirkung dieser Interventionen sehr rasch verpufft ist. Die erste Billionen-Spritze hat Anfang dieses Jahres nur drei Monate lang die Märkte beruhigt. B) Der Zinseffekt eines steigenden EZB-Anteils an den Staatsanleihen dieser Länder. Da die EZB-Anleihen bei der Umschuldung Griechenlands verschont wurden, erhöht sich mit wachsendem EZB-Gewicht an den Staatsanleihen umschulungsgefährdeter Staaten das Verlustrisiko der privat gehaltenen Anleihen, was zu steigenden Zinsen führt. C) Die Banken können der EZB im Tausch für Kredite nach dem letzten Billionen-Geschäft nur noch Sicherheiten geringerer Bonität anbieten. Das erhöht das Ausfallrisiko für die EZB.

Wirkungsvoller wäre es deshalb, wenn der ESM die Möglichkeit erhielte, den Banken direkt – also ohne Umweg über die jeweiligen Staaten – Kapitalspritzen zu gewähren. Dadurch ließen sich die spanischen Banken stabilisieren und auch im Falle einer Kapitalflucht aus Problemländern ein Bankenkollaps verhindern. Um diesen Weg beschreiten zu können, müssten aber die Statuten des ESM geändert werden, die bisher nur Unterstützungskredite an Staaten erlauben. Dieser Weg kostet also Zeit und stößt eventuell auf politische Hindernisse, z.B. in Deutschland.

Schließlich bleibt der Weg der Bankunion, die drei Elemente beinhalten würde: eine europäische Einlagenversicherung, eine europäische Bankenaufsicht und einen europäischen Bankenstabilisierungsfonds. Dies könnte ein wirksames Instrument gegen Bank Runs und Kapitalflucht sein und wäre ein Vehikel, mit privaten Mitteln des Bankensektors Not leidende Banken aufzufangen, zu stabilisieren oder abzuwickeln. Aber auch dieser Weg kostet Zeit und auch er hat mit politischen Widerständen in verschiedenen Ländern zu rechnen.

Kurzfristig bleibt damit nur die Möglichkeit, dass die EZB - trotz der genannten Einschränkungen - zur Bekämpfung steigender Anleihezinsen und zum Verhindern von Bankenzusammenbrüchen in Folge von Bank Runs und Kapitalflucht interveniert. Mittelfristig könnten ein erweiterter Instrumentenkasten des ESM oder der Weg der Bankunion zum Zuge kommen.

Neben dieser Stabilisierung auf den Finanzmärkten würde die Krise in der Realwirtschaft und die Schuldenproblematik in diesem Entwicklungspfad nicht überwunden werden, weil die Staaten der Eurozone wegen der Härtung des Wachstums- und Stabilitätspakts sowie der Einführung des Fiskalpakts am strikten Sparkurs festhalten würden. Auch kleine wachstumspolitische „Minispritzen“, wie ein wenig mehr Strukturmittel und einige EIB-Projekte für die überschuldeten Staaten, die die Regierung Merkel dem neuen französischen Präsidenten und der SPD als Gegengeschäft für die Zustimmung zum Fiskalpakt anbietet, ändern am stagnativen ökonomischen Kurs sehr wenig. Denn diese „Minispritzen“ würden verabreicht bei gleichzeitiger Wahrung, vielleicht sogar Verschärfung der Spardiktate. Die Ideologie des Mainstreams behauptet trotz der Verschärfung der Rezession in Europa immer noch, dass nur über den strikten Abbau der Schulden sowie harten Strukturreformen auf den Arbeitsmärkten (vulgo: Hartz IV für ganz Europa!) eine ökonomische Gesundung der Eurozone möglich sei. Pathologisches Lernen und Politikversagen haben seit Anfang 2010 die Eurokrise mehrmals verstärkt.

3. Jenseits von Maastricht: die Überwindung der Krise

Im Verlaufe der Krise sind nach und nach diejenigen Stimmen in Wissenschaft, Politik und Medien lauter geworden, die eine grundsätzliche Überwindung der einseitigen Bestimmungen des Maastrichter Vertrages, eine Vertiefung der Integration in Richtung

Politische Union sowie einen Europäischen Wachstumspakt fordern. Auch wenn dies noch die Meinung von Minderheiten ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die EU im Zuge einer weiteren Zuspitzung der Krise die Kraft zu einem solchen qualitativen Sprung nach vorne entwickelt. In früheren Fundamentalkrisen war die EU in der Lage, sich am eigenen Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen. Dies war nach der Politik des „leeren Stuhls“ de Gaulles der Fall, als mit dem Haager Gipfel von 1969 der Integrationsprozess einen neuen Schub erfuhr. Dies war auch 1987 der Fall, als mit der Einheitlichen Europäischen Akte und dem Binnenmarktprojekt eine lange Phase der Integrationsstagnation überwunden wurde. Die wichtigsten Elemente eines solchen qualitativen Sprungs wären heute:

- Eine europäische Strategie für qualitatives Wachstum und den Abbau der Arbeitslosigkeit;
- eine gemeinsames europäisches Schuldenmanagement;
- eine europaweite Koordinierung der Lohn-, Sozial- und Steuerpolitiken;
- die Re-Regulierung der Finanzmärkte und
- eine supranationale Europäische Wirtschaftsregierung.

Erforderlich ist zu allererst eine neue **europäische Strategie für qualitatives Wachstum und Beschäftigung**, die erkennt, dass die Staatsschulden dauerhaft nicht durch Sparen, sondern durch Wachstum reduziert werden können.

Diese Strategie sollte aus drei Elementen bestehen: A) Einem europäischen New Deal zur Verbesserung der europäischen Infrastruktur und der Umwelt. B) Einer starken Stimulierung der Binnennachfrage in den Überschussländern und C) Einer Beendigung der

deflatorischen Austeritätspolitik in den überdurchschnittlich verschuldeten Ländern.

Das zweite Element des Alternativprogramms wäre ein **gemeinsames europäisches Schuldenmanagement**. Durch die gemeinsame Herausgabe von Euroanleihen könnten für die stärker verschuldeten Länder eine Bonitätsverbesserung der Staatsanleihen und damit eine deutliche Zinsreduktion erreicht werden. Umgekehrt würden die Staaten mit geringeren Schulden auch für die Schulden der Krisenländer haften und einen Anstieg der Zinsen für die Finanzierung ihrer eigenen Schulden in Kauf nehmen. Eurobonds wären ein wichtiger Schritt in Richtung europäische Solidargemeinschaft, insbesondere, wenn sie mit einem Konzept für eine Europäische Wirtschaftsregierung verbunden würden. Diese Verknüpfung ist elementar, denn in der Tat muss die Einführung von Eurobonds mit der Forderung verbunden werden, über eine Europäische Wirtschaftsregierung die nationalen Fiskalpolitiken gestalten zu können.

Der dritte Paradigmenwechsel in Europa muss in der **Überwindung des Systems der Wettbewerbsstaaten** bestehen, indem die **Lohn-, Sozial- und Steuerpolitiken europäisch koordiniert** werden. Nur so lassen sich die großen systemgefährdenden Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der Mitgliedstaaten überwinden. Die Lohnpolitik ist europäisch in dem Sinne zu koordinieren, dass die Staaten im Durchschnitt ihre nationalen Lohnzuwachsrate an der Marge aus Inflationsrate und Produktivitätszuwachsrate orientieren. Damit würden lohnkostenbedingte Wettbewerbsverzerrungen vermieden und ein Beitrag zum Ausgleich der Leistungsbilanzen geleistet. Deutschland müsste in der Anfangszeit dieses Koordinierungsmechanismus durch eine stark expansive Lohnpolitik die Fehler der Vergangenheit korrigieren. Der Anpassungsdruck läge also zu Beginn dieses Paradigmenwechsel bei den Überschussländern und nicht den Defizitländern. Um Sozi-

al- und Steuerdumping zu vermeiden, ist darüber hinaus auch eine stärkere Koordinierung der Sozial- und Steuerpolitik notwendig.

Neben den Defekten des Maastrichter Vertrages ist die Weltfinanzkrise für die Entwicklung der Eurokrise verantwortlich. Als vierter Schritt des radikalen Politikwechsels in Europa müssen deshalb **neue Regeln für die Finanzmärkte** implementiert werden. In den USA, in der EU und auf der Ebene der G-20 werden seit 2008 für die verschiedenen Bereiche der Finanzmärkte Reformen diskutiert und teilweise umgesetzt. Diese Generalrevision der Struktur der Märkte ist aber bislang immer noch nicht abgeschlossen, und teilweise werden die notwendigen Reformen aufgrund des Drucks der Finanzlobby verwässert. (Zu den Details vgl. den Beitrag von Sebastian Dullien in diesem Heft).

Ein New Deal für die Wachstumspolitik in Europa, die Durchführung eines gemeinschaftlichen Schuldenmanagements in Form der Eurobonds, die Kontrolle über die europäisch koordinierte Wohlfahrtsstaats- und Steuerpolitik und die Überwachung neuer Regeln für die Finanzmärkte: Dies Alles wären Aufgaben einer **demokratisch gewählten supranationalen Wirtschaftsregierung in der Eurozone**. Dies ist der letzte Schritt einer Generalrevision der Defizite der bisherigen Verträge der Europäischen Union. Es ist zwingend notwendig, dass diese Wirtschaftsregierung auch die Kompetenz hätte, die Richtung der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten zu bestimmen, denn nur so könnte eine konsistente europäische Fiskalpolitik durchgeführt werden, die in Kooperation mit der EZB für die makroökonomische Stabilisierung der Union/der Eurozone Sorge tragen würde. Nur so ist auch die Vergemeinschaftung der Schuldenpolitik in Form der Eurobonds zu verantworten.

Allein ein solcher großer Sprung nach vorn kann die Eurozone und die EU auf Dauer stabilisieren. Diese Radikalreform ist im

Interesse aller europäischen Staaten, weil ein Zusammenbruch der Eurozone für alle EU-Staaten ein politisches und ökonomisches Desaster bedeutete. Die EU braucht erneut die Kraft für diese Radikalreform an Haupt und Gliedern, weil sonst die südeuropäischen Tragödien in eine europäische Tragödie münden werden.

Es ist äußerster schwierig einzuschätzen, welchen dieser drei Pfade die EU einschlagen wird. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Eurozone zusammenbricht, ist im Moment so hoch wie nie zuvor. Ein Kollaps könnte bereits nach den Wahlen in Griechenland sehr rasch eintreten, wenn Herdentrieb und Politikversagen eine unheilvolle Koalition eingehen sollten. Handelt die Politik schnell und rational, könnte die EZB die Lage nach den Wahlen in Griechenland stabilisieren. Ein Übergleiten in den „muddling through path“ könnte beginnen. Ob von hier dann im weiteren Verlaufe von Stagnation und Rezession eine Rückkehr auf den Weg des Zusammenbruchs geschieht oder der Sprung nach vorne auf den dritten Pfad gelingt, ist eine offene Frage. ■

☞ Dr. Klaus Busch ist Professor (i.R.) für Europäische Studien an der Universität Osnabrück und europapolitischer Berater von verdi.

Literaturempfehlung:

- Klaus Busch/Dierk Hirschel (2011): Europa am Scheideweg. Wege aus der Krise, Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2011, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/o7930.pdf>
- Klaus Busch (2012): Scheitert der Euro? Strukturprobleme und Politikversagen bringen Europa an den Abgrund, Friedrich-Ebert-Stiftung, Februar 2012, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/o8871.pdf>

Europas Jahrhundertaufgabe: Wohlstand und Zusammenhalt in ganz Europa

von Angelica Schwall-Düren



Europa hat aus seiner Geschichte gelernt und nach dem zweiten Weltkrieg das Projekt eines vereinten Kontinents gestartet, um dauerhaft Frieden zwischen seinen Völkern zu schaffen. Die europäische Gemeinschaft ist in der Überzeugung gegründet worden, dass Europa nur im gemeinsamen Handeln und in der Überwindung der nationalen Grenzen eine Zukunft haben würde. Dieser Zusammenschluss einer immer größeren Zahl europäischer Staaten hat nicht nur den Frieden gesichert, sondern auch zu einer beispiellosen Förderung des Wohlstand beigetragen.

Als zentrale wirtschaftliche Rahmenbedingung ist nach Ende des Kalten Krieges die Globalisierung immer mehr in den Vordergrund gerückt. Die europäische Antwort auf neue globale Herausforderungen bestand in der Schaffung des gemeinsamen Binnen-

marktes und der Wirtschafts- und Währungsunion. Heute ist die Europäische Union der größte Binnenmarkt und zugleich der größte Exporteur der Welt. Der gemeinsame Binnenmarkt bietet weiterhin ein enormes Potential für Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen. Um dessen Chancen auch in Zukunft nutzen zu können, muss die Europäische Union ganz offensichtlich noch weiter vertieft werden. Denn nur in der Gemeinschaft kann Europa als ein „global player“ auftreten.

1. Mehr Europa in der Krise

Die Wirtschafts- und Finanzkrise dominiert nun schon seit 2008 die politische Tagesordnung. Die Bekämpfung ihrer Ursachen sollte im Mittelpunkt der Bemühungen aller Akteure stehen. Die damit einhergehende Europäisierung des nationalen Handelns

war dabei bisher jedoch überwiegend intergouvernemental bestimmt. Und gleichzeitig werden verstärkt nationale Interessen in der europäischen Politik betont. Insofern beobachten wir parallel gegenläufige Entwicklungen. Die Krise hat die Verwundbarkeit und Fragilität der Wirtschafts- und Währungsunion gezeigt. Bei ihrer Gründung ging man davon aus, dass es besser sei, eine unvollendete Währungsunion zu haben, als das Projekt in die Zukunft zu verschieben. Nun tritt jedoch der „Geburtsfehler“ des Euro in der Krise offen zu Tage: Die währungspolitische Integration wurde nicht mit einer wirtschaftspolitischen Integration verbunden.

Mit den Erfahrungen der europäischen Integration im Hintergrund dachten die Verfechter der Währungsunion im Vorfeld des Maastricht-Vertrages, die Einführung des Euro sei ein erster Schritt zur Vertiefung der ökonomischen und sozialen Integration: die Währungsunion würde funktional weitere Integrations Schritte erzwingen. Kritiker wiesen bereits damals darauf hin, dass eine gemeinsame Währung ohne Einbettung in eine echte politische, wirtschaftliche und soziale Union scheitern müsste. So sagte der damalige Präsident der europäischen Kommission Romano Prodi im Dezember 2001 in einem Interview:

„Ich bin sicher, dass der Euro uns dazu zwingen wird, neue wirtschaftspolitische Instrumente zu schaffen. Es ist politisch derzeit nicht möglich, dies heute vorzuschlagen. Aber eines Tages werden wir eine Krise haben und dann werden neue Instrumente geschaffen.“

Die Krise macht deutlich, woran die Währungsunion krankt: Ihre Mitgliedsstaaten haben sich in ihrer Leistungsfähigkeit nicht angeglichen, sondern sind weiter auseinandergedriftet.

- Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit haben sich ungleich entwickelt; die Lohn-

entwicklung und das private Konsumverhalten haben sich dem nicht angemessen angepasst.

- In der Folge haben sich die Leistungsbilanz-Ungleichgewichte vergrößert.
- Ein (kleinerer) Teil der Mitgliedsstaaten hat sich in einem nicht vertretbaren Ausmaß verschuldet.

Die Finanzmarktkrise hat in Folge von Bankenrettung und Konjunkturmaßnahmen in allen Mitgliedsstaaten zu einer eklatanten Steigerung der öffentlichen Verschuldung geführt. Aus dieser Analyse müssten nun die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden: Unter der Führung Deutschlands ist hauptsächlich Haushaltskonsolidierung zum zentralen Thema der Politik in und für die Währungsunion geworden. Der wirtschaftspolitischen Koordinierung wird allerdings ebenfalls ein größeres Gewicht beigemessen. Doch was wird derzeit darunter verstanden?

Große Integrations Schritte sind mit der größeren und heterogeneren EU nicht leichter geworden. Doch bereits jetzt muss die Wirtschaftspolitik der EU-Staaten stärker koordiniert werden.

Wirtschaftspolitische Koordinierung

Die derzeitige wirtschaftspolitische Koordinierung in EU und Eurozone basiert auf drei Säulen:

- Die Koordinierung allgemeiner Wirtschaftspolitiken über die Wachstumsagenda Europa 2020. Hauptsteuerungsinstrument ist ein umfangreiches Berichtswesen. Diese Säule umfasst keine Sanktionen.
- Die haushaltspolitische Koordinierung hat mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt eine präventive Komponente und mit dem

Defizitverfahren eine korrektive Komponente. Beide Komponenten sind mit der Möglichkeit zu Sanktionen ausgestattet. Der Fiskalpakt soll nun hinzukommen.

- Auch die im Zuge der Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes eingeführte makroökonomische Überwachung enthält eine präventive und eine korrektive Komponente. Hier ist nur die korrektive Komponente mit der Möglichkeit zu Sanktionen ausgestattet.

Derzeit hat die Europäische Union keine Kompetenz, einzelnen Mitgliedstaaten wirtschaftspolitische Maßnahmen vorzuschreiben. Zulässig sind nur gemeinsame Zielvorgaben für alle EU-Staaten. Anders ist das bei Mitgliedstaaten, die Hilfen aus den europäischen Rettungsschirmen erhalten.

Mit der Europäischen Finanzierungsfazilität (EFSS) wurden 440 Mrd. Euro als Garantiesumme zeitlich befristet bereitgestellt. Mit Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ab Mitte dieses Jahres wird nun ein permanenter Krisenmechanismus in Kraft gesetzt werden, der über ein Kreditvolumen von 500 Mrd. Euro verfügen soll. Des Weiteren wurden die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung in Europa synchronisiert und verstärkt durch einen „Europäisches Semester“ genannten Prozess. Das Verfahren stellt sicher, dass alle Elemente der wirtschaftspolitischen Überwachung, die jährlich durchgeführt werden, in einem gemeinsamen Prozess synchronisiert werden.

Das letzte Instrument, das neu geschaffen wurde, um die Herausforderungen der Krise zu bewältigen, ist der Fiskalpakt.

2. Das Dogma des Fiskalpakts

Am 2. März 2012 haben die Staats- und Regierungschefs von 25 EU-Mitgliedstaaten den „Vertrag über Stabilität, Koordinierung

und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ unterzeichnet. Dieser sogenannte Fiskalpakt soll im Laufe des Jahres 2012 von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden, um am 1. Januar 2013 in Kraft treten zu können.

Das zentrale Element des Fiskalpaktes ist die Verpflichtung der einzelnen Mitgliedstaaten zu strengen Vorkehrungen für den Haushaltsausgleich und insbesondere eine Pflicht zur Verankerung einer Schuldenbremse im nationalen Recht. Zudem enthält der Fiskalpakt eine Vorschrift zur Überwachung und Kontrolle der Haushaltsdisziplin. Staaten mit einem übermäßigen Defizit müssen nach dieser Regelung der Kommission Haushalts- und Wirtschaftsprogramme vorlegen, deren Ziel es ist, das Defizit abzubauen. Diese Programme müssen dann von Kommission und Rat genehmigt werden.

Der Fiskalpakt war insbesondere von deutscher Seite als Gegenstück zum unbefristeten ESM gefordert worden.

Hilfszahlungen aus dem ESM werden daran gebunden sein, dass das jeweilige Land auch den Fiskalpakt unterzeichnet hat. Dies bedeutet, dass die betreffenden Staaten sich einer rigorosen Sparpolitik unterziehen müssen.

Dies ist Ausdruck des bislang vorherrschenden Verständnisses, dass die Staatsschulden die Wurzel allen Übels und die Verursacher der gegenwärtigen Krise seien. Zwar ist es richtig, dass eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erforderlich ist. In der ursprünglich durch die Finanzmarktkrise ausgelösten rezessiven Phase ist eine solch drastische Sparpolitik, wie sie der Fiskalpakt, aber auch die Auflagen für Hilfen an die Mitgliedstaaten zur Aufrechterhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit vorsehen, jedoch Gift für die Konjunktur. Sie verstärken die Rezession noch weiter. Erforderliche Wachstumsimpulse unterbleiben. Eine wirtschaftliche Abwärtsspirale ist die Folge.

Der harte Sparkurs hat außerdem enorme verteilungspolitische Konsequenzen. Die Lasten der Anpassungsprogramme müssen von der breiten Bevölkerung getragen werden. Sozial schwache Gruppen leiden besonders intensiv.

3. Was wir brauchen: kein neuer Austeritäts-Pakt, sondern gemeinsames Engagement:

Den Kern der Krise machen die beschriebenen ungleichen Wirtschaftsstrukturen und die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten aus. Die Politik muss deshalb verstärkt auf die Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte gerichtet werden. Auch Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen – vor allem Deutschland – müssen ihren Beitrag dazu leisten, diese Ungleichgewichte abzubauen. Das könnte durch eine Stimulierung der Binnennachfrage geschehen. Notwendig sind hierfür eine expansive Lohnpolitik, die Einführung von Mindestlöhnen und eine Stärkung der öffentlichen Investitionen in Bildung, Gesundheit und Umwelt.

Die Eurozone und die Europäische Union insgesamt werden nicht aus der Krise herauskommen, wenn es nicht zu nachhaltig ausgerichtetem Wachstum kommt. Dieses Wachstum wird nicht durch Sparmaßnahmen oder durch Umstrukturierungen induziert, sondern nur durch starke zusätzliche Impulse. Dafür gibt es mehrere Möglichkeiten:

Zum einen könnten bisher ungenutzte Strukturfondsmittel der EU rasch mobilisiert werden, wobei die von den in besonderen Schwierigkeiten befindlichen Mitgliedsstaaten zu erbringenden Eigenanteile reduziert werden müssen. Die verfügbaren Mittel könnten in einem Investitions- und Aufbaufonds gebündelt werden. Durch den Einsatz revolutionärer Fonds im Rahmen der Strukturpolitik könnte ein Entwicklungskapital für die Regionen geschaffen werden, das sie

langfristig einsetzen könnten, selbst wenn die direkten Mittel zurückgehen sollten.

Eine bedeutende Investitionssumme würde durch die Erhöhung des Eigenkapitals der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung gestellt werden. Mit diesen Mitteln könnten Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur, der Energieversorgung oder der Umweltstandards finanziert werden.

Durch spezielle Projektanleihen können zusätzliche Mittel für öffentliche Infrastrukturprojekte beschafft werden, indem private Unternehmen Anleihen begeben, für die die Europäische Investitionsbank einen Teil des Risikos durch Garantien und Kredite übernimmt.

Für solche Projektbonds stehen in einer Pilotphase auf europäischer Ebene insgesamt 230 Millionen Euro aus dem EU-Budget in 2012/2013 zur Verfügung, mit denen die Finanzierung länderübergreifender Projekte in den Bereichen Energie und Straßenbau garantiert und somit gemeinschaftlich gesichert werden sollen. Allerdings müssten die Erfahrungen aus dem Pilotprogramm in ein Standardprogramm sehr viel höheren Umfangs überführt werden.

Auch Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer in Europa könnten einen gewichtigen Teil einer Investitionsfinanzierung darstellen. Allerdings muss realistischerweise mit einer längeren Entscheidungs- und Umsetzungsphase für dieses Instrument gerechnet werden.

Um die Schuldenfähigkeit der Mitgliedsstaaten der Währungsunion entscheidend zu verbessern, darf eine gemeinsame europäische Haftung für einen Teil der Staatsschulden ebenfalls nicht länger ausgeschlossen werden. Das vom deutschen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorge-

stellte Modell eines Schuldentilgungsfonds würde eine große Entspannung der Refinanzierungs- und Kostenlage insbesondere für die Euro-Krisenländer bedeuten. Nach diesem Modell würden die Altschulden, die 60 Prozent des BIP eines Mitgliedstaates der Eurozone überschreiten, in einen Schuldentilgungsfonds überführt, für den gemeinsam gehaftet würde. Jeder Mitgliedstaat tilgt seine eigenen Schulden und wird einem verbindlichen Schuldenabbauplan unterworfen. Dies würde die Zinsbelastung für die jetzt negativ geratenen Länder bedeutend mindern.

In die Bewertung der Verschuldungssituation eines Mitgliedstaates geht entscheidend ein, inwieweit Gläubiger auf die Rückzahlung der Schulden vertrauen. Dieses Vertrauen steigt mit den Eigenanstrengungen zur Konsolidierung der Haushalte und der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit.

Weil Griechenland – das Land mit der derzeit schwierigsten Situation - unter einer extrem geringen internationalen Wettbewerbsfähigkeit leidet und seine Güter oder Dienstleistungen im Wettbewerb nicht bestehen können, wird sogar der Austritt des Landes aus dem Euro diskutiert!

Wenn wir das nicht wollen, müssen wir schnell mehr anbieten als Kaputtsparen. Die Einrichtung einer europäischen Griechenland Task Force unter Führung von Dr. Horst Reichenbach ist in dieser Hinsicht eine wichtige Maßnahme. Die Task Force soll bei der Erschließung von Wachstumspotentialen helfen. Es geht dabei um die Unterstützung bei der Errichtung von funktionierenden Institutionen zur Verbesserung der Steuereintreibung, Reformen der Verwaltung und des Gesundheitssystem, die bessere Nutzung elektronischer Kommunikationsdienste im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft. Auch für eine bessere Nutzung der Griechenland zustehenden, aber nur unzureichend abgerufenen Fördermittel aus den EU-Struk-

turfonds benötigt Griechenland Hilfe. Es ist bereits gelungen, Mittel auf Projekte mit besseren Struktureffekten umzuschichten.

Von öffentlichen Stellen unterhalb der europäischen Ebene kann es zu einer nützlichen Erfahrungsvermittlung kommen. Beispielsweise gibt es viele Kommunen in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten, die Partnerschaften mit griechischen Kommunen unterhalten. Darin liegt ein gewaltiges Potential: Austausch von Erfahrungen auf administrativer Ebene, Beratung bei der Akquirierung von EU-Fördermitteln oder Praktikumsmöglichkeiten für junge Griechen in kommunalen Behörden sind nur einige der Möglichkeiten, mit denen unseren griechischen Partnern geholfen werden könnte.

4. Balance zwischen Gemeinschaftsregeln und Subsidiarität

Es zeigt sich: Die Bewältigung der Krise macht es erforderlich, dass die europäische Integration weiter voranschreitet. Es müssen neue politische Strukturen geschaffen werden, die die EU handlungsfähiger machen. Klar ist, dass Mitgliedstaaten, die europäische Finanzhilfen aus dem Rettungsschirm erhalten, im Gegenzug tiefe Eingriffe in ihre nationale Souveränität akzeptieren müssen. Wie weit sollen aber die Eingriffe bei den anderen Mitgliedstaaten erfolgen? Nach dem in Artikel 5 EU-Vertrag festgeschriebenen Subsidiaritätsprinzip darf die Union bei geteilter Gesetzgebungskompetenz nur tätig werden, wenn die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Unionsebene zu verwirklichen sind. Es gilt also bei jeder Initiative genau zu untersuchen, ob die europäische Ebene auch die richtige Ebene ist und ob die vorgeschlagene Regelungsdichte und Detailgenauigkeit den umsetzenden Ebenen

angemessene Handlungsspielräume überlässt. Dabei muss auch stets auf das Ziel der einheitlichen Anwendung des Unionsrechts geachtet werden.

Ziel des Subsidiaritätsprinzips ist es, eine Politik zu machen, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientiert. Über der Verteidigung dieses Prinzips darf aber auch die Verantwortung für eine erfolgreiche europäische Integration nicht aus den Augen verloren werden. Sicherlich gibt es unsinnige Vorhaben, gibt es Kommissionsvorschläge, die zu weit gehen, die kommunale, regionale oder nationale Freiheiten dort einschränken, wo es gar nicht nötig wäre. Es gibt aber auch Projekte, die zunächst ungewohnt erscheinen und althergebrachte Vorstellungen über den Haufen werfen, die aber einen unvergleichlichen und absolut notwendigen europäischen Mehrwert schaffen.

Im Rahmen der geteilten Zuständigkeiten ringen wir in Europa ständig darum, auf welcher Ebene ein politisches Gesetzgebungsvorhaben angesiedelt sein muss.

Das Thema einer europäischen Wirtschaftsregierung war lange Zeit tabu – besonders in Deutschland. Aber die Erfahrung lehrt, dass die EU in Krisen schon häufig zu Maßnahmen gegriffen hat, die wenige Jahre früher als völlig unrealistisch galten. Noch ist die Krise nicht bewältigt, aber eines scheint doch heute schon deutlich zu werden: Wenn die EU aus dieser Krise herauskommt, wird sie eine wesentlich stärkere gemeinsame wirtschaftspolitische Steuerung haben.

Auch wenn in naher Zukunft kein föderaler europäischer Staat geschaffen wird, wird es notwendig sein, wesentliche wirtschaftspolitische Kompetenzen auf die Unionsebene zu heben. Denn es geht um mehr als um Krisenbewältigung! Es geht um eine wirtschaftlich starke, soziale, nachhaltige und demokra-

tische Union für die Zukunft! Jacques Delors hat schon betont, dass eine Währungsunion nicht überleben kann ohne die gleichzeitige Einführung einer Wirtschaftsunion. Dies ist nicht nur nötig zur Krisenbewältigung, sondern auch zur Krisenprävention, vor allem aber zur Ertüchtigung der EU angesichts der großen politischen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen.

Mit einer Verlagerung von Teilkompetenzen auf die europäische Ebene ist es mittelfristig nicht getan. Es stellt sich die immer drängender werdende Frage, welche Akteure hier die Entscheidungen treffen dürfen und wie sie legitimiert sind. Deshalb muss alles daran gesetzt werden, eine echte politische Union zu schaffen, die gemeinsames Handeln und demokratische Mitbestimmung zugleich ermöglicht. Denn nur gemeinsam werden wir die Krise überwinden und unser europäisches Projekt vollenden. ■

↳ Dr. Angelica Schwall-Düren ist Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien in Nordrhein-Westfalen.

Ungleichheit und Staatsverschuldung

von Michael Dauderstädt

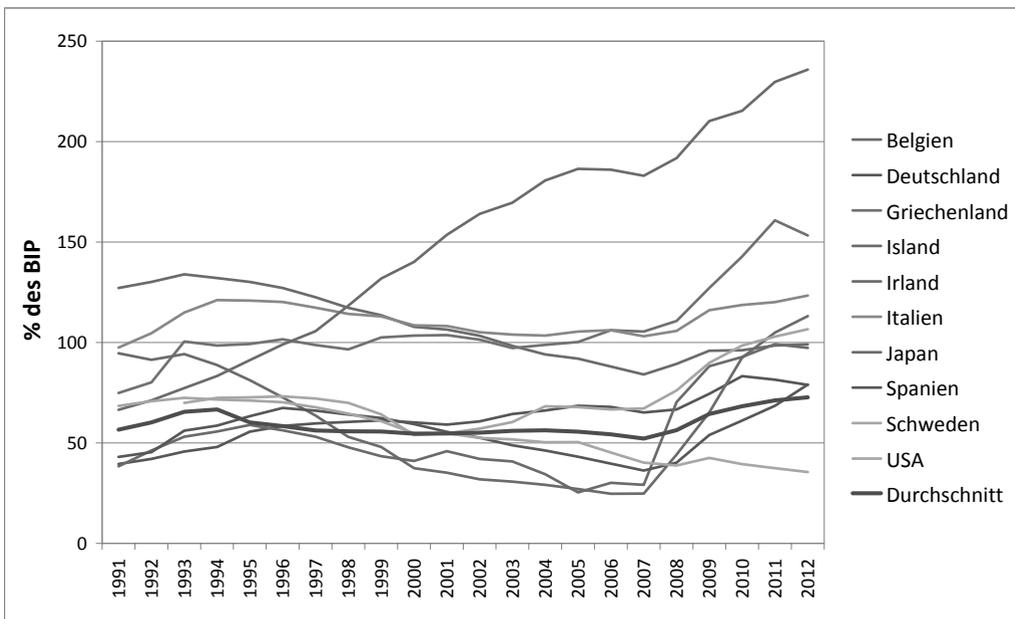
Die Staatsverschuldung vieler Demokratien hat im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise neue, für viele beunruhigende, Höhen erreicht. Dahinter verbirgt sich ein langfristiger Trend, der in den meisten westlichen Demokratien schon seit Jahrzehnten die Staatsschulden wachsen ließ. Sie stiegen mit jedem Haushaltsdefizit sowohl absolut als auch meist relativ zum Bruttoinlandsprodukt (siehe Grafik 1). Haushaltsüberschüsse, die die Staatsschulden senken würden, sind in den meisten reichen Demokratien eine große Seltenheit.¹

Mehr Staatsverschuldung durch Ungleichheit

Hinter dieser Entwicklung stehen einige systemische Trends, die in der Krise seit 2008 nochmals verstärkt wurden. Dazu zählen:

1. Steigende Staatsausgaben durch Ungleichheit;
2. Steigende Staatsausgaben durch Produktivitätsunterschiede im privaten und öffentlichen Sektor bei komplementärer Ent-

Grafik 1: Das Wachstum der Staatsverschuldung (1991-2012 in Prozent des BIP)



Quelle: IWF-WEO: Auch wenn das relative Gewicht manchmal stagnierte oder zurückging, so stiegen die absoluten Schulden praktisch immer weiter. Der Durchschnitt bezieht sich auf die „advanced countries“ beim IWF.

¹ Dieser Aufsatz beruht weitgehend auf einem WISO-direkt des Autors mit dem Titel „Staatsschulden, Demokratie und Ungleichheit“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Mai 2012, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09093.pdf>

wicklung des Bedarfs an öffentlichen und privaten Gütern und Dienstleistungen;

3. Steuervermeidung seitens der Vermögensbesitzer und „Besserverdienenden“, die durch die Globalisierung erleichtert wird;
4. Hohe Sparneigung und wirtschaftliche Instabilität durch Ungleichheit und Vermögenswachstum.

1. Die Mischung von politischer Gleichheit und wirtschaftlicher Ungleichheit

In einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat haben alle Menschen (zumindest die mit der Staatsbürgerschaft) gleiche Rechte auf ein bestimmtes Lebenshaltungs-niveau. Dies äußert sich etwa in den Sätzen für Sozialhilfe (Arbeitslosengeld II), in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung und im (weitgehend) freien Zugang zu Bildung und Sicherheit. Je ungleicher die Einkommen in einer Gesellschaft verteilt sind und je größer die Zahl der Armen ist, desto weniger Menschen können sich den gesellschaftlich akzeptablen Mindestlebensstandard aus ihrem Markteinkommen leisten.

Damit ergibt sich die Notwendigkeit, entweder diese zu geringen Einkommen aus öffentlichen Mitteln zu erhöhen oder die Leistungen zu subventionieren. Die Finanzierung über Steuern und Sozialversicherungsbeiträge seitens der Empfänger reicht nicht aus, um die Kosten der Angebotserstellung zu decken. Im Einzelfall geschieht das bei einer Versicherungsregelung (z.B. Krankenversicherung) zwar immer wieder, da es sich um eine Umverteilung innerhalb der Versichertengemeinschaft (z.B. von den Gesunden zu den Kranken) handelt. Aber bei progressiver Besteuerung und linearen Beiträgen (also ohne „Kopfpauschale“) gehört diese Umverteilung zum System. Die Ungleichheit steigert auf diese Weise die Staatsausgaben und Einkommensersatzleistungen.

2. Strukturelle Produktivitätsunterschiede

Hinzu kommt ein auch ohne Ungleichheit angelegter Trend, dass eine Gesellschaft für Aufwendungen, wie Absicherung gegen soziale Risiken und öffentliche Güter, einen tendenziell immer größeren Teil ihres Einkommens ausgeben muss, da diese Leistungen entweder gar nicht oder nur in einem geringeren Umfang von den sonst in der Gesamtwirtschaft üblichen Produktivitäts-zuwächsen profitieren. Aufwendungen für Industriegüter, die mit immer weniger Arbeit hergestellt werden können, oder für Dienstleistungen, die dank moderner Informations-technologie schneller und besser zu erbringen sind, machen einen tendenziell immer geringeren Teil der Ausgaben der privaten Haushalte aus.

Staatliche Leistungen bestehen aber zum großen Teil aus Einkommensersatz wie Rente, Kranken- oder Arbeitslosengeld oder aus Dienstleistungen, die ohne Qualitätseinbußen kaum zu beschleunigen sind. Gleichzeitig steigt häufig der Bedarf an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen mit dem Angebot und der Nachfrage nach privaten Gütern (z.B. mehr Autos brauchen mehr Straßen, Polizei, Verkehrsgerichtsbarkeit, Unfallmedizin etc.). Damit muss der Anteil öffentlicher Güter und Dienstleistungen am Verbrauch und an den Ausgaben der Gesellschaft tendenziell immer weiter zunehmen.

3. Ungeliebte Steuern

Die durch Ungleichheit und Produktivitätsdifferenziale wachsenden Staatsausgaben müssten nun nicht zwangsläufig zu einer höheren Staatsverschuldung führen, sondern könnten auch durch höhere Einnahmen finanziert werden. Realwirtschaftlich würden die dazu notwendigen Mittel teilweise dank der Produktivitätssteigerungen in den anderen Sektoren zur Verfügung stehen, ohne dass Konsumeinschränkungen

notwendig werden.² Hinzu kommt noch ein Umverteilungsrest, der sich in höherer Besteuerung und relativ höheren Abgabenlasten für die Reichen niederschlägt. Tatsächlich bringen die wohlhabenderen Haushalte den Löwenanteil der Einkommenssteuer auf und sie werden auch – absolut, wenn auch nicht relativ und auch nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze – stärker durch die Sozialabgaben belastet.

Die betroffenen Schichten antworten darauf durchaus erfolgreich mit politischem Gegendruck und Vermeidungsstrategien. Die Beitragsbemessungsgrenze selbst ist nur ein Ausdruck davon; die seit längerer Zeit zurückgehenden Anteile der Unternehmens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer sowie sinkende Spitzensteuersätze (z.B. Senkung der Kapitalertragssteuer auf 25 Prozent) belegen ebenfalls die Macht der Wohlhabenden. Außerdem verfügen sie über mehr oder weniger legale Möglichkeiten, sich dem Zugriff des Fiskus zu entziehen: Steuerflucht, Verlagerung von Gewinnen in Tochterunternehmen an Niedrigsteuerstandorten, Ausnutzung von Steuerschlupflöchern usw. Im Endeffekt dürften viele Reiche einen geringeren Anteil ihres Einkommens für Steuern und Abgaben ausgeben als ärmere Haushalte. Öffentliche Güter laden strukturell zum Trittbrettfahren ein, das durch effiziente Kontrolle und ein klareres gesellschaftliches Bewusstsein zu bekämpfen ist.

4. Übersparen und Krise

Nicht zuletzt führt die Ungleichheit der Einkommen dazu, dass reichere Haushalte relativ viel sparen und somit die Nachfrage schwächen, wenn andere Akteure sich nicht im gleichen Umfang verschulden und so das Geld ausgeben, das die reichen Haushalte sparen. Wenn Unternehmen oder andere

(ärmere?) Haushalte dies nicht tun, muss ein Staat, der sich für Wachstum und Konjunktur verantwortlich fühlt, als Schuldner einspringen. Das zeigte sich deutlich in der großen Krise 2008/09, aber auch strukturell angesichts des langfristigen, demografisch bedingten Spartrends. Auch hier käme alternativ eine Abschöpfung der nicht ausgegebenen Einkommen durch höhere Besteuerung in Frage.

Mehr Ungleichheit durch Staatsverschuldung?

Ausgabenwachstum und Steueraversion führen zu einem stetigen Wachstum der Staatsschulden. Die Gläubiger sind zum großen Teil die Mitglieder der Gesellschaft, die über Vermögen verfügen und deren Einkommen ihre Ausgaben übersteigen. Für sie sind (oder waren jedenfalls bis 2010) Staatsanleihen eine risikofreie Anlageoption. Entsprechend fließen die Zinsen der Staatsschuld überwiegend an diese wohlhabenden Gläubiger, erhöhen damit deren Einkommen und – bei weiter hoher Sparneigung – auch deren Vermögen weiter. Kritiker der Staatsverschuldung weisen daher zu Recht darauf hin, dass die Steuerzahler nur einen um die staatliche Zinslast zu bereinigenden realen Gegenwert in Form öffentlicher Güter und Dienstleistungen für ihre Steuern erhalten.

Dieses traurige Schicksal teilen die Konsumenten öffentlicher Güter aber mit denen privater Güter. Denn auch in deren Marktpreisen sind die Finanzierungskosten (die Zinslast der Unternehmen) enthalten. Im Ergebnis wächst die Ungleichheit in verschuldeten Gesellschaften weiter. Umgekehrt braucht die ungleiche Gesellschaft Schulden und Schuldner, damit das Sparen und der Vermögensaufbau seitens der Reichen nicht zu Nachfrageausfällen und Rezession führt. Denn Vermögen und Schulden können nur im Gleichschritt wachsen (oder schrumpfen).

² Vgl. Michael Dauderstädt (2011): Der Fortschritt ist bezahlbar, WISO direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2011, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/o8167.pdf>

Bei der Staatsschuld haben die ärmeren Haushalte immerhin den Vorteil, dass sie als Bürger/innen Miteigentümer bzw. Nutznießer der damit finanzierten Realvermögen (z.B. Infrastruktur) oder öffentlichen Güter sind. Für sie ist eine schuldenfinanzierte Schule ähnlich sinnvoll wie ein schuldenfinanziertes eigenes Haus. Ohne Schulden hätten sie entweder die Kosten sofort voll zu tragen oder müssten während einer längeren Ansparperiode auf das gewünschte Gut warten. Auch der Hausbau verschärft die Ungleichheit der Verteilung der Einkommen und Geldvermögen zugunsten der Gläubiger (nicht die der Gesamtvermögen, da das Reinvermögen des Häuslebauers zunächst gleich bleibt; er hat nur seine Bilanz um Haus und Schulden verlängert).

Gedankenexperiment: Staatsverschuldung ohne Ungleichheit

In einer Gesellschaft, in der Einkommen und Vermögen gleich verteilt wären, wäre die Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Gütern von deutlich geringerer Bedeutung. Nennen wir sie Gini-Null-Gesellschaft, da in ihr das bekannteste Ungleichheitsmaß, der Gini-Index, null wäre. Weil so die Notwendigkeit entfiel, durch Umverteilung für einen menschenwürdigen Mindestwohlstand zu sorgen, könnte man die Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen getrost weitgehend dem Markt überlassen. Die Haushalte würden bei gleicher Kaufkraft über ihre Nachfrage das Angebot an Gütern und Dienstleistungen ihren Bedürfnissen anpassen.

Gleiche Finanzierung öffentlicher Ausgaben

Echte öffentliche Güter, bei denen es schwierig ist, einzelne von ihrer Nutzung auszuschließen, auch wenn sie nichts zu ihrer Produktion beitragen (z.B. Sicherheit), müssten weiter durch Steuern finanziert werden. Der Steuersatz wäre aber für alle

gleich. Über ihr Wahlrecht haben auch hier alle die gleiche Einflussmöglichkeit auf die Ausgestaltung des Angebots. Markt und Staat wären beide demokratisch mit gleichen Rechten und Pflichten und gleicher Macht, die Struktur des Angebots den Bedürfnissen der Menschen anzupassen.

Wie würde in einer solchen Gesellschaft eine größere Investition oder eine umfangreichere Ausgabe finanziert und eventuell über eine Verschuldung entschieden? Bei privaten Gütern (z.B. Haus) läge eine genossenschaftliche Finanzierung nahe wie beim Bausparen, bei der rotierend einzelne Haushalte ihren Kapitalstock erhöhen und dazu kontinuierlich sparen. Bei öffentlichen Gütern (z.B. Sicherheit) wäre das klassische Beispiel der Kriegskredit. Er wäre von allen Haushalte in gleicher Höhe aufzubringen. Entsprechend würden alle im gleichen Umfang von den Zinszahlungen und späteren Tilgungen profitieren.

Realwirtschaftlich entspricht dieser Finanzierung im privaten wie öffentlichen Fall ein Konsumverzicht. Die kaufkräftige Nachfrage wird von Konsumgütern auf Häuser oder Rüstungsgüter umgelenkt. Entsprechend muss der Einsatz der Produktionsfaktoren neu verteilt werden. Inwieweit dies tatsächlich einen Konsumverzicht erfordert, hängt aber von deren Auslastungsgrad ab. Nur bei Vollbeschäftigung (und in einer geschlossenen Volkswirtschaft) führt die zusätzliche Nachfrage nach Kapitalgütern zwangsläufig zu einer Einschränkung des Angebots (und damit des Verbrauchs) an Konsumgütern. Bei Unterbeschäftigung kann dagegen das Angebot ausgedehnt und die Nachfrage befriedigt werden.

Schuldenlast und Steuerlast

(Neo-)klassische Ökonomen von Ricardó bis Barro hielten die Staatsfinanzierung über Steuern oder Schulden für gleichwertig, da im Falle einer Schuldenfinanzierung

die Haushalte Ersparnisse bilden würden, um für später zu erwartende höhere Steuern zum Zwecke des Schuldendienstes (Zinsen und Tilgung) vorzusorgen. Es käme also in beiden Fällen zu einer Einschränkung der privaten Nachfrage, womit auch der eventuell erwünschte Konjunkturreiz des staatlichen Defizits annulliert würde. Tatsächlich ist aber Staatsverschuldung ähnlich zu sehen wie eine Verschuldung des Unternehmenssektors. Die Kunden bilden auch keine Rücklagen, um für höhere Preise vorzusorgen, die ihnen die Unternehmen, die sich heute für Investitionen verschulden, später abverlangen werden.

Die Ricardo-Barro-Annahme macht nur Sinn, wenn Steuerzahler und Gläubiger zwei unterschiedliche Gruppen sind, also etwa im Fall der Staatsverschuldung im Ausland. Handelt es sich aber um dieselben Haushalte, so hätten diese offensichtlich keinen

Grund, für den Fall der Tilgung Rücklagen zu bilden. Denn sie wären ja selbst die Empfänger der rückgezahlten Staatsschulden, hätten also gleichzeitig die höheren Steuer Ausgaben und die Einnahmen aus der Rückzahlung der Staatsschuld. So wäre es auch im Fall der Gini-Null-Gesellschaft, wenn alle Haushalte gleich zur Staatsfinanzierung beitragen. Würde nur ein Teil der Haushalte dem Staat Kredite gewähren, so wäre das einer Kreditvergabe zwischen Haushalten vergleichbar.

Eine hohe Staatsverschuldung wäre in einer Gini-Null-Gesellschaft offensichtlich auch kein Problem, da die Haushalte gleichzeitig die Steuerzahler und die Empfänger der Zinsen wären. Der wirkliche Wohlstandsgewinn resultiert – ähnlich wie bei Unternehmensinvestitionen – aus dem Realkapitalstock, der über die Staatsverschuldung geschaffen wurde (z.B. Infrastruktur).

Fazit: Unproblematische Verschuldung bei Gleichheit und Freiheit

Die Probleme der Staatsverschuldung resultieren offensichtlich vor allem daraus, dass die Gläubiger eine Minderheit darstellen, die eventuell als Ausländer obendrein auch keine Steuern zahlen und aus dem durch ihre Kredite finanzierten Realkapitalstock kaum Nutzen ziehen. In einer gleichen und freien (also nicht von ausländischen Gläubigern abhängigen) Gesellschaft stellen Staatsschulden – egal in welcher Höhe – kein dramatisches Problem dar. ■

LINKE?

Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

Forum demokratische Linke

Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de

☞ Dr. Michael Dauderstädt ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zur Kritik der modernen Chancenideologie

von Franz Walter



„Meritokratie: Das Wort klingt wie der Inbegriff des Guten“, urteilte bereits zur Mitte des letzten Jahrzehnts Sir Ralf Dahrendorf. In der Tat: Das Paradigma besitzt eine hohe Faszination und Zugkraft. Das meritokratische Prinzip ist gesellschaftlicher common sense, zu Beginn des 21. Jahrhunderts möglicherweise gar stärker denn je. Denn der Glaube an die exakte Messbarkeit und gerechte Honorierung von Leistung hat sich zuletzt eher noch verstärkt. Evaluationen, Rankings, Bewertungsskalen aller Art dominieren in den verschiedenen Bereichen der modernen Welt. In der meritokratischen Gesellschaft zählt, so die Botschaft ihrer Herolde, allein die Leistung, die der Einzelne nachweislich erbringt. In der meritokratischen Gesellschaft beziehen nur diejenigen ein hohes Einkommen, die es durch ungewöhnlichen Fleiß und über-

durchschnittliche Kompetenz auch verdient haben. In einer solchen Gesellschaft verfügen lediglich solche über herausragenden Rang und höchste Reputation, die sich durch vorzügliche Leistungen und großartige Exzellenz in der Wissenschaft, der Unternehmensleitung, der Kunst oder dem Sport herauszuheben imstande waren.

Dabei: Die letzten Jahre haben die Schattenseiten der Leistungsutopie gerade in der Mitte der Gesellschaft deutlich werden lassen. Der meritokratische Mobilisierungsappell in einer ansonsten *gleichbleibenden* Gesellschaft mit riesigen Einkommensdifferenzen, Machthierarchien, gravierenden sozialen Unterschieden in Rang, Reputation und Renommee führte zu einem ziemlich gnadenlos ausgetragenen Ringkampf um weiterhin privilegiert angesiedelte Positionen. Wer in dieser individualisierten Schlacht durch rigide Chancennutzung nicht mithielt, hatte erst recht rundum und dabei gleich für alle-

1 Ralf Dahrendorf, Aufstieg und Fall der Meritokratie, in: Project Syndicate, 23.03.2005, online einsehbar unter <http://www.project-syndicate.org/commentary/the-rise-and-fall-of-meritocracy/german/> [eingesehen am 02.02.2012].

mal verloren. Denn fortan galt er als „gerecht“ gescheitert, weil er im „fairen Leistungswettbewerb“ versagt hatte, also selbst für sein negatives Schicksal verantwortlich war, genauer: gemacht werden konnte. Das meritokratische Versprechen nutzte so probat als ideologische Parfümierung zur Abgrenzung arrivierter Schichten gegen Ansprüche von unten. Die moderne Chancengesellschaft, die den Kontext von Solidaritätsnormen verlässt, kann so eine ziemlich kalte und rohe Angelegenheit werden. Sie mag massenhaft Scham erzeugen, zum Verlust der Selbstachtung beitragen, Ungleichheit auf paradox demokratische Weise perpetuieren.

Nun ist eine projektierte „Chancengesellschaft“ natürlich nicht ohne Sinn und Substrat. Mehr noch: Es spricht in der Tat einiges dafür, dass das 21. Jahrhundert von vielen Bürgern als ein Jahrhundert ganz ungewöhnlicher Chancen, Perspektiven, Optionen wahrgenommen und genussvoll ausgelebt wird. Und erkennbar war auch in den Jahren der „New Economy“ und des entgrenzten Finanzkapitalismus, dass die kapitalistischen Leitfiguren mehr und mehr vom Leistungsprinzip abrückten. Was noch zählte, war allein der Geldbetrag, gleich ob als Resultat von integrem Fleiß oder als Folge hasardeurer Spekulationen. Darauf hat insbesondere der Soziologe Sighard Neckel hingewiesen:

„Doch ist aller Rhetorik zum Trotz das Leistungsprinzip in Kreisen der DAX-Ökonomie in Wirklichkeit nicht mehr gut gelitten. Wer sich bisweilen auf Seminaren und Tagungen wirtschaftsnaher Verbände aufhält, kann dort erleben, dass Begriffe wie ‚Leistungsgerechtigkeit‘ ausdrücklich abgelöst werden. Wer ‚Leistung‘ sagt, so heißt es, wolle nur Forderungen stellen.“²

Doch nochmals: In der Chance lauert für andere das Menetekel des Scheiterns. So ist zu erwarten, dass das 21. Jahrhundert zugleich ein Jahrhundert des Versagens, der Überforderung, auch: für viele des Nicht-Dabeiseins ist, wenn Chancen ergriffen werden. Für die Politik und das Parteiensystem könnte sich daraus eine neue Konfliktlinie bilden. Die belgische Politikwissenschaftlerin Albena Azmanova erkennt bereits „political vectors along the poles of social opportunities and risks, which are challenging the established left-right alignment.“³ Auf dem Chancen-Risiko-Vektor haben sich Sozialdemokraten wie Grüne, Christdemokraten und Freie Demokraten ganz auf der Chancen-Seite platziert. „Bildung entscheidet“, ist unisono das Motto all dieser Parteien. Selbst die CSU läuft hier auf gleicher Linie. In ihrem Grundsatzprogramm von 2007 wird postuliert: „Chancen durch Bildung zu schaffen, ist vorsorgende Sozialpolitik“. Als christsoziales „Leitbild“ wird die „solidarische Leistungsgesellschaft“ entworfen.⁴ Alle Parteien haben dabei den sozialen Akt der Chancennutzung individualisiert. Auch in den sozialdemokratisch affinen Lebenswelten versucht jeder für sich in Abgrenzung gegen andere einen Gelegenheitsvorsprung zu erhalten, gesellschaftliche Positionen zu akquirieren, zumindest nach allen Seiten hin robust zu verteidigen.

Mit scharf satirischer Hellsichtigkeit hat das bereits 1958 der britische Soziologe Michael Young, 1945 programmatischer Kopf der Labour-Party, in seinem Utopia-Buch „The Rise of Meritocracy“ vorweggenommen.⁵ Die unteren Klassen waren bar einer Weltanschauung, die weitere emanzipatorische

³ Albena Azmanova, The Mobilization of the European Left in the Early Twenty-First Century ([http://www.gruene-akademie.de/pics/Azmanova-EuropeanLeft\(1\).pdf](http://www.gruene-akademie.de/pics/Azmanova-EuropeanLeft(1).pdf), S. 38)

⁴ Vgl. das Grundsatzprogramm der CSU „Chancen für alle! Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten“ von 2007, abrufbar unter <http://www.csu.de/dateien/partei/gsp/grundsatzprogramm.pdf> [eingesehen am 06.03.2012].

⁵ Michael Young, The Rise of the Meritocracy, London 1958. Die folgenden Zitate sind der deutschsprachigen Fassung entnommen: Ders., Es lebe die Ungleichheit. Auf dem Wege Meritokratie, Düsseldorf 1961.

² Sighard Neckel, Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft, Frankfurt/New York 2008, S. 11.

Begehrlichkeiten hätte rechtfertigen können. Und dazu war die Klasse der Handarbeiter und Dienstleister ohne Parteiformation, ohne orientierende Funktionäre und politische Anführer. Young beschreibt die Entwicklung zur kompletten Chancengesellschaft vom fiktiven Endpunkt des Jahres 2034 her. Sein Ausgangsort ist die alte Gesellschaft nichtgleicher sozialer und kultureller Chancen, in der Rang und Macht durch Herkunft, statt durch Intelligenz und Leistung determiniert sind. Das wird von Politikern der „Labour-Party“ nicht nur als ungerecht gegeißelt, sondern auch als Vergeudung von Bildungsressourcen, als Nachteil in der wirtschaftlichen Konkurrenz mit anderen Nationen kritisiert.

„Über den gemütlichen Cricketplatz von Lords, der exklusiven Rennbahn in Ascot und dem einschläfernden Milieu beim britischen Industrieverband dräute der Schatten des tüchtigen Ausländers.“ (S. 41)

Die Begabten der Arbeiterklasse machen sich das Begehren von „Labour“ zum großen Aufstiegsprojekt, bedienen sich dabei auch der Empörungsenergien ihrer weit weniger bildungsbefähigten Klassengenossen aus der unteren Schicht. Der Kampf hat Erfolg – und die aufgestiegenen Tüchtigen der Underclass werden zu emphatischen Verteidigern der etablierten Ordnung, die nun durch objektive Meritokratie charakterisiert ist.

„Damit hörte der Sozialismus auf, Schrittmacher zu sein und wurde zum Bremsklotz. Seine Mission hatte er erfüllt, als zunächst das Bildungs- und Erziehungswesen und dann die Industrie derart reorganisiert waren, dass fast alle tüchtigen Köpfe der Nation in den Oberklassen konzentriert waren. Die Labour-Partei konnte nicht länger die Kraft bleiben, die sie bisher gewesen war, sobald die einst unter ihrem Banner marschierenden Klassen die Intelli-

genz in ihren Reihen eingebüßt hatten. Das Ansehen der Partei im Lande musste zwangsläufig hierunter leiden.“ (180)

Intelligenz und Anstrengung werden regelmäßig öffentlich evaluiert und in einer „nationalen Intelligenzkarte“ festgehalten. Familiäre Prägungen werden – da ungerecht – konsequent zurückgedrängt. Es gilt allein die Leistungsformel $I + E = M$, also: „Intelligence and effort together make up merit“.

Die zurückgelassenen Unterschichten stehen fortan allein, ohne ihre frühere Führungsintelligenz. Sie sind in der neu konstituierten meritokratischen Gesellschaft verdienentermaßen abgehängt, sind die Dummen und Trottel der Leistungsgesellschaft.

„Zum ersten Mal in der menschlichen Geschichte hatte das unterwertige Individuum keine Möglichkeit, für seine Verhältnisse jemand anders verantwortlich zu machen.“ (146)

Da die neue Gesellschaft aber von ihrer ganzen Logik her Nutzlosigkeit nicht dulden darf, haben sich die inferioren Schichten in „Home Help Corps“ einzugliedern, um durch Serviceleistungen den erfolgreichen, rund um die Uhr produktiven Chancennutzern zu Diensten zu sein – ja: sein zu müssen.

„Nach langem Kampf hat die Gesellschaft endlich die Konsequenz gezogen: Die geistig Hervorragenden sind zur Spitze aufgestiegen, die geistig Unterdurchschnittlichen bilden nun den Bodensatz. Beide tragen Kleider, die zu ihnen passen.“ (S. 158)

Auch den Älteren wird nicht mehr, wie zuvor, der vorzeitige Ruhestand gegönnt. Trotz verminderter Leistungsfähigkeit haben sie fortgesetzt zu arbeiten, wengleich lediglich in anspruchlosen, routinierten Jobs. Leistung und Anpassung wird zum Maßstab schlecht-

hin in der streng oligarchisierten Gesellschaft der sozialdemokratisch implementierten Meritokratie. Die Kluft zwischen den Klassen wächst; das Prinzip der Gleichheit beschränkt sich allein auf den gleichförmigen Status gleichintelligenter Menschen, weshalb Demokratie keinen mehr macht und folgerichtig abgeschafft wird. Und zu schlechter Letzt streben auch die Aufsteiger der neuen soziale Elite danach, die Erblichkeit ihres hart erkämpften Vorrangs wieder einzuführen, um die eigenen Kinder vor dem vehementen Konkurrenzdruck zu schützen.

„Die Kinder von leitenden Gewerkschaftern, Labour Ministern und anderen hervorragenden Männern des Arbeiterstandes wurden selbst nicht mehr Handarbeiter. Sie besuchten das Gymnasium und die Universität und bereiteten sich auf Stellungen im Handel und den freien Berufen vor. Eine ganze Anzahl von ihnen besuchte sogar eine Publik School. Die Kinder der Labour Führer waren geradezu die Vorboten der kommenden Entwicklung.“ (195)

So die ebenso hellsichtige wie beklemmende Zukunftsschau von Michael Young, der vor exakt einem halben Jahrhundert bereits die Tücken und Übel der meritokratischen sozialdemokratischen Chancen und Anpassungsgesellschaft vorwegnahm.

Zur gleichen Zeit, als Young seinen Roman schrieb, hatte in Deutschland der sozialdemokratische Kulturpolitiker und Intellektuelle Carlo Schmid Bildung noch als „Widerstand gegen die Verzweckung des Lebens“ bezeichnet. Denn: „Wo reine Anpassung erfolgt“, so Carlo Schmid damals, „stehen wir außerhalb der Dialektik des Humanen“. Schmid wäre mit solchen Überlegungen heute wohl lediglich ein spöttisch belächelter Anachronist, eben ein hoffnungsloser Konservativer. Dafür hat ein gegenwärtiger realer Konservativer, Alexander Gauland, die „Illusion der

Chancengleichheit“ (Bourdieu) und Chimäre von der nivellierten Chancengesellschaft schonungslos demaskiert: Die „Hoffnung auf Bildung als Chance zu Aufstieg und Überwindung der Spaltung kann das Problem nicht lösen – es sind für eine Volkspartei zu wenig Menschen, die man damit in die lichten Höhen steigender Managergehälter und Kapitaleinkommen katapultieren kann. Was aber wird aus denen, die bei Daimler, bei Krupp, bei Thyssen und im Bergbau ihr Auskommen hatten, ohne je von der Relativitätstheorie oder der Wahrscheinlichkeitsrechnung gehört zu haben? Es mag ja sein, dass man noch ein paar mehr Aufstiegschancen organisieren kann, doch am Ende müssen beide Volksparteien, die christliche wie die sozialdemokratische, die Frage nach dem Schicksal derer da unten beantworten. Und wer dabei weder christliche Moral noch sozialistische Heilsversprechen gelten lassen will, muss sich zumindest darüber Gedanken machen, wie sich die neue Härte auf seine Umgebung auswirkt.“⁶

In den 1990er Jahren flachte der Schwung für die Bildungsreform und Bildungsexpansion bekanntlich deutlich ab. Im Jahrzehnt darauf, bei neuerlicher sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung in Bonn/Berlin, starteten die Sozialdemokraten deswegen dann eine zweite große Initiative für „mehr Lebenschancen für mehr Menschen“. Denn: „Alle Bildungspotentiale müssen ausgeschöpft werden. Dabei wird jedes heutige Kind, jeder einzelne junge Mensch in Zukunft als produktive Arbeitskraft, als Steuer- und Beitragszahler“ gebraucht.⁷ Doch zeigte sich rasch in diesem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, dass die Sinnstiftungssentenzen der neuen Mitte – Bildung, lebenslanges Lernen, Chancen, Leistung – die Fortschreibung bzw. Neuauflage erfolgreicher Aufstiegsbiographien

6 Alexander Gauland, Für eine Volkspartei ist die Mitte zu klein, in: Die Welt, 16.4.2007.

7 Vgl. hierzu auch Henning Schluß, Der ökonomische Schlüssel passt nicht immer. In den Entwürfen für das neue SPD-Grundsatzprogramm wird bislang so getan, als seien Wirtschaft und Gesellschaft dasselbe, in: Der Freitag, 26.1.2007.

der bundesdeutschen Wohlfahrtsstaatsära bedeuteten. Hingegen stimmten sie nicht mit den niederdrückenden Erlebnissen des Scheiterns, der Demütigung durch Bildungsversagen in den mehrfach gebrochenen Lebensgeschichten des unteren gesellschaftlichen Drittels überein. Diese beiden Welten waren sich seit der ersten Bildungsreform einander fremd geworden. „Man findet“, so der Bildungsforscher Karl-Ulrich Mayer, „etwa im Heiratsverhalten oder bei der Familiengründung mehr Unterschiede zwischen den einzelnen Bildungsgruppen als vor 20 Jahren.“⁸

Doch selbst Michael Young hatte 1958 seine Leser nicht ohne jeden Trost aus der Lektüre seiner Negativ-Vision von der meritokratischen Gesellschaft – dieser „Parodie der Demokratie“⁹ – entlassen. Die Chancengesellschaft bedeutet ihm noch nicht das Ende der Geschichte. Er sah eine Allianz von jungen Frauen und älteren Männern des klassischen Sozialismus entstehen, für die nicht allein Aufstieg und Berufserfolg zählte, sondern die universelle Möglichkeit, Interessen und Talente gleich welcher Façon und welcher Intelligenz – „cultivate variety“ – zu realisieren. Das Anliegen der Frauen war durchaus radikal und sozokulturell weit gespannt. Es ging ihnen um eine grundlegende Transformation des meritokratischen Wertesystems. Körperliche Arbeit sollte ebenso wertgeschätzt werden wie die des Hirns. Ein Zimmermann sei nicht weniger wichtig als ein Mineraloge, argumentierten die Frauen, die sich zu einer linkspopulistischen Bewegung zusammenschlossen und ihr Anliegen in ein Manifest bündelten:

„Die klassenlose Gesellschaft würde sich dadurch charakterisieren, dass sie eine Vielfalt von Werten besäße

und auch dementsprechend handelte. Wenn wir die Menschen nicht nur nach ihrer Intelligenz und ihrer Erziehung, ihrer Beschäftigung und ihrem Einfluss einschätzten, sondern auch nach ihrer Freundlichkeit und ihrem Mut, ihrer Fantasie und ihrer Empfindsamkeit, ihrer Sympathie und ihrer Großzügigkeit, dann könnte es keine Klassen geben.“ (230)

Wenig ist zugegebenermaßen bislang von einem solchen neuen kulturellen Bündnis gegen den Aufstiegs- und Abschließungsreformismus zu sehen. Aber natürlich: Bis 2034 bleibt auch noch ein wenig Zeit, daran zu arbeiten. ■

⁸ Karl Ulrich Mayer, Die Bildungsgesellschaft, in: Armin Pongs, In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?, München 2000, S. 193-218, hier: S. 205.

⁹ So Christopher Lasch, Die blinde Elite. Macht ohne Verantwortung, Hamburg 1995, S. 52.

↳ Dr. Franz Walter ist Professor für Politikwissenschaft und Leiter des Göttinger Instituts für Demokratieforschung.



Kinderspiel Kapitalismus: Zu früh aufm Platz

von Tom Strohschneider

Ist das ein Gemurkse, sagt mein Nachbar. Langweiliger geht Fußball ja gar nicht. Nein, er meine nicht die Europameisterschaft. Sondern die deutsche Rumpelliga, die politische. Die eine Mannschaft kann nicht mehr, vielleicht konnte sie ja noch nie in ihren schwarz-gelben Leibchen. Ein Tor ist bei denen schon lange nicht gefallen, eher fällt ein Stürmer. Wie zuletzt dieser Röttgen. Der Seehofer schießt am liebsten aufs eigene Tor, und der Rösler liegt seit seiner Einwechslung unbeachtet im Mittelkreis. Da geht nicht mehr viel.

Und die andere Mannschaft? Naja, die Spieler von Rot-Grün können jedenfalls besser angeben. Große Angriffsgesten an der Mittellinie, Kunststückchen an der Außenlinie. Aber wenn sie dann mal in den Strafraum kommen, wird hin und her gepasst, und noch einmal quer gespielt. Und dann noch einmal. Und gleich danach ist wieder irgendwas. Jedenfalls fallen da auch keine Tore. Ihm, sagt mein Nachbar, stehe die Schande von Gijón vor dem geistigen Auge.

Vor meinem erschien erstmal nur ein Senfglas, aber dessen Inhalt schreibt sich mit D. Ich schaute trotzdem fußballwissend durchs Treppenhaus, denn ein Verständnis für Leute, die den Geist des Sommermärchens nicht in sich tragen, das hat mein Nachbar nicht. Deutschland gegen Österreich, 1982 in Spanien! Legendär! Muss man doch kennen!

Muss man? Jedenfalls fiel da nur ein Tor, sonst allgemeines Herumstehen in der Gegend und so tun als ob. Ich hab im Internet nachgeschaut. Am Schluss hatten beide Mannschaften was davon, es war Vorrunde. Beim Spiel der Rot-Grünen gegen die Schwarz-Gelben ist aber gewissermaßen schon Finale.

Plötzlich redet mein Nachbar wie die Rundfunkmenschen am Samstagnachmittag, wenn man für das quengelnde Kind ein Hörspiel mit lustigen Feen sucht aber im Radio nur die „Konferenz“ findet: Steinbrück passt zu Steinmeier, aber uuuuhhhh – Gabriel geht dazwischen, nimmt den Ball, Drehung. Aber was ist das denn! Da ist doch niemand. Nicht mit anzusehen. Es bleibt beim Null zu ... und wir schalten nach ... Toooooor in Berlin bei der Partie Linke gegen Piraten.

Beim Spiel gegen Schwarz-Gelb rufen manche rot-grüne Fans jetzt nach einer neuen Kraft, die aber lieber Landesliga spielen will. Im Gegensatz zum Wowereit, dem ewigen Hoffnungsträger aus Berlin, der weiter in der Bezirksklasse bleibt, weil er den Flieger verpasst hat – so ohne fertigen Flughafen. Im rot-grünen Mittelfeld auch nur Hertha-Niveau, sagt mein Nachbar. Der Trittin hätte früher als Linksaußen eine bessere Figur abgegeben. Und dass die Roth in der Halbzeitpause gut für Stimmung in der Kabine sorgt, helfe ja nun auch nichts so. Der größte Witz aber, sagt der Nachbar, sei ja nun, dass ein paar Spieler immer noch schwarz-grüne Trikots anhängen. Und andere schwarz-rote. Da freue sich doch nur die Merkel von der anderen Mannschaft.

Fehle nur noch, dass die Fans von Rot-Grün schon vor dem Schlusspfiff auf den Platz rennen. Düsseldorf, vorzeitiger Jubel, Bengalos und so. Aber hier ist noch lange nicht Schluss mit dem Gemurkse, sagt mein Nachbar. Und gibt dann zum Glück zurück ins Funkhaus. ■

☞ Tom Strohschneider ist Redakteur bei der Tageszeitung (taz).

Die wirtschaftliche Entwicklung in Spanien oder: Griechenland ist nicht das einzige Problem



von Arne Heise

Gegenwärtig schaut alle Welt auf Griechenland: Wird das Land seine ökonomische Krise, die längst auch eine politische Krise geworden ist, überwinden? Auch wird diskutiert, ob die Europäische Währungsunion (EWU) nicht ohne Griechenland mittelfristig ebenso stärker werden würde, wie Griechenland ohne den Euro bessere Chancen zur Gesundung hatte. Neben all den politischen und ökonomischen Unwägbarkeiten, die ein derartiges Ausstiegsszenario für Griechenland beinhaltete, wird andererseits immer wieder darauf verwiesen, dass Griechenland nur den Anfang eines Ausstiegs aus der Eurozone machen könnte und schnell anderen Länder in eine vergleichbare Lage kommen könnten. Als anderer Kandidat wird immer wieder Spanien genannt – die viertgrößte Ökonomie der Eurozone!

Spanien als Musterbeispiel der Austeritätspolitik?

Eine Zeit lang galt Spanien als Musterbeispiel der Krisenbewältigung nach deutschem Gusto: Von der Weltfinanzkrise im Jahre 2009

hart getroffen (vgl. Tab. 1), schien vor allem der harte Sparkurs der neuen konservativen Regierung ab 2011 erste Früchte zu tragen: Noch im Herbst 2011 sagte die EU-Kommission in ihrer Herbstprognose Spanien ein gegenüber der Eurozone leicht überdurchschnittliches BIP-Wachstum von 0,7 Prozent (gegenüber 0,5 Prozent in der Eurozone) im Jahr 2012 und 1,4 Prozent in 2013 (gegenüber 1,3 Prozent in der Eurozone) voraus – nachdem das Wachstum im Jahr 2011 mit 0,7 Prozent (gegenüber 1,5 Prozent in der Eurozone) deutlich unterdurchschnittlich verlief, implizierte dies eine erstaunliche konjunkturelle Trendwende. Damit war dann auch die Erwartung verbunden, dass sich die strukturelle Verschuldung Spaniens deutlich reduziert und damit erste Konsolidierungserfolge sichtbar werden, die zur Beruhigung der Finanzmärkte beitragen und als Messlatte anderer Eurozone-Staaten dienen könnte – und tatsächlich begann die Risikoprämie im Laufe des Jahres 2011 zu sinken, die auf spanische Staatsanleihen verlangt wurde. Vor allem aber war damit auch die Hoffnung verbunden, dass der rasante Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt und der Trend umgedreht werden könnte.

Abb. 1: Rahmendaten der Wirtschaftsentwicklung in Spanien

	92-07	2008	2009	2010	2011	2012	2013
BIP	3,1	0,9	-3,7	-0,1	0,7	-1,8 (+0,7)	-0,3 (+1,4)
ALQ	14,1	11,3	18,0	20,1	21,7	24,4 (20,9)	25,5 (20,3)
Strukturelles Defizit	-2,1	-4,3	-8,7	-7,4	-7,3	-4,8 (-2,9)	-4,8 (-3,4)
Gesamtdefizit	-2,1	-4,5	-11,2	-9,3	-8,5	-6,4 (-5,9)	-6,3 (-5,3)

Anmerkungen: 2012 und 2013 sind Prognosen der Frühjahrsprognose 2012. In Klammern stehen die Werte der Herbstprognose 2011
Quelle: Herbstprognose der EU-Kommission 2011 und Frühjahrsprognose der EU-Kommission 2012

Enttäuschte Hoffnungen!

All diese Hoffnungen, die von kritischen Ökonomen nie geteilt wurden, weil es keinen ersichtlichen Grund gibt, woher die Kompensation der durch die massiven staatlichen Ausgabenkürzungen bewirkte Senkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage kommen sollte, haben sich nun als unbegründet erwiesen: Die spanische Wirtschaft befindet sich erneut in einer Rezession, d.h. nach dem 4. Quartal 2011 sank das BIP nun auch im 1. Quartal 2012 und statt eines Konjunkturaufschwungs wird nun ein starker Konjunkturerinbruch von -1,8 Prozent im Jahr 2012 und (optimistischen!) -0,3 Prozent im Jahr 2013 erwartet. Obwohl diese negative Revision der konjunkturellen Prognose nicht nur Spanien, sondern die gesamte Eurozone getroffen hat, ist doch auffällig, dass gerade die Staaten mit den höchsten Schuldenständen und härtesten Austeritätsprogrammen - neben Spanien natürlich Griechenland und auch Italien – die schärfsten Revisionen ihrer Prognosen erfahren mussten. Damit bleibt dann auch die Wende am Arbeitsmarkt aus: Im Jahr 2013 wird etwa jeder 4. spanische Arbeitnehmer ohne Job sein, die Jugendarbeitslosigkeit ist gar noch viel höher. Und auch die Konsolidierung kommt nicht voran wie von den Verfechtern der Austeritätspolitik erhofft: Die strukturelle Verschuldung wird weiter die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) und des neuen Fiskalpakts weit verfehlen, aufgrund der rezessiven Wirtschaftsentwicklung sinkt die gesamtstaatliche Neuverschuldung von -8,5 Prozent im Jahr 2011 auf nur -6,3 Prozent im Jahr 2013. Und auch die Entwicklung an den Finanzmärkten zeigt an, dass sich die Verunsicherung keineswegs gelegt hat und die wieder deutlich steigenden Risikoprämien für Staatsanleihen auch Spanien bald auf Zinshöhen treiben kann, die nicht nachhaltig finanzierbar sind. Die Instabilitäten des spanischen Bankensektors nach der Immobilienkrise werden ebenfalls in rezessiven Zeiten nicht geringer, sondern könnten sich noch zum einem gefährlichen Krisenpotential entwickeln.

Ein Umdenken muss einsetzen

Gelegentlich wird die Eurokrise im Kern auf Griechenland und den Unwillen der griechischen Politik zurückgeführt, eine solide Haushaltspolitik zu betreiben. Entweder es gelingt den Griechen, ihre Volkswirtschaft strukturell zu reformieren, die Staatsausgaben massiv zu senken und den Sozialstaat auf ein finanzierbares Maß zu beschneiden – und die EU gewährt in der Übergangsphase entsprechend konditionierte Liquiditätshilfen – oder Griechenland verlässt besser die Eurozone; so die verbissene Botschaft aus Berlin. Die Entwicklung Spaniens macht deutlich, wie falsch dieses Bild ist: Griechenland wie Spanien gehörten vor der Weltfinanzkrise zu den dynamischsten Volkswirtschaften in der EU – dazu haben vielleicht Sonder- und auch Fehlentwicklungen (die intensive EU-Förderung, die Olympischen Spiele von Athen oder die jüngste Immobilienblase in Spanien) beigetragen, aber grundsätzlich strukturschwache Volkswirtschaften können nicht über anderthalb bis zwei Jahrzehnte hinweg überdurchschnittliche Wachstumsraten generieren, wie dies in Spanien und Griechenland geschehen ist. Strukturreformen – sprich Sozialabbau und Arbeitsmarktflexibilisierung – können also allein diesen Volkswirtschaften nicht auf die Wachstumsbeine helfen. Solange Konsolidierung wesentlich als Spar- und Austeritätspolitik definiert wird, wird es Europa insgesamt, vor allem aber Ländern wie Griechenland oder Spanien nicht gelingen, nachhaltiges Wachstum zu generieren. Oder anders: Die von Deutschland verordnete Austeritätspolitik ist mehr Teil der Eurokrise als deren Lösung. Es zeigt sich aber auch, dass die Eurokrise keineswegs überwunden sein wird, wenn das 'Griechenland-Problem' – in der einen oder anderen Weise – gelöst ist. Mit Spanien, aber auch Italien und vielleicht sogar Frankreich, stehen weitere Kandidaten bereit, an denen die internationalen Finanzmärkte ihre Verunsicherung beweisen können. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Die aktuelle Zahl

von Michael Reschke

0,1 Prozent Besteuerung auf Aktien, bzw. 0,01 Prozent auf Derivate. Auf diese Höhe einer einzuführenden Finanztransaktionssteuer einigten sich unlängst Regierung und Opposition. Bezeichnenderweise stellt sich angesichts dieser weiteren 180-Grad-Wendung von CDU und FDP und vor allem der Kanzlerin Merkel keine Verwunderung mehr ein. Nach jahrelanger Verweigerungshaltung kassieren Konservative und Wirtschaftsliberale auch hier ihre vorherigen Positionen ein, wie so häufig in den letzten Jahren. Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass SPD und Grünen hier auch dank des jahrzehntelangen Drucks von Teilen der gesellschaftlichen Linken ein großer Erfolg gelungen ist. Dabei geht es nicht nur um das zu erwartende Finanzaufkommen zur Bewältigung von aus Bankenrettung und Konjunkturpaketen resultierenden Haushaltslasten, sondern mindestens ebenso sehr um die Gerechtigkeitskomponente einer solchen Abgabe, die die Verursacher der Krise ebenso heranzieht und die Bewältigung nicht einseitig auf den Schultern der breiten Arbeitnehmerschaft belässt.

Neu ist die Debatte um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer dabei nicht. Bereits John Maynard Keynes plädierte im Rückblick auf die Great Depression in den 1930er-Jahren für eine allgemeine „Verkehrssteuer“. Popularität gewann die Idee einer allgemeinen Besteuerung von Devisengeschäften dann ab den 1970er-Jahren: Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler James Tobin brachte sie erneut ins Spiel und wies einer solchen Steuer angesichts der erhöhten Kapital-Fluidität nach dem Ende von Bretton-Woods eine wichtige Korrektivfunktion zu. Sie trägt daher auch oftmals die Bezeichnung „Tobin Tax“ und stellte nicht zuletzt die programmatische Grundforderung des

1997 gegründeten globalisierungskritischen Netzwerks attac dar.

Gegenwärtig ist die Finanztransaktionssteuer im Zentrum politischer Debatten und Handelns angelangt. Neu ist daher zweifellos die gestiegene Wahrscheinlichkeit der Einführung. Es gelang, die schwarz-gelbe Regierung darauf festzulegen, auf eine Eu-weite Einführung zu verzichten. Initiativen der Regierung richten sich an einzelne EU-Staaten, die dann gemeinsam Finanztransaktionssteuern einführen um so der machtpolitischen Sackgasse auf dem Wege der notwendigen Einstimmigkeit einer EU-weiten Regelung auszuweichen. Der europäische Gesetzgebungsprozess soll bereits im Jahr 2012 abgeschlossen werden.

Eine solche Steuer wurde in den letzten Jahrzehnten auch immer wieder als Finanzierungsquelle für umweltpolitische und an ökologischer Nachhaltigkeit orientierter Maßnahmen debattiert. Dass dieser Verwendungszweck vollends in den Hintergrund getreten ist, zeigt abermals wie stark die ökonomische Krise die Umwelt- und Klimakrise überlagert. Darüber hinaus darf sie nicht über ihren Preis hinwegtäuschen: der Zustimmung zum Fiskalpakt und damit der Stärkung der Austeritätspolitik

Nichtsdestotrotz würde die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einen großen Erfolg darstellen, böte sie doch die Möglichkeit – auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2013 – eine Verteilungsdebatte um die Einnahmeseite des Staates zu eröffnen. Ihre Einführung darf nur der Beginn und nicht der Abschluss im Stellen der Verteilungsfrage sein. ■

↳ Michael Reschke ist Chefredakteur der spw.

Vom Objekt zum Subjekt ?!

Ursachen und Formen von Nationalismus und Rassismus unter Migrationsjugendlichen

von Kemal Bozay



Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus sind im Einwanderungsland Deutschland sehr verbreitete Phänomene. Derartige ungleichwertige Einstellungen finden sich jetzt nicht nur unter Menschen der Mehrheitsgesellschaft, sondern haben inzwischen auch einen Verbreitungsgrad innerhalb der Einwanderungsgesellschaft. Gerade in den letzten Jahren haben Re-Ethnisierungs- und Nationalismustendenzen eine Revitalisierung erfahren und auch die Religion hat eine neue Bedeutung gewonnen. Islamfeindlichkeit einerseits und extrem-islamistische sowie nationalistische Einstellungen andererseits gewinnen hierzulande an Bedeutung.

In vielen Forschungen zu Rechtsextremismus sowie zur antirassistischen Bildungsar-

beit wurden ultranationalistische, rassistische wie auch antisemitische Einstellungen der Einwanderungsgesellschaft bislang größtenteils ausgeblendet. Dennoch wird seit einigen Jahren eine Diskussion darüber geführt, ob es eine spezifische Form von „Rassismus“ und „Antisemitismus“ in der Einwanderungsgesellschaft gibt. Fakt ist, dass gerade in diesem Kontext die Rechtsextremismusforschung in Deutschland seit jüngster Zeit in eine sehr sensible und ungewohnte Konfrontation geraten ist. Die Problematisierung eines migrantischen Rechtsextremismus steht vorerst im gesellschaftspolitischen Diskurs konträr zur rassistismuskritischen Auseinandersetzung hierzulande, der „Migranten primär als Objekt und nicht als Subjekt von Diskriminierung und Ausgrenzung wahrnimmt; und sie wird überlagert von

einem mitunter äußerst aggressiv geführten muslimenfeindlichen Diskurs in Teilen der Medien, der Politik und auch der Wissenschaft.“¹

Zur begrifflichen Schärfe

Zunächst begegnen wir in der differenzierten Analyse dieses aktuellen Problemfeldes einem Begriffsdilemma, das seine Ursachen in der Darstellung von verschiedenen Phänomenen hat. So geht es in dieser Diskussion einerseits um eine neue überhöhte Form von Islamismus und andererseits um Merkmale von (Ultra-)Nationalismus und Rassismus in verschiedenen Einwanderungsgruppen. Hier ist sicherlich im soziologischen Sinne auch der Frage nachzugehen, ob ein stark nationalistisches Verhalten eines türkeistämmigen oder kroatischen Jugendlichen hierzulande eher einen Nationalismus, Heimatstolz, Patriotismus oder einen Rechtsextremismus widerspiegelt. Hier ist eine Begriffsschärfe gefordert. So sind nicht alle islamistischen Einstellungen unbedingt ethnisch-nationalistisch, nicht alle nationalistischen Handlungsmuster sind unbedingt islamistisch, obwohl es sicherlich untereinander enge Verbindungen und Korrelationen gibt.

Zusammengefasst können wir davon ausgehen, dass es sich bei diesem Phänomen um eine deutliche Einstellung handelt, die von der Ungleichwertigkeit der Menschen ausgeht. Dies zeigt sich im politischen und im sozialen Bereich. Es geht nicht nur darum, welche sozialen Einstellungsmuster der Einzelne hat, sondern damit geht auch eine politische Wertung und Wirkung einher. Richard Stöss konstatiert hieraus: „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung

bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“²

Einen neuen Diskurs prägt ebenso der Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer mit dem Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Dieser Begriff zielt darauf, feindselige Einstellungen zu Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie mit verschiedenen Lebensstilen hierzulande zu erfassen und zu systematisieren. Als gemeinsamer Kern wird auch eine Ideologie der Ungleichwertigkeit erkannt – die Gleichwertigkeit und Unversehrtheit von spezifischen Gruppen der Gesellschaft werden dabei in Frage gestellt. Heitmeyer spricht in dieser offenen und verdeckten Form von Menschenfeindlichkeit zugleich von einem „Syndrom“, der verschiedene diskriminierungsbezogene Symptome oft gleichzeitig oder korreliert auftreten lässt.³

Eine andere Betrachtungsweise zeigt: während die alltäglichen Diskriminierungen verstärkt von denjenigen beachtet werden, die gut deutsch sprechen und viel mit Deutschen zu tun haben, beachten diejenigen, die sich nach wie vor mehr der Herkunftsregion verbunden fühlen, eher die Berichte und Entwicklungen von dort. Werden die Ergebnisse zu diesen beiden Punkten zusammengezogen, dann kann man auch von einem „ethnischen Nationalismus“⁴ als eine der zutreffenden Beschreibungen für die Einstellungen der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, die extrem Rechte und rassistische Einstellungen vertreten, gesprochen werden. Es ist ein Rückzug auf die Konstruktion von Ethnizität, verbunden mit diversen Mythen und der „Hochschätzung der eigenen Nation und mit der Geringschätzung, der Verachtung gegen-

1 Stender, Wolfram (2008): Der Antisemitismusverdacht. Zur Diskussion über einen „migrantischen Antisemitismus“ in Deutschland. In: Migration und Soziale Arbeit, 3-4/2008, S. 284-290.

2 Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel. Hrsg. durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S. 60f.

3 Vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2008): Deutsche Zustände, Band 7. Frankfurt/Main.

4 Bozay, Kemal (2009): „...ich bin stolz, Türke zu sein!“ Ethnisierung gesellschaftlicher Probleme im Zeichen der Globalisierung. Schwalbach/Ts., S. 9.

über anderen Nationen, ethnischen Gruppen bzw. gesellschaftlichen Minderheiten.“⁵ In Bezug auf die Herkunftsländer gibt es die Phänomene Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus. Hinzu kommt, dass diese Einstellungen weder bildungs- oder milieuhängig noch vom Alter abhängig sind. Die Aktivitäten extrem rechter Menschen mit Migrationshintergrund zielen letztendlich auf die Politik der Herkunftsregion.

Selbstethnisierung als Reaktion auf Diskriminierung und Zuschreibungen

Das verstärkte ultranationalistische Auftreten gerade von vielen Migrationsjugendlichen ist meist auch als Reaktion auf Diskriminierungserfahrungen hierzulande zurückzuführen. Das Resultat ist immer eine Negativspirale: Je mehr sich Angehörige der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Zuwanderern abschotten, desto mehr verstärkt sich auch der Rückzug der Zuwanderer aus den Strukturen und Werten der Aufnahmegesellschaft. Gegenüber der „Fremdethnisierung“ der Mehrheitsgesellschaft ist ein Rückzug von Migranten in die eigenen „ethnischen Nischen“ zu verzeichnen. Durch vielseitige ökonomische, politische und soziale Differenzierungen hindurch werden die Migranten kollektiv zu im Grunde fiktiven Gemeinschaften und als solche zu einer ethnischen Auseinandersetzung mit der Aufnahmegesellschaft gedrängt. Dies führt größtenteils dazu, dass sie sich verstärkt von den Werten dieser Gesellschaft verabschieden und ihre Identität in den ethnischen Strukturen und in entsprechenden Überlieferungen wieder finden.

„In Deutschland haben sie uns mit Zwang daran erinnert, dass wir Türken sind“ erzählt der 24jährige Student Servet⁶ aus Frankfurt/Main und führt fort: (...) Ich habe dann auch den Verein *Ülkü Ocağı* kennen gelernt. (...)

Ich war damals 15 Jahre gewesen. Dann habe ich hier Vereinsseminare besucht und heute identifiziere ich mich ganz mit der Ideologie der Grauen Wölfe.“ Für ihn sind es die vielfältigen Ausgrenzungserfahrungen, die seinen Rückzug aus den Werten dieser Gesellschaft ausgelöst haben. Gerade der rassistische Brandanschlag in Solingen war für ihn eine eindeutige Wende: „Solingen hat bei mir eine Gegenreaktion zur Integration ausgelöst. Ich habe angefangen, Abscheu vor den Deutschen zu haben. Dann hab ich alles unternommen, was meinen Unterschied zu den Deutschen ausmachte; vom Aufhängen der türkischen Fahne bis hin zum nur Türkisch-Sprechen. Ich war dann stolz Türke zu sein.“

Man sieht: gerade bei Migrationsjugendlichen, die hier geboren und aufgewachsen sind, drückt sich ebenso ein Identitätsdilemma besonders stark aus. Wohin gehören sie? In die Aufnahmegesellschaft, von der sie abgewiesen werden? Oder in die „Ethnie“, in der sie für manche als „Deutschländer“ („Alamanci“) gelten? Hier ist eine verstärkte Tendenz in Richtung rechts-nationalistische und islamistische Einstellungen und Organisationen zu beobachten. Gerade die verweigerte Anerkennung der eingewanderten Minoritäten begünstigt diese bedrohliche Politisierung ethnischer Differenzen. Das Bild mit denen zahlreiche Jugendliche ihre Vorstellungen vom „idealen muslimischen Türken“ beschreiben, stützt sich auf die Mythologie des Grauen Wolfs, jenes mythischen Tieres, das angeblich die Türkstämme vor der Unterjochung des Feindes gerettet und es von China nach Kleinasien geführt hätte. „Der Graue Wolf passt ganz zum Türken. Den Wolf kann man nicht anketten oder einsperren, auch also den Türken nicht. Er lässt sich nicht anketten, befehlen und unterdrücken. Er würde aufstehen und auf den Tisch hauen“ bekräftigt der 17jährige Jugendliche Cem aus Duisburg.

Neben der Herkunftsregion ist auch die Religion bei vielen Jungen ein wichtiger Be-

⁵ Ebd., S. 132.

⁶ Die Namen der interviewten Jugendlichen sind in diesem Beitrag anonymisiert.

zugspunkt bei der Suche nach Zugehörigkeit und Identität. Dahinter steht nicht selten die Wahrnehmung, als Muslime nicht akzeptiert zu werden. Bei manchen Jugendlichen verbindet sich diese (Rück-)Besinnung auf Religion oder Herkunftsland der Eltern zudem mit einer ausdrücklichen politischen Botschaft. Der starke Bezug auf die religiöse oder ethnische Herkunft ist ein Versuch von Jugendlichen, die aus verschiedenen Gründen als fragil erfahrene eigene Person zu stärken, indem sie sich auf eine kollektive Identität beziehen.

Ethnische Mobilisierung des europäischen Türkentums

In den letzten Jahren ist stärker zu beobachten, dass der Einfluss extrem rechter und ultranationalistisch-islamischer türkischer Organisationen hierzulande wie die ADÜTF (Föderation der Idealistenvereine in Europa) und ATB (Europäisch-Türkische Union) und ATIB (Türkisch Islamische Union Europa) bundesweit einen Zuwachs verzeichnen. Vor allem haben sich diese Organisationen überall zu Selbsthilfeorganisationen entwickelt, die Einfluss auf Kultur- und Elternvereine, Fußballclubs, Moscheen, Integrationsräte und das soziale Leben der türkischsprachigen Zuwanderer ausüben und vor allem auch eine wichtige Basis unter männlichen Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte gewinnen konnten. Sie propagieren hier vor allem die Mobilisierung des „Europäischen Türkentums“ als ideologische Repräsentanz für die türkisch-islamische Identität hierzulande. Ebenso werden nationalistische Ideologien konfliktartig gegen ethnische Minoritäten verbreitet. Entstanden ist in diesem Kontext eine neue Form von Rechtsextremismus.

Ursachen der Distanz-Ideologie

Begleitet werden die Jugendbiographien, die von (rechts-)nationalistischen Vereinigungen mobilisiert werden, von Perspektivlosigkeit, Bildungsdefiziten und Chancen-

ungleichheit auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Erfahrungen zeigen, dass Chancenungleichheit und Diskriminierungserfahrungen bei Migrationsjugendlichen häufiger dazu führen, dass sie sich mehr denn je abgrenzen und zurückziehen. Öffentlich-politische sowie mediale Diskussionen wie z.B. über Jugendkriminalität, Islamfeindlichkeit u.ä. schaffen die Basis für gesellschaftliche Polarisierung, Distanz und den Rückzug in „ethnische Nischen“. Die Konsequenzen dieser Distanz-Ideologie sind gegenwärtig am stärksten in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil spürbar.

Die interkulturelle und antirassistische Jugendarbeit steht hier vor einer neuen Aufgabe. Erwartet werden vor allem zielgruppenorientierte bildungspolitische Ansätze. Antirassistische und interkulturelle Praxisansätze sollten in ihren Inhalten jede mögliche Form von Rechtsextremismus und –nationalismus zwar ablehnen, aber die Migrationsjugendlichen dabei nicht vorschnell etikettieren. Gefordert sind vor allem politische Signale: Die bisherige Praxis stellte „Deutsche“ und „Migranten“ meist einander gegenüber und war vor allem darauf ausgerichtet, Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Gefordert ist aber vielmehr die Bereitschaft, ernst zu machen mit der „Einwanderungsgesellschaft“. Und dabei eröffnet gerade die interkulturelle ausgerichtete Arbeit mit Jugendlichen, die sich unterschiedlichen Herkunftskulturen verbunden fühlen, die Chance, wechselseitigen Zuschreibungen vorzubeugen und miteinander zu lernen, statt nur übereinander zu sprechen. ■

↳ Dr. Kemal Bozay lehrt an der Universität zu Köln am Institut für Sozial- und Bildungswissenschaften und ist Geschäftsführer der IFAK e.V.; einer Einrichtung in der Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit.

Wahljahr mit klarem Trend und unklarer Richtung

von Stephan Klecha

Eigentlich hätte es ja ein geruhsames Wahljahr werden können. Eigentlich stand regulär auch keine einzige Landtagswahl an. Doch am Ende gab es dann gleich drei Mal vorgezogene Neuwahlen. Der dabei einzige klare Trend ist, dass das Parteiensystem immer fluid und immer stärker regionalisiert ist.

Zwei Folgen hat das Ganze. Zum einen sind Wahlen immer unberechenbarer. Dramatische Stimmungsverschiebungen wie in der Frühphase der Bundesrepublik scheinen zur Regel zu werden. Zum anderen ist es abseits einer Großen Koalition immer schwerer, ein mehrheitsfähiges Zwei-Parteienbündnis abzuschließen. SPD und Grüne haben zwar unverändert dazu das Potential, das zeigt die Wahl in Nordrhein-Westfalen. Doch man ist weit weg von jener Dominanz, mit der die beiden Parteien in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre phasenweise reüssiert hatten. Auch erzielt man zusammen nicht mehr die Ergebnisse, die in Folge des grünen Hochs 2011 möglich waren. Die Grünen sind erst einmal auf Normalmaß geschrumpft und die SPD konsolidiert sich etwas oberhalb des Niveaus der Bundestagswahl 2009.

Berauschend geht anders

Dass die Wahlgänge des laufenden Jahres für die SPD nicht zur Euphorie Anlass geben, merkt man freilich erst, wenn man die absoluten Stimmen der Sozialdemokraten betrachtet. In Schleswig-Holstein haben 1958 das letzte Mal weniger Wähler ihr Kreuz bei der SPD gemacht. In Nordrhein-Westfalen war man zwar besser als 2010, doch davor gab es zuletzt 1954 weniger Stimmen. Im Saarland hatte man das Ergebnis von 2012 bisher auch nur drei Mal unterboten: 2009, 2004 und 1955. Berauschend waren die Wahlergebnisse für die SPD somit sicherlich nicht,

doch sie stabilisiert sich. Zugleich baut sie ihre exekutive Präsenz weiter aus. Die SPD ist dabei ins Zentrum der Koalitionsarithmetik gerückt. Gegen sie kann realistischere Weise keine Regierung gebildet werden. Und das ist es, was am Ende zählt. Erstmals seit 1999 regiert die SPD wieder in 12 Ländern mit. Hält der Trend bei Landtagswahlen an, ist 2013 sogar eine eigene rotgrüne Bundesratsmehrheit in Reichweite.

Entscheidend ist, dass die SPD ihre machtpolitischen Optionen nutzt. Wenn man nämlich einen Schluss aus der Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen ziehen kann, dann diesen: Wer Macht ausüben will, muss zuweilen bereit sein, ungewöhnliche Bündnisse auf Zeit einzugehen. Der Wähler honoriert das immer dann, wenn darüber eine abgewählte Regierung aus dem Amt befördert werden kann. Im Fünf- oder Mehrparteiensystem hat derjenige einen Vorteil, der in der Lage ist, etwas Unerwartetes zu tun, der flexibel paktieren kann und der keine Skrupel vor ungewohnten Optionen hat.

Solche unorthodoxen Bündnisse könnten auch bei der Bundestagswahl 2013 zur Debatte stehen, denn für eine rot-grüne Mehrheit auf Bundesebene muss vor allem die SPD noch deutlich zulegen. Von den Grünen ist das gegenwärtig nämlich nicht zu erwarten. Diese konnten sich 2012 immerhin in allen Landtagswahlen auf einem für sie ordentlichen Niveau behaupten. Gerade an der Saar, an Rhein und Ruhr sowie zwischen den Meeren hatten die Grünen immer einen schweren Stand, weswegen sie dort recht zufrieden sein können. Allerdings ist der Höhenrausch vorbei und die amorphe Masse an grünen Neuwählern ist weitergezogen. Sie hat zudem einen Teil der bisherigen Grünewähler gleich mitgenommen. Ungefähr je-

der zehnte vorherige, reale Grünenwähler ist nämlich zu den Piraten übergewechselt.

Von großen Wahlsiegern und verlierenden Siegern

Die Piraten sind zweifelsohne die großen Wahlsieger des Jahres. Leicht und locker zog man in drei Flächenländer in die Landtage ein und strafte all jene Lügen, die zuvor von einem begrenzten Berliner Phänomen ausgingen. Die Piraten haben neben einer netzpolitisch motivierten Kernwählerschaft gegenwärtig ein sehr heterogenes, vorwiegend männliches Protestwählerpotential angezogen. Jung- und Erstwähler, gesellschaftlich marginalisierte, Arbeitslose und gewerkschaftlich gebundene Arbeiter haben sich überdurchschnittlich oft für die Politneulinge entschieden. Es ist fraglich, ob die Partei diesen protestgetriebenen Schwemmsand dauerhaft an sich binden kann. Bereits in Nordrhein-Westfalen zeigten sich kleinere Verschiebungen, die auf ein Nachlassen des Hypes hindeuten.

Weil die Parteiorganisation der Piraten erkennbare Schwachstellen hat, die Programmatik in vielen Fällen nicht hinreichend elaboriert ist und die Wähler gegenwärtig auch widersprüchliche Erwartungen auf die Partei projizieren, könnte bereits die anstehende Landtagswahl in Niedersachsen für ein böses Erwachen bei den Piraten führen. Ausgemacht ist es nämlich keineswegs, dass dieser Höhenflug anhält. Nicht erst die demoskopische Achterbahnfahrt der Grünen lehrt, dass Stimmungen überaus vergänglich sind.

Darauf dürfte auch die CDU hoffen, denn die bisherige Unionsstrategie hat einen entscheidenden Dämpfer bekommen. Im Saarland gelang es noch, Mehrheitsvarianten ohne ihre Beteiligung zu verhindern. Die dortige Inkompatibilität von SPD und Linken trieb die SPD in eine Große Koalition. Doch die beiden Wahlen im Mai sowie die jüngsten

Umfragen für die Niedersachsenwahl im Januar 2013 zeigen, dass die SPD gegenwärtig einen strategischen Vorteil besitzt. Sie besitzt zur Großen Koalition Alternativen, die CDU nicht. Die Grünen müssen sich wegen der möglichen rot-grünen Machtoptionen und in Anbetracht sinkender eigener Umfragergebnisse in Treue fest an die Seite der SPD stellen. Schwarz-Grüne Blütenträume verwelken, noch ehe sie richtig aufgeblüht sind.

Eine Erneuerung der gegenwärtigen Bundestagsmehrheit ist trotz des Wiedererstarkens der FDP Makulatur, denn für das gemeinsame Lager war es ein Nullsummenspiel. Die Zuwächse der Liberalen gingen in Nordrhein-Westfalen klar zu Lasten der CDU. Von einer eigenen Mehrheit ist dieses Bündnis weiter entfernt als Rot-Grün.

Wenn die SPD überdies bereit ist, ihre eigenen strategischen Optionen ohne Rücksicht auf Bedenken bezüglich bestimmter Formate zu nutzen, ist die CDU schnell raus. Die bisherige Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen und die künftige Regierungskonstellation in Schleswig-Holstein zeigen das. Nur wenn die SPD aus grundlegenden Erwägungen heraus bestimmter Notbehelfe von vornherein ausschließt, bleibt die CDU gegenwärtig überhaupt im Rennen und dann noch nicht mal zwingend als Seniorpartner.

Entsprechend groß ist gegenwärtig die Panik in der Union, denn alle strategischen Überlegungen basierten eben auf der zentralen Annahme, dass die SPD sich zwangsläufig für eine Große Koalition entscheidet, in der die Union den Regierungschef stellt. Die Sorge vor der Opposition wird bei der CDU nun auch noch verstärkt, weil am Firmament eine Ampelkoalition verhalten lockt.

Klammert man das Saarland als Sonderfall wegen des dortigen Zustands der FDP mal aus, dann sieht man, dass sich das liberale Lager wieder ein wenig sammelt. In Schles-

wig-Holstein stand der zweitbeste Stimmenanteil bei Landtagswahlen zu Buche und in Nordrhein-Westfalen hat während der letzten Jahrzehnte nur Jürgen Möllemann ein besseres Ergebnis eingefahren. Natürlich war das Bürgertum erbost über die Unprofessionalität der FDP und hat sich zwischenzeitlich angewidert abgewandt von all der grünschnabeligen, schnöseligen und überdrehten Performance der Westerwelles und Röslers. Ein Wahlergebnis wie im Herbst 2009 dürfte somit unerreichbar bleiben. Doch die Zahnärzte, Architekten, Anwälte und Hoteliers entdecken ihre FDP wieder als das, was sie war und ist, eine Klientelpartei mit klarem, zuweilen auch verengtem wirtschaftspolitischen Profil. So sehr wohl die Masse der Wähler in Deutschland dafür die FDP auch verachten mag, für einen Teil der Gesellschaft ist genau das anziehend.

Die machtpolitische Beweglichkeit, welche die FDP andeutet, nutzt ihr zusätzlich. Dennoch ist die FDP zugleich aber (wie wohl auch die SPD) ganz froh, weder in Nordrhein-Westfalen noch in Schleswig-Holstein für eine Mehrheitsbildung über eine Ampel benötigt zu werden, denn ideologisch trennen SPD und FDP im Augenblick wohl am meisten und die FDP ist im Kern nicht hinreichend stabilisiert, um abrupte Wendemanöver von der Union weg zu begehen. Gerade die 160.000 Wähler, die jüngst in Nordrhein-Westfalen von der Union zur FDP gewechselt sind, sind kaum erpicht darauf, eine Regierung zu erleben, in der etwa Sigmar Gabriel, Claudia Roth und Philipp Rösler gemeinsame Sache machen. Man kann sagen: Die Aussicht auf eine Ampelkoalition hilft der FDP, solange es nicht zum Ernstfall kommt. Ansonsten ist man froh, wieder eine Aussicht zu haben, 2013 als Fraktion wieder unter der Reichstagskuppel zurückzukehren.

Diese Aussicht hat trotz allem auch die Linke. Zweifelsohne ist die Westausdehnung der Partei ins Stocken gekommen, sie scheint

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOT

Nicht selten wird Marx im wesentlichen als Ökonom wahrgenommen, als Kritiker der bürgerlichen Ökonomie des Kapitalismus, ganz eng verstanden als Wirtschaftssystem. Entsprechend eng fällt dann der Bezug auf das Marx'sche Werk aus.

PROKLA 165 öffnet demgegenüber das Feld und sucht nach Anschlussmöglichkeiten bei Marx als Gesellschaftstheoretiker.

2011 - 168 Seiten - € 14,00
ISBN: 978-3-89691-365-4



Im Zentrum der **PROKLA 166** steht die Analyse der aktuellen Situation in Deutschland, das Nebeneinander von Wirtschaftsboom, wachsender sozialer Spaltung und partieller politischer Befriedung.

2012 - 178 Seiten - € 14,00
ISBN: 978-3-89691-366-1

WWW.DAMPFBOT-VERLAG.DE

fürs Erste sogar gescheitert zu sein. Dabei gibt es zwei Ursachen. Zum einen lässt es sich nicht mehr so leicht an einer in der Regierung befindlichen SPD abarbeiten, wie das zwischen 2003 und 2009 der Fall gewesen ist. Zum anderen hat die sich bessernde Arbeitsmarktlage und die günstige ökonomische Entwicklung die politische Themensetzung verändert. Die Zentralität sozialpolitischer Transferleistungen hat als Wahlkampfthema an Relevanz verloren und damit die Linke ihres Leib- und Magenthemas beraubt. Der absehbare Abzug vom Hindukusch entzieht ihr zudem das außenpolitische Lieblingsthema.

Unterm Strich ist aber der Sturz der Linken nicht allzu tief. Die Partei liegt in Westdeutschland schließlich immer noch deutlich oberhalb derjenigen Werte, welche die einstige PDS erhalten hatte. In Verbindung mit dem immer noch beachtlichen ostdeutschen Wählerreservoir dürfte das genügen, um den Wiedereinzug in den Bundestag zu schaffen. Voraussetzung dafür ist aber, dass es gelingt, die auseinander laufenden Strömungen der Partei zusammenzuführen.

Fazit

Die Landtagswahlen 2012 passen zum allgemeinen Wahlrend seit 2009. Die wesentliche Stärke der SPD ist im Augenblick ihre strategische Mehrheitsfähigkeit. Obwohl die Zustimmungswerte sich auf einem vergleichsweise mäßigen Niveau stabilisieren und nur leicht ansteigen, kann die Partei aber einigermaßen zufrieden sein, eben weil sie Regierungsalternativen zur Großen Koalition besitzt. Rot-Grün ist machbar. Notfalls geht es auch mit der Verstärkung vom SSW oder mit den Linken, vielleicht klappt es ja auch mal mit der FDP oder den Piraten. Im Notfall kann die SPD immer noch auf die Union ausweichen. Entscheidend ist, sich im Koalitionsspiel nicht zu verheddern und machtpolitisch entschieden zu agieren. Selbst das Scheitern eines Regierungsformats kann sich dabei auf mittlere Sicht auszahlen.

Die vielfältigen Koalitionsoptionen nutzen jedenfalls der SPD, wohingegen die CDU nicht allzu viele Möglichkeiten besitzt. Es genügt den Christdemokraten im Augenblick noch nicht einmal, vor der SPD zu liegen, zumal auch das durch den Wiederanstieg der FDP bedroht ist. Deswegen beginnt die CDU nun ihre Strategie für die Bundestagswahl neu auszutarieren. Was ihr nutzen kann, sind die Koalitionssignale, die bei einer Bundestagswahl eine besonders starke Rolle spielen. Immerhin war das Werben der SPD für eine Ampelkoalition 2009 schon damals zum Rohrkrepierer geworden. Ein Bündnis der Sozialdemokraten mit der Linken scheint auf Bundesebene weiterhin ebenso unwahrscheinlich zu sein wie ein denkbarer Einbezug der Piraten. Doch die Flüchtigkeit und Flexibilität der Wähler kann bis zum Herbst 2013 die jetzigen Stimmungsbilder nochmals erheblich verändern. Insbesondere die Frage der Spitzenkandidatur für 2013 verspricht hier zum Risiko zu werden. ■

↳ Dr. Stephan Klecha ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung und lebt in Hannover.

„Deckmantel Schuldenbekämpfung: Europäische Linke muss den Sozialstaat verteidigen“

Interview mit Liêm Hoang-Ngoc



spw: Was sind ihrer Meinung nach die Faktoren für den Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise?

» **L.H.-N.:** In der Krise lässt sich vor allem die Erschöpfung des neoliberalen Entwicklungsmodells des letzten Jahrzehnts erkennen. Die Krise tritt erstens als Finanzkrise auf, da es den deregulierten Finanzmärkten nicht mehr gelingt die Risiken zu evaluieren und die weltweiten Ersparnisse in Investitionen fließen zu lassen. Daneben kommt es zweitens durch den organisierten Druck auf die Löhne zu einer Kaufkraftkrise der unteren Gesellschaftsschichten. Diese wiederum ist der Grund für die Rückentwicklung des Binnenkonsums, welcher in Deutschland und Frankreich lange Zeit wesentlicher Motor für das Wachstum war. In den Ländern mit anhaltendem Wachstum in den Jahren 2000 bis 2007 wurde die Stagnation der Löhne lediglich durch eine steigende Privatverschuldung

ausgeglichen. Diese Entwicklung, welche von der Finanzindustrie noch befeuert wurde, führte durch zunehmende Zahlungsausfälle zur Immobilienkrise in den USA. Drittens leiden die öffentlichen Haushalte in Europa unter der konservativ-liberalen Fiskalpolitik, welche die Staaten der Ressourcen beraubt, die sie zur Aufrechterhaltung der sozialen Sicherungssysteme und des öffentlichen Sektors benötigen. Allerdings blieb, abgesehen vom konjunkturellen Einbruch 2008, der Anteil der öffentlichen Ausgaben am BIP der meisten europäischen Staaten in den letzten Jahren stabil, gleichzeitig sanken jedoch, politisch gewollt, die Steuereinnahmen.

Die Eindämmung der öffentlichen Ausgaben sollte eigentlich bei der Entschuldung der Staaten helfen und das Vertrauen der einkommensstarken Schichten wiederherstellen, die durch Steuersenkungen zu Konsum und Investitionen angeregt werden sollten. Dabei

wurde jedoch verdrängt, dass die Reichen, die in allen Ländern von Steuersenkungen profitieren konnten, stets nur eine geringe Bereitschaft zu mehr Konsum zeigen. Auch für Investitionen haben sie den Einkommenszuwachs nicht eingesetzt. Hinzu kommt, dass das allgemeine Wachstum geringer war als erwartet und dadurch die Steuereinnahmen ebenso geringer ausfielen als erwartet. Die öffentlichen Schulden stiegen weiter an. Das spanische Wachstumswunder von 2000-2007 lässt sich vor diesem Hintergrund nur durch den starken Anstieg der privaten Verschuldung erklären. Was Deutschland betrifft, so scheint es einstweilen dem Stillstand durch seinen starken Exportsektor entgehen zu können, welcher bereits vor den Hartz 4 Reformen sehr dynamisch war. Allerdings wurde durch diese die Binnennachfrage nachhaltig gestört und das Wachstum ist nun auf gefährliche Art einseitig von der externen Nachfrage abhängig, welche nun selbst wiederum den Qualen der Sparpläne ausgesetzt ist.

spw: Wie bewerten sie die Maßnahmen, die die bisher zur Lösung der Krisen angestoßen wurden?

» **L.H.-N.:** Einige eher zaghafte Maßnahmen zur Regulierung der Finanzwelt wurden ergriffen. Aber die Lehren aus der Krise wurden von den europäischen Regierungschefs nicht gezogen. Seit Herbst 2009, kurz nachdem das Bankensystem vorerst gerettet war, haben sie systematisch die Rückkehr zu den Politiken organisiert, die zuvor die Krise hervorgerufen hatten, und die sie nun irreführend als Lösungen verkaufte. Kurz nach dem Ende der Konjunkturprogramme und dem Beginn der Sparmaßnahmen ist die Konjunktur dann während des ökonomisch tödlichen Sommers 2011 vollends eingebrochen. Seitdem bewegt sich die gesamte Eurozone, wie von der OECD und den Konjunkturforschungsinstituten prognostiziert, auf eine Rezession zu. Die Ministerpräsidenten von Spanien und Italien, Rajoy und Monti, ha-

ben bereits angekündigt, dass ihre Länder in keinem Fall die Ziele der Defizitverringerung, wie sie von der Europäischen Kommission für 2013 vorgegeben sind, einhalten werden. Trotzdem hat das Paar Merkozy darauf bestanden in den intergouvernementalen Vertrag vom 02. März 2012 eine Schuldenbremse einzubauen, die nicht nur ideologisch dogmatisch, sondern in der aktuellen Konjunktur völlig unanwendbar ist.

spw: Was müsste die europäische Linke in die Tat umsetzen, damit sich derartiges nicht wiederholt?

» **L.H.-N.:** Die Geldpolitik der EZB reicht nicht aus um die europäische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und die sogenannten strukturellen Reformen bremsen weiter die Nachfrage aus. Die ungleiche Verteilung des Reichtums, als Kern dieser Krise, verschärft sich weiter durch die Lohnzurückhaltung. Auf der Baustelle zur besseren Kontrolle der Bankaktivitäten und der Aufteilung der Risiken ist bisher immer noch nichts geschehen. Die Aufgabe der Linken in Europa ist daher umso wichtiger, als sich das politische Gewicht in den letzten Jahren nach rechts verschoben hat.

Die progressiven Kräfte in Europa dürfen unter keinen Umständen der organisierten Kampagne gegen den Sozialstaat, die unter dem Deckmantel der Schuldenbekämpfung geführt wird, nachgeben. Die Arbeitnehmer sind dabei die Krise zu zahlen, für die sie absolut nicht verantwortlich sind. Ganz im Gegenteil müssen wir daher auf eine massive staatliche Intervention bestehen, da nur sie die Investitionen ankurbeln und die Umverteilung des Reichtums gewährleisten kann. Da es der Europäischen Union (EU) an einem eigenen, ausreichend großen Haushalt dafür fehlt und es auch keinerlei Willen gibt diese durch Anleihen oder Steuern zu erhöhen, müssen die Mitgliedsstaaten diese Aufgaben im Rahmen ihrer eigenen Haushalte stemmen. Die Sozial-

demokraten in Europa müssen der unantastbaren Regel vom ausgeglichenen Haushalt die folgende Idee entgegensetzen: das Funktionsbudget des Staates sollte ausgeglichen sein, das Investitionsbudget hingegen, welches Auswirkungen auf das Wachstum hat, sollte weiterhin die Möglichkeit erhalten, auf Anleihen zurückzugreifen, um seine Ausgaben zu decken. Konkret haben wir in der Debatte um das six-pack im Europäischen Parlament (EP) vorgeschlagen, dass die Investitionen aus der Berechnung der öffentlichen Schulden ausgeschlossen werden, um es den Staaten zu erlauben, haushaltspolitische Strenge beim Funktionsbudget und die Wiederbelebung der Konjunktur durch Investitionen zu vereinbaren. Genau diese Regel sollte die französische gemeinsam mit der deutschen Linken nach den Regierungswechseln 2012 und 2013 im Europäischen Rat befürworten.

spw: Sie kritisieren die Politik der europäischen Zentralbank, wieso?

» **L.H-N.:** Die EZB handelt im engen Rahmen den ihr die europäischen Vertragstexte setzen, welche es ihr verbieten die Staaten direkt zu finanzieren. Gerade jedoch erst hat sie den Banken tausend Milliarden Euro zu einem Zinssatz von drei Prozent bewilligt, was real einem negativen Zinssatz entspricht. Und das alles ohne zu wissen, ob die Banken dieses Geld auch wirklich nutzen um öffentliche Schulden aufzukaufen oder nicht doch um zu spekulieren. Es handelt sich hier um einen typischen Fall eines „moralischen Risikos“. Selbst wenn diese Intervention die Zinssätze im zwischen den Banken erfolgenden Handel sinken lässt, so hat dies nicht zu bedeuten, dass davon auch die Realwirtschaft profitieren würde, wo die Investitionen den Zinssätzen eher unempfindlich gegenüberstehen.

Es wäre daher sinnvoller gewesen, direkt die Staatsschulden aufzukaufen, und dies zu einem niedrigeren Zinssatz als dem ak-

tuell bestehenden, und sich mit den Staaten zeitgleich über die von uns vorgeschlagene Haushaltsregel in Einklang zu bringen: Ausgleich des Funktionsbudgets und gleichzeitig Maßnahmen zur Wiederbelebung der Konjunktur um das Erreichen der Strategie EU 2020 zu garantieren. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit einer Banklizenz auszustatten, damit dieser sich bei der EZB refinanzieren kann. Unglücklicherweise ist Kanzlerin Merkel dieser Maßnahme und der Ausweitung der Aufgaben der EZB gegenüber ablehnend eingestellt. Nun ist dies aber genau die Lösung, welche die amerikanische und die britische Zentralbank anwenden und die auch die extrem niedrigen Zinssätze der dortigen Staatsanleihen erklärt: Sie kaufen die öffentlichen Schulden direkt auf.

spw: Welches Interesse hat Deutschland an einer Vergemeinschaftung der Schulden und warum ist die Angst vor der Inflation, in ihren Worten, ein „Phantom“?

» **L.H-N.:** Deutschland hat ein Interesse die Schulden zu vergemeinschaften, da es einen großen Vorteil aus dem Binnenmarkt und aus der Unfähigkeit der anderen Volkswirtschaften in der Eurozone, ihre Währungen abzuwerten, zieht. Es hat weiterhin ein Interesse an der Ausweitung der Aufgaben der EZB, da diese damit die Spekulationen auf die staatlichen Schulden entschärfen und gleichzeitig die Kosten der Vergemeinschaftung der Schulden senken würde.

Das wesentliche an einer guten Geldpolitik ist ein gesunder Pragmatismus. Nehmen wir die beiden möglichen Quellen der Inflation, dann gibt es zurzeit keinerlei Risiko. Das Inflationsrisiko durch die Nachfrage ist in einer Phase der Rezession und Deflation nicht vorhanden. Und das Inflationsrisiko durch Kosten ist durch die Lohnzurückhaltung und Arbeitslosigkeit ebenfalls neutralisiert. Die

Preise der Rohstoffe spielen, trotz eines geringen Preiszuwachses, ebenfalls keine Rolle, da sich im Kontext des Abschwungs ihr Verbrauch verringern wird.

spw: Einige werfen Deutschland vor eine neo-merkantilistische Politik sowie Sozial- und Lohndumping zu betreiben und damit seinen Partnern in Europa zu schaden, stimmen Sie dem zu?

» **L.H.-N.:** Deutschland muss auf jeden Fall die Binnennachfrage ankurbeln, damit auch die anderen europäischen Länder wieder exportieren können. Dennoch stammt der deutsche Exportüberschuss nicht erst von gestern. Die Kostensenkungen im Lohnbereich erklären die deutsche Wettbewerbsfähigkeit nicht, denn diese ruht vor allem auf Faktoren außerhalb des Kostenbereichs. Schaut man sich die Struktur des deutschen Außenhandels genauer an, so zeigt sich, dass seine Überschüsse stets von Waren mit einem hohen Mehrwert ausgehen und nicht im Bereich der Billigpreisartikel erfolgen, wo die Wettbewerbsfähigkeit über die Kosten erfolgt. Schaut man sich ferner die Verdienstspanne an, so zeigt sich, dass die Gewinnmarge deutscher Unternehmen zwei Prozentpunkte über der in Frankreich liegt. Dies bedeutet, dass die Lohnzurückhaltung und die Senkung der Unternehmenssteuer in Deutschland vor allem den Profiten der Unternehmen und den Dividenden der Aktionäre zugutekamen. In Wahrheit haben alle europäischen Länder diese liberal-konservative Fiskalpolitik verfolgt, ohne dabei jedoch über die gleiche industrielle Basis zu verfügen.

spw: Was können die PS in Frankreich und die SPD in Deutschland auf nationaler Ebene tun, um der Krisen entgegenzutreten?

» **L.H.-N.:** Zuallererst müssen die notwendigen steuerpolitischen Reformen angegangen werden, um die Gerechtigkeit

im Steuersystem wieder herzustellen und den Steuerertrag zu erhöhen. Dies hilft auch bei der Ausgleichung des Funktionsbudgets. Mehr noch als in Deutschland, muss der De-industrialisierung in Frankreich durch eine ambitionierte und geeignete Industriepolitik begegnet werden. Dabei müssen die Ressourcen, im Rahmen einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung, vor allem in Richtung der Branchen im Bereich der erneuerbaren Energien gelenkt werden. Außerdem muss der Kaufkraftkrise in beiden Ländern durch die notwendigen Maßnahmen zur Umverteilung ein Ende gesetzt werden.

spw: Die sozialistischen Abgeordneten in der Nationalversammlung haben sich bei der Abstimmung über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) größtenteils enthalten, wie ist dies zu verstehen?

» **L.H.-N.:** Die einfache Modifikation des Lissabon-Vertrages, welche wir im März 2011 im Europäischen Parlament unterstützt haben, hatte als Ziel, die Einführung von Mechanismen der finanziellen Solidarität zu erlauben, welche ursprünglich im Vertrag von Maastricht verboten waren. Ein intergouvernementaler Vertrag der den ESM als Nachfolger der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) einführte, wurde zu diesem Zweck abgeschlossen. Er begründete für die Eurozone einen Fonds mit einem Kapital von 500 Milliarden Euro und einer Leihkapazität von 700 Milliarden. Dieser Embryo eines gemeinsamen europäischen Budgets kann Titel ausgeben, die selbst bereits eine Unterart von Eurobonds sind.

Auch eine Banklizenz, die es dem ESM erlaubt hätte, sich bei der EZB zu refinanzieren, sollte ausgegeben werden. Leider hat Kanzlerin Merkel diesen Passus jedoch aus dem Endtext streichen lassen. Die französischen Sozialisten konnten zur europäischen Solidarität nicht Nein sagen, aber sie konnten auch nicht einem Text zustimmen, in dem die Kanz-

lerin und Präsident Sarkozy eine Bedingung einfügten, die den Zugang in den ESM an die Ratifikation eines neuen Vertrags bindet, welcher die neoliberale Schuldenbremse enthält. Die Enthaltung schien das geeignetste Signal an unsere europäischen Partner, um deren Unterstützung zu einer Solidarität zu erhalten, die auf eine Politik des Aufschwungs und nicht auf rigoroses Sparen baut.

spw: François Hollande will den ESM neu verhandeln, warum und was soll geändert werden?

»» **L.H.-N.:** Der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung (SKSV) will eine Schuldenbremse einführen, die es den Mitgliedsstaaten verbietet ein strukturelles Defizit von 0,5 Prozent zu überschreiten. Andernfalls sollen quasi-automatische Sanktionen unter Überwachung durch den Europäischen Gerichtshof gelten. Die Anwendung dieser bleiernen Regel würde alle Länder der Eurozone nur noch tiefer in eine dauerhafte Rezession stoßen. Daher muss dieser Vertrag neu verhandelt werden. Solange er nicht durch die Mitgliedsstaaten ratifiziert wurde, ist diese bleierne Regel sowieso mit dem Artikel 136 des Vertrags über die Funktionsweise der EU unvereinbar.

spw: Welche weiteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind durch den sozialistischen Präsidenten in Frankreich und Europa vorgesehen, um die Krise zu bekämpfen?

»» **L.H.-N.:** Um es der Eurozone zu ermöglichen, das Wachstum anzukurbeln und die in der Strategie EU 2020 beschriebenen Projekte anzugehen, schlägt François Hollande vor, durch die Europäische Investitionsbank (EIB) finanzierte Gemeinschaftsinitiativen auf die Beine zu stellen und die Finanztransaktionen zu besteuern. Ebenso schlägt er vor die Aufgaben der EZB auszuweiten. Wir wollen, dass die EZB für die öffentlichen Schulden garantieren darf, um da-

durch die Spekulationen gegen die Staaten einzudämmen. Wie bereits erwähnt, hat die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament vorgeschlagen, die öffentlichen Investitionen von der Berechnung der öffentlichen Defizite auszunehmen. Wir hoffen, dass François Hollande diesen wesentlichen Vorschlag übernehmen wird. Er ist unbedingt notwendig, da zurzeit keinerlei Einigung auf eine Ausweitung des europäischen Haushalts in Sicht ist und daher extrem wichtig, um die Handlungsspielräume der Mitgliedstaaten zu erweitern. Dies kann vor allem durch die Kreation von Eurobonds geschehen, welche den notwendigen Spielraum für großangelegte Wachstumsinitiativen schaffen können.

Auf nationaler Ebene ist in Frankreich eine umfassende Steuerreform vorgesehen. Die Vermögenssteuer, welche von der konservativen Regierung aufgeweicht wurde, wird wiederhergestellt. Die progressive Einkommenssteuer wird zum Dreh- und Angelpunkt des Steuersystems ausgebaut, mit einem Spitzensteuersatz von 75 Prozent auf alle Einkommensanteile, die eine Million jährlich übersteigen (A.d.Ü.: der reale Spitzensteuersatz würde bei zwei Millionen Euro Einkommen laut Berechnung des Nouvel Observateur bei rund 40,3 Prozent liegen). Damit würden die Ungerechtigkeiten im Steuersystem ausgeglichen und die Einnahmen des Staates signifikant verbessert werden, was die Defizite verringern würde und die Finanzierung unserer Vorschläge erlauben würde. Die kürzlich erfolgte Anhebung der Mehrwertsteuer (A.d.Ü.: mit Wirkung zum 01. Oktober 2012 wurde der normale Mehrwertsteuersatz 19,6 Prozent auf 21,2 Prozent angehoben), eine besonders ungerechte Steuer, wird aufgehoben. Steuerrückstellungen für die Schutzbedürftigen sind vorgesehen. Die volle Rente mit 60 wird für alle diejenigen wieder eingeführt, die früh ins Berufsleben gestartet sind und 41 Jahre lang ihre Beiträge gezahlt haben.

Eine Anpassung der Unternehmenssteuer ist vorgesehen, um die Unternehmen zu bevorzugen, die ihre Gewinne reinvestieren und diejenigen, welche eine Ausschüttung als Dividende bevorzugen in die Pflicht zu nehmen. François Hollande plant ebenfalls den Stellenabbau im öffentlichen Dienst zu stoppen und hier die Priorität auf das Bildungs- und Erziehungswesen zu setzen. Schließlich soll der Bankensektor reformiert werden. Eine öffentliche Bank ist geplant, die die Ersparnisse der Bevölkerung für die Finanzierung der Investitions- und Industriepolitik mobilisieren soll. Des Weiteren ist die Trennung der Geschäfts- von den Depottätigkeiten der Banken vorgesehen, um die Risiken nachhaltig zu einzuschränken.

Dieses ambitionierte Programm berücksichtigt dabei auch die aktuell bestehenden Einschränkungen, welche durch die europäischen Verträge bestehen. Doch wenn das Wachstum in 2013 weiterhin schwächelt, wird das Ziel eines Defizits in Höhe von 3 Prozent des BIP nicht erreichbar sein. Auch deshalb ist es notwendig, die Verträge neu zu verhandeln.

spw: Deutschland scheint enorm vom Freihandel zu profitieren und verzeichnet 2011 erneut einen Rekordüberschuss im Außenhandel. In Frankreich hingegen wächst das Handelsdefizit von Jahr zu Jahr an. Die Kritik des Freihandels ist daher ein aktuelles Thema in Frankreich. Können sie uns ihre Position darstellen und sagen, warum sie auch in Deutschland gehört werden sollte?

» **L.H.-N.:** Die deutschen Handelsüberschüsse, das haben wir bereits gesagt, sind nicht auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Preisbereich, also die Lohnzurückhaltung zurückzuführen. Die Preise der exportieren Waren sind im Übrigen sogar schneller gestiegen als die Inflation in Deutschland. Die deutsche Wirtschaft profitiert daher zu einem großen Teil von einem

Wettbewerbsvorteil, der nicht im Bereich der Kosten anzusiedeln ist, sondern auf die Spezialisierung auf Marktlücken zurückgeht und den seine europäischen Partner nicht haben. Dennoch ist der Freihandel Ausgangsgrund für einen erhöhten Druck auf die Löhne, da er die Unternehmen dazu bewegt, ihre Produktion in Niedriglohnländer zu verlagern oder Aufträge an Zulieferer dort zu vergeben. Die deutsche Automobilindustrie hat zum Beispiel einen wesentlichen Teil der Zuliefererverträge in die 12 neuen Mitgliedsstaaten der EU vergeben, wo die Lohnkosten nur ein Achtel ausmachen. Die französische Automobilindustrie hingegen hat gleich ihre gesamte Produktion ins Ausland verlagert und oft auch noch in Länder außerhalb der EU.

Um das europäische Sozialstaatsmodell zu erhalten, bedarf es einer unionsweiten Harmonisierung nach oben. Dies wird jedoch ausschließlich durch massive Transfers in der Form von Strukturfonds möglich sein, welche für die neuen Mitgliedsstaaten geschaffen werden müssen, um sie an den Entwicklungsstand der Eurozone heranzuführen. Hier zeigt sich dann auch die ganze Wichtigkeit der Debatte über den unionsinternen Haushalt. Was die Standortverlagerungen in Länder außerhalb der EU betrifft, so sollte der Gemeinsame Zolltarif (GZT) reaktiviert werden um das Prinzip der Gemeinschaftspräferenz zu fördern und um die Kosten für Standortverlagerungen in Länder die Lohndumping betreiben zu verteuern. ■

↳ Liêm Hoang-Ngoc ist Europaabgeordneter und Verantwortlicher für Wirtschaftspolitik im Parteivorstand der französischen Parti socialiste.

↳ Das Interview führte und übersetzte Martin Ahrens.

Sammelrezension: Am Ausgangspunkt des Marxismus?

von Thilo Scholle

Während Karl Marx in den letzten Jahren immer wieder mit neuen Biographien und populären Einführungswerken ins Gedächtnis gerufen wurde, blieb es um Friedrich Engels und andere sozialistische Theoretiker aus dem 19. Jahrhundert wie Karl Kautsky, Victor Adler oder Eduard Bernstein weitgehend ruhig.

In Bezug auf Engels gilt dies schon seit langem, galt er doch vielen als derjenige, der „den Marxismus erfand“ (so auch der Untertitel von Tristram Hunts Engels-Biographie). Für viele Linke im 20. Jahrhundert stand Engels damit für eine Dogmatisierung des marxischen Denkens, das letztlich einen Beitrag zur Degenerierung des marxischen Theorieansatzes in den Parteidoktrinen der an der KPdSU orientierten kommunistischen Parteien und in der UdSSR selbst bedeutete.

Tristram Hunt greift diese Frage gleich in der Einleitung seiner nun auf deutsch erschienenen Engels-Biographie (Original 2009 unter dem Titel „The Frock-Coated Communist. The Revolutionary Life of Friedrich Engels“ in London erschienen) auf. Dabei widerspricht er zugleich zwei Annahmen: Zum einen sei es falsch, Marx und Engels voneinander abzugrenzen, und damit den kritischen Denker Marx dem Dogmatiker und Vereinfacher Engels gegenüber zu stellen. Vielmehr habe Engels einen eigenständigen Beitrag zur gemeinsamen Theorieentwicklung mit Marx geleistet, und sei mit seinen soziologischen Arbeiten beispielsweise zur Lage der arbeitenden Klassen in England bahnbrechend gewesen. Zudem sei Engels auch konsequenter in seinen Versuchen, die gemeinsamen theoretischen Überlegungen neben dem Feld der Ökonomie beispielsweise auch auf die Soziologie der Familie oder auf Fragen der Demokratie anzuwenden.

Neben diesem Interesse an der Entwicklung des politischen Denkens steht für Hunt auch die Faszination an der Biographie von Engels. Auf den knapp 500 Seiten der eigentlichen Biographie entfaltet Hunt ein sehr flüssig und gut geschriebenes Panorama sowohl der politischen und ökonomischen Entwicklung zu Engels' Lebzeiten wie auch zu Engels Biographie selbst.

Hunt sieht Engels als einen Menschen, „der an die Praxis glaubte“, und der seinen „revolutionären Kommunismus mit Leben erfüllen“ wollte. Zugleich habe Engels 20 Jahre in der Blüte seines Lebens geopfert, um mit seiner Tätigkeit als Fabrikant Marx die Vollendung seines theoretischen Werkes zu ermöglichen. Breiten Raum nimmt die Skizzierung von Engels eigener intellektueller Entwicklung ein. Dabei geht Hunt der Entwicklung des politischen Denkens des jungen Engels von eher religiösen Texten über die Rezeption Hegels bis hin zur Entwicklung der gemeinsamen theoretischen Überlegungen mit Marx sehr sorgfältig nach. Beim Blick auf die Biographie fällt gerade im Unterschied zu Marx der völlig andere Lebensstil auf: Während Marx stets versuchte, die bürgerlichen Konventionen seiner Zeit einzuhalten, lebte Engels wesentlich unabhängiger, was Hunt sehr ausführlich am Beispiel von Engels Beziehungen zu Frauen nachzeichnet. Ausführlich geschildert wird zudem der Weg von Engels (und Marx) innerhalb der weltweiten Arbeiterbewegung sowie der Ablauf ihrer schriftstellerischen Zusammenarbeit.

Breiten Raum nimmt auch der Blick auf die Lebensjahre nach Marxens Tod 1883 ein. Hunt stellt fest, dass Engels als Herausgeber der weiteren Schriften von Marx zwar dessen Werk geordnet habe, inhaltlich aber Marx treu geblieben sei. Etwas unterbelichtet bleibt der Blick auf die Beziehungen Engels zur Sozialde-

Gerd Callesen / Wolfgang Maderthaner (Hrsg.)

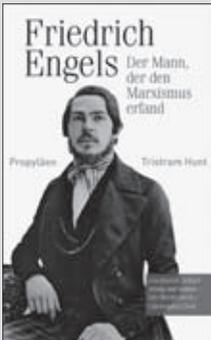
Briefwechsel
Viktor Adler – Friedrich Engels



Akademie-Verlag,
Berlin 2011
267 Seiten, 99,80 €

Tristram Hunt

Friedrich Engels
Der Mann, der den Marxismus erfand



Propyläen Verlag,
Berlin 2012
575 Seiten, 24,99 €

Till Schelz-Brandenburg (Hg.)

Eduard Bernsteins Briefwechsel
mit Karl Kautsky (1891 – 1895)



Campus Verlag,
Frankfurt/ Main 2011
802 Seiten, 109,00 €

mokratie im deutschsprachigen Raum. Zwar wird auch hier über Austausch, Kontakte und Einflüsse durch Engels berichtet, wesentlich größeren Raum nimmt aber die Darstellung der Beziehungen zur Arbeiterbewegung im Vereinigten Königreich ein. Der fehlende Bezug auf SPD und SPÖ ist schade, die Informationen in Bezug auf die englische Arbeiterbewegung dafür sehr interessant.

Hunt, der nicht nur als Historiker in England bekannt ist, sondern seit 2010 auch für die Labour Party Mitglied des Unterhauses ist, hat eine sehr gut lesbare und spannende Biographie geschrieben. Naturgemäß ist sie nur eine mögliche Variante der Interpretation eines Lebens, aber eine plausibel begründete. Hunt nimmt klar Partei für Engels als eigenständigen theoretischen Kopf, der es nicht nur auf Grund seiner Leistungen als Organisator und politische Führungsfigur der Sozialdemokratie, sondern auch aufgrund seiner theoretischen Arbeiten verdient hat, im Gedächtnis der Arbeiterbewegung bewahrt zu werden, und dessen Schriften durchaus auch noch Anschlussmöglichkeiten für aktuelle gesellschaftliche und politische Fragestellungen bieten.

Der Briefwechsel von Victor Adler und Friedrich Engels

Die angesprochene Schwachstelle der Biographie lässt sich zum Teil durch eine weitere verdienstvolle Neuerscheinung ergänzen: Der im Auftrag der Vereins für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Wien von Gerd Callesen und Wolfgang Maderthaner herausgegebene Band mit dem Schriftwechsel von Friedrich Engels mit einer der zentralen Figuren der österreichischen Sozialdemokratie im ausgehenden 19. Jahrhundert, Viktor Adler. Die Briefe zwischen beiden zeigen einen Friedrich Engels, der sich wohlwollend und sehr intensiv um die Entwicklung der Partei in Österreich bemüht, sowie darüber hinaus Adler sowohl persönlich als auch für dessen publizistische Projekte immer wieder auch finanziell aushilft.

Die zweite Hälfte des Bandes ist mit Texten von Victor Adler sowie einigen Texten von Friedrich Engels gefüllt, die die Bemühungen um eine theoretische Durchdringung von Gesellschaftsanalyse und vor diesem Hintergrund Aufgaben und Taktik der Arbeiterbewegung illustrieren. Zudem geben sie einen guten Einblick in die auch in den Briefen reflektierten Theoriedebatten der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie, beispielsweise zur Funktion des „Massenstreiks“ sowie zur Agrarfrage.

So bieten die zusammengestellten Texte zum einen einige schöne Schlaglichter auf die Theoriedebatten der Arbeiterbewegung Ende des 19. Jahrhunderts. Darüber hinaus geben sie auch Einblick in die organisationspolitischen Diskussionen sowie in die politische Arbeit innerhalb der Sozialdemokratie und ihrer Führungspersönlichkeiten zum Ende des 19. Jahrhunderts.

Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1891 – 1895)

Seit mehreren Jahren existiert das sehr umfangreiche Projekt einer Edition des Schriftwechsels zwischen Karl Kautsky und Eduard Bernstein. Erhalten geblieben sind dabei vor allem die Schreiben Bernsteins, da Kautsky seine Korrespondenz offensichtlich wesentlich gründlicher archivierte als Bernstein.

Inhalt der Schreiben sind gemeinsame politische Projekte, Bücher und Artikel, aber auch die Situation in der SPD. Dies ist umso interessanter, als die hier abgehandelte Epoche gerade die zum Ende der Sozialistengesetze und zugleich des Aufstiegs der Sozialdemokratie an den Wahlurnen war. Im Mittelpunkt stehen dabei Projekte zur Ideengeschichte der sozialistischen Bewegung sowie einige aktuelle Fragen zur Politik der Sozialdemokratie. Es fällt auf, dass sich der nur wenige Jahre später zur Jahrhundertwende ausgebrochene „Revisionismusstreit“ – der Kautsky und Bernstein dann als Hauptkontrahenten in heftige Auseinanderset-

zung brachte – allenfalls anhand der Diskussion der Wahlbeteiligung in Preußen andeutete. Im Gegenteil, die Korrespondenz gibt Auskunft über eine enge politische und auch persönliche Freundschaft zwischen beiden.

Auch wenn von Kautskys Teil der Korrespondenz nur wenige Schriftstücke erhalten sind, so bietet der Band doch sehr interessante Einblicke in den gemeinsamen Diskussionsprozess zweier Denker, die für die politischen und theoretischen Diskussionen in der Arbeiterbewegung noch auf Jahrzehnte hinaus prägend sein sollten. Lesenswert ist zudem die gut geschriebene Einleitung des Herausgebers Till Schelz-Brandenburg.

Fazit

Die intellektuellen Beziehungen führender Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende bleiben also ein besonders spannendes Kapitel, wennes auch um die Entwicklung der politischen Theorie innerhalb der Sozialdemokratie geht.

Ein Blick in die Biographie Friedrich Engels lohnt sich. Das Buch von Hunt macht zudem neugierig, sich auch mit den von Engels eigenständig verfasste Texte auseinanderzusetzen, die im „Kanon“ der theoretischen Pflichtlektüre oft fehlen. Auch wenn die Bände mit den Briefen sicherlich nicht zur einfachen Lektüre gehören – und naturgemäß zudem nicht in jeder Zeile bahnbrechende politisch-theoretische Erkenntnisse enthalten –, so bieten sie doch reiches Material zur weiteren Beschäftigung. Davon unabhängig gilt es für die Arbeiterbewegung, sich ihrer Geschichte, ihrer theoretischen Grundlagen und deren (Weiter-)Entwicklungen immer wieder bewusst zu werden. Auch vor diesem Hintergrund sind die Sammlungen wichtig. Zu hoffen ist, dass es an den Universitäten und innerhalb der Sozialdemokratie gelingt, das Interesse an Theorie und Geschichte wach zu halten. ■

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Rezension: Zwischen Darwin und Marx

von Thilo Scholle

Der Blick auf das Verhältnis von Darwinismus und Marxismus in der Theorieentwicklung der Arbeiterbewegung ist schon für sich genommen spannend, werden doch oft Rezeptionen darwinistischer Ansätze für eine verkürzte Rezeption des marxischen Denkens gerade in der Sozialdemokratie an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert verantwortlich gemacht, die u.a. zur Überzeugung von einer gewissermaßen naturgesetzlichen Entwicklung zum Sozialismus beigetragen habe. Aktuell wird dieser Blick zudem durch die Verbreitung sozialdarwinistischer Thesen durch ein SPD-Mitglied mittels eines Buches zur vermeintlichen „Integrationsunfähigkeit“ von Menschen muslimischen Glaubens.

Marxistisches Zentrum und Linksdarwinisten

Richard Saage hat vor allem anhand der Debatten in den zeitgenössischen sozialdemokratischen Theoriezeitschriften ein sorgfältig recherchiertes Buch zur Rezeption des Darwinismus in der Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich vor der Machtübernahme der Faschisten 1933/34 vorgelegt.

Im Ergebnis hält Saage fest, darwinistische Ansätze seien zu keinem Zeitpunkt in der Sozialdemokratie mehrheitsfähig gewesen. Der Darwinismus sei zwar als „wissenschaftliche Großtat“ gefeiert worden, die die Emanzipation aus klerikaler und kirchlicher Bevormundung versprochen habe, eine Dogmatisierung der darwinschen Überlegungen habe es aber nicht gegeben.

Nichts desto trotz macht Saage vor allem auf dem rechten Parteiflügel der SPD einen „linksdarwinistischen“ Ansatz aus. Dieser habe zwar für die Gegenwart den großen Einfluss der (kapitalistischen) Umwelteinflüsse auf den Menschen akzeptiert, sei aber davon

ausgegangen, dass im Sozialismus der Zukunft die darwinschen Naturgesetze zwischen den Menschen gelten würden. Tagespolitisch sei es für diesen Flügel aber weder um die Verbreitung von Rassentheorie noch um die Eugenik von Menschen gegangen, sondern um die materielle und kulturelle Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft.

Demgegenüber stand nach Saage das marxistische Zentrum einer Übertragung darwinscher Naturwissenschaft auf die Gesellschaftstheorie ablehnend gegenüber. So insistierte Karl Kautsky, dass die Wissensgebiete der Gesellschaft und der Arten zwei völlig verschiedene Dinge seien, die analytisch nicht mit einander vermischt werden dürften. Im Kern habe sich die sozialdemokratische Ablehnung des Darwinismus als Gesellschaftstheorie an der Erkenntnis orientiert, den Menschen als den Schöpfer seiner eigenen Daseinsbedingungen zu verstehen, mithin auch den „Kampf ums Dasein“ gerade nicht als anthropologische Konstante, sondern als Auswuchs der jeweiligen Gesellschaftsformation zu sehen.

Die Auseinandersetzungen zeichnet Saage in vielen Details und auch mit Blick auf die sich entwickelnden Diskussionen in den kommunistischen Parteien und in der Sowjet-Union nach. Hilfreich ist auch ein kleines biographisches Lexikon zum Abschluss des Bandes. So bietet das Buch insgesamt einen schönen Einblick in die grundsätzliche Diskussion zum Verhältnis von Natur- und (marxistischer) Gesellschaftswissenschaft.

Sozialdemokratie und Menschenbild

Vor dem Hintergrund der sorgfältigen historischen Rekonstruktion in Saages Monographie fallen die Beiträge in dem von ihm, Helga Grebing und Klaus Faber für die reformsozia-

Richard Saage**Zwischen Darwin und Marx**

Zur Rezeption der Evolutionstheorie in der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie vor 1933/34



Böhlau Verlag,
Wien 2012
280 Seiten, 35,00 €

**Richard Saage/
Helga Grebing/
Klaus Faber (Hrsg.)**
**Sozialdemokratie
und Menschenbild**

Historische Dimensionen und aktuelle Bedeutung



Schüren Verlag,
Marburg 2012
195 Seiten, 19,90 €

listische „Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus“ herausgegebenen Band doch deutlich ab.

Interessant sind ein auf dem oben besprochenen Buch basierender Artikel von Richard Saage zur Rezeption des Darwinismus in der Sozialdemokratie, ein Beitrag von Wolfgang Maderthaler zu „Kultur, Nation, Judentum im austramarxistischen Diskurs“, sowie ein Beitrag von Helga Grebing zum „Menschenbild der Sozialdemokratie nach dem Holocaust“. Maderthaler zeigt dabei auf lesenswerte Weise die Verknüpfung von jüdischer Identität mit der Rezeption „deutscher“ Kultur vor dem Hintergrund des österreich-ungarischen Vielvölkerstaats. Der Beitrag von Grebing ist zwar aufschlussreich, leidet aber leider dar-

unter, dass eine detaillierte Darstellung des Menschenbildes der Sozialdemokratie vor dem Holocaust fehlt, und so ein genauer Blick auf mögliche Wandlungsprozesse nur eingeschränkt möglich ist. Im Mittelpunkt vom Grebings Darstellung steht die überzeugend begründete These, das Menschenbild der Sozialdemokratie sei insgesamt skeptischer geworden, der Mensch sei sowohl zum Guten wie auch zum Schlechten fähig.

Ärgerlich ist demgegenüber der Beitrag des Mitherausgebers Klaus Faber, der in einem unklar strukturierten Beitrag diversen Themengebiete streift, um dann beim Nahost-Konflikt zu landen. Dabei stellt er unter anderem die These auf, der Staat Israel werde irrtümlich als „weißer“ Staat gesehen, obwohl die Bevölkerung nur zu einem Teil aus den Nachfahren europäischer Juden bestehe, und ignoriert dabei die Realität einer nach wie vor auch anhand von regionalen Herkünften hierarchisierten israelischen Gesellschaft. Des Weiteren spricht Faber von einer „Diskriminierung Israels bei den vereinten Nationen, in den westlichen Medien und im akademischen Sektor“, die er wohl u.a. auf die falsche Zuordnung Israels zum herrschenden „weißen“ Westen zurückführt. Israel habe zudem seinen Friedenswillen oft genug auch durch Bereitschaft zu großen territorialen Zugeständnissen deutlich gemacht – eine Feststellung die angesichts des immer weitergehenden Siedlungsbaus eigentlich nur zynisch genannt werden kann. Neben der Angreifbarkeit dieser Thesen bleibt der Bezug zum sozialdemokratischen Menschenbild denn auch unklar.

So bietet der Sammelband zwar einige interessante Blicke zurück, die aktuelle Perspektive fällt jedoch enttäuschend aus, zumal in Bezug auf die Gegenwart eine Auseinandersetzung mit den durch Sarrazin wieder hoffähig gewordenen biologistischen Menschenbildern fehlt. ■

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Bericht zur spw-Frühjahrstagung 2012

Die am 27. und 28. April in Springe stattgefundene spw-Frühjahrstagung beschäftigte sich mit „Sozialistischen Reformdiskursen“ und fragte nach den gegenwärtigen Anforderungen an die sozialdemokratische Erzählung, um ihr mehr Kohärenz und Progressivität zurück zu geben. An zwei gut besuchten Tagen wurden die Diskussionen durch drei Inputs von Stefan Schostok, Dr. Matthias Micus und Prof. Dr. (em.) Michael Vester befördert. Im Zentrum der Debatten standen die Verteilungsfrage, die Frage nach öffentlichen und privaten Gütern, der ökonomische Wandel vor allem im Dienstleistungssektor und die zunehmenden Autonomiebestrebungen in der Gesellschaft. Darüber hinaus wurden Organisations- und Programmernuerungen anderer sozialdemokratischer Parteien Europas diskutiert, bspw. „blue labour“ in Großbritannien oder die Debatten um das Staatsverständnis in der französischen PS.

Debatten und Impulse der diesjährigen Frühjahrstagung werden den Schwerpunkt der kommenden spw 191 bilden.

Erweiterung des HerausgeberInnen-Kreises der spw

Im Rahmen der diesjährigen Frühjahrstagung wurde mit einem Erneuerungsprozess des HerausgeberInnen-Kreises der spw begonnen. Unmittelbar stoßen fünf neue Persönlichkeiten aus Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft hinzu, um die Bindung und Wirkung der spw zu stärken: Uwe Meinhardt (IG Metall), Prof. Dr. (em.) Michael Vester (Universität Hannover), Prof. Dr. Felix Welti (Universität Kassel), Thomas Spies, MdL, und Carsten Sieling, MdB. Aus der Redaktion in den HerausgeberInnen-Kreis wechselt Oliver Kaczmarek, MdB. Bis zur diesjährigen Herbst-

tagung sollen weitere Personen hinzugewonnen werden.

Publikationshinweise

Gerne weisen wir auf die Veröffentlichung „Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung. Bildung im Spannungsfeld von Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und Ökologie“ unseres Mit-Herausgebers Horst Peters im Prolog-Verlag hin. Gemeinsam mit Klaus Moebling und Bernd Overwien wird eine Konzeption politischer Bildung für nachhaltige Entwicklung in aktualisierter Form vorgestellt, die sich an der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ anlehnt. Beispiele aus der Unterrichtspraxis zeigen, wie Bildung für nachhaltige Entwicklung konkret aussehen kann. Dies setzt sich in Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung im Kontakt zu Anforderungen an BNE fort.

► **Weitere Informationen:**

www.prolog-verlag.de

► Preis: 28,80 Euro

Zum zweiten möchten wir auf eine im Erscheinen befindliche Publikation unseres Redaktionsmitgliedes Thilo Scholle hinweisen, der gemeinsam mit Stephan Bundschuh und Ansgar Drücker den Sammelband „Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus“ in der Reihe „Wegweiser“ des Wochenschau Verlages herausgibt. Der Band stellt die Standards der Jugend(sozial)arbeit, zentrale Aspekte einer Pädagogik in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und aktuelle Diskussionen um Demokratie- und Menschenrechtspädagogik vor. Praxisreflexionen und ein Planspiel ergänzen diese Publikation zur politischen Bildungsarbeit.

► **Weitere Informationen:**

www.wochenschau-verlag.de

► Preis: 16,80 Euro

DL 21 Aktuell: Linke Programmbausteine für eine sozialdemokratische Politik



Die an einer neoliberalen Ideologie ausgegerichtete Politik der Konservativen hat Europa in die Krise geführt. Jetzt sorgt die dogmatische Austeritätspolitik von Merkel täglich für eine weitere Verschärfung und Zuspitzung der Krise. Während die Reichen in der Krise immer reicher werden, werden in vielen europäischen Staaten zur Haushaltssanierung Sozialausgaben und Investitionen zusammengestrichen.

Klares sozialdemokratisches Profil

Es ist Zeit für einen echten Wechsel. François Hollande und die französischen SozialistInnen sind Vorreiter für eine andere Politik in Europa. Bei der kommenden Bundestagswahl sollten wir dafür streiten, dass es auch im Bund zu einer Zeitenwende kommt. Nur besseres Regierungshandwerk zu versprechen, als es die FDP bietet, reicht nicht aus. Die SPD muss eine eindeutige Alternative zur verfehlten Politik der schwarz-gelben Bundesregierung sein.

Die Wahlen in Frankreich, aber auch die Landtagswahl in NRW mit Hannelore Kraft haben gezeigt, dass wir dabei keine Angst vor klaren Positionierungen haben müssen. Eine Politik, die gleiche Chancen und Rechte für alle Menschen zum Ziel hat, die nicht auf einseitige Haushaltskürzungen, sondern auf Zukunftsinvestitionen setzt, ist mehrheitsfähig. Dafür sollte die Linke in der SPD kämpfen und nicht mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner zufrieden sein.

Dialog Linke Programmbausteine

Das Forum Demokratische Linke 21 nimmt das Angebot der Parteiführung ernst, das Regierungsprogramm offen und unter Beteiligung der SPD-Mitglieder zu erarbeiten. In diesen Prozess werden wir uns mit linken Programmbausteinen einbringen. Unsere Bau-

steine erstellen wir im Dialog mit den DL21-Mitgliedern. Den Auftakt des „Dialogs Linke Programmbausteine“ bildete die diesjährige DL21-Frühjahrstagung in Frankfurt. Gemeinsam mit Referentinnen und Referenten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur diskutierten die rund 100 Teilnehmenden intensiv die programmatischen Anforderungen an das nächste SPD-Regierungsprogramm.

In Frankfurt herrschte große Übereinstimmung, dass die SPD ihr Versprechen auf Teilhabe aller am Wohlstand und die Möglichkeit des Aufstiegs erneuern muss. Es gilt die Verteilungsgerechtigkeit als zentrales Anliegen unserer politischen Ziele und Maßnahmen wieder erkennbar zu machen. Was bedeutet dies für eine sozialdemokratische Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik? Welche Rolle spielen dabei Schuldenbremse, Fiskalpakt und Europa? Was können neue Impulse in der Friedenspolitik sein? In den anschließenden Workshops wurden erste Ergebnisse für wichtige Politikfelder festgehalten, die nun online weiterdiskutiert werden.

DL21-Treffen mit Sigmar Gabriel am 30. Juni in Berlin

Die Zwischenergebnisse der ersten Dialogphase werden wir bei einem überregionalen DL21-Treffen in Berlin u.a. mit dem SPD-Partei-vorsitzenden Sigmar Gabriel diskutieren, zu dem wir euch herzlich einladen:

Am Samstag, 30. Juni 2012 von 13.30 bis 16.30 Uhr im Berliner Abgeordnetenhaus (Raum 376), Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

Anmeldung und weitere Informationen auf www.forum-dl21.de.

Fünf Fragen an... Carsten Sieling



⇒ Carsten Sieling

Foto: © spdfraktion.de

Carsten Sieling absolvierte nach seinem Realschulabschluss eine Lehre zum Industriekaufmann, studierte über den zweiten Bildungsweg Wirtschaftswissenschaften in Hamburg, Bremen und den USA und promovierte über regionale Strukturpolitik. Der 53-Jährige ist verheiratet und hat drei Kinder. Er sitzt seit September 2009 im Deutschen Bundestag und gehört dem Finanzausschuss an. Sieling ist Mitglied des SPD-Bundesvorstands, Vize-Chef der Parlamentarischen Linken (PL) in der SPD-Bundestagsfraktion und Mit-Herausgeber der spw.

spw: Gibt es Debatten aus Deiner Juso-Zeit, die Dir bis heute wichtig sind?

» **C.S.:** Ja, klar. Die intensiven Diskussionen um die Funktionsweise kapitalistischer Ökonomie und Politik sind mir mit klarem Interessensbezug noch heute Leitfaden meiner politischen Arbeit. Ebenso das Hegemoniekonzept von Gramsci, das eben nicht die zwanghafte Durchsetzung politischer Ziele sieht sondern vor allem intelligente Konsensstrategien für unsere entwickelten Gesellschaften betont.

spw: Gibt es neuere Diskussionen aus der politischen Theorie, die Du spannend findest?

» **C.S.:** Ich beschäftige mich heute besonders mit Fragen von Verteilung, Wachstum und Beschäftigung. Die gesellschaftliche Bedeutung und ökonomische Wirkung einer gerechtigkeitsorientierten Politik fand ich beispielsweise in dem Buch „Gleichheit ist Glück“ von Richard Wilkinson und Kate Pickett sehr instruktiv behandelt. Die Autoren belegen anhand empirischer Langzeitstudien, dass gerechte Gesellschaften für alle Menschen besser sind. Wo sich, wie in den USA aber auch immer mehr bei uns in Deutschland, die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet, da sind die sozialen Folgekosten und Wachstumsschwäche immens. Und was wirklich erstaunlich ist: auch den Reichen geht es in den USA gesundheitlich schlechter, als etwa ihresgleichen in Schweden, wo eben die Gleichheit höher ist. Diese Ergebnisse gilt es strategisch in den politischen Diskurs einzubringen, um fundiert zeigen zu können: Wer für Gleichheit ist gestaltet die Gesellschaft lebenswerter für alle.

spw: Welche politischen Schwerpunkte sollte die SPD aktuell setzen?

» **C.S.:** Was wir dringend brauchen, ist eine gerechte Steuerpolitik, die Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen wieder angemessen an der Finanzierung staatlicher Aufgaben beteiligt. Und dann müssen wir dafür sorgen, dass die Mehreinnahmen dahin fließen, wo sie wirklich gebraucht werden - in die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, in die kommunale Infrastruktur und in die frühkindliche, schulische, berufliche und universitäre Bildung und Ausbildung. Kein Jugendlicher darf mehr ohne Schulabschluss bleiben und ohne Berufsausbildung. Wenn wir dieses ambitionierte Ziel verwirklichen können, haben wir keinen Mangel an Fachkräften und die Wirt-

schaft gewinnt an Wettbewerbsfähigkeit. Denn unsere Unternehmen leben von ihren technologischen Innovationen und für die braucht es hoch qualifizierte Mitarbeiter. Eine gerechte Steuerpolitik kommt also letztlich der Gesellschaft insgesamt zugute.

spw: Innerhalb der SPD wird die Frage der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums nur sehr zaghaft diskutiert. Wie kann dieser Frage wieder mehr Gehör verschafft werden?

»» **C.S.:** Ich denke, die Frage ist längst miten in der Gesellschaft angekommen. Es gibt ja sogar viele Unternehmer, die sich öffentlich zu ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen bekennen, und die kein Problem mit höherer Besteuerung haben. Wir müssen da als SPD mehr Mut beweisen und selbstbewusst unsere Ziele vertreten. Um mit der Vielzahl falscher steuerpolitischer Vorstellungen aufzuräumen habe ich mit einigen Kolleginnen und Kollegen die Plattform Steuermythen.de auf den Weg gebracht, die in diesen Tagen ans Netz geht. Dass es vor allem die Reichen seien, die mit ihren Steuern schon jetzt den Sozialstaat bezahlen: schön wäre es. Viele Menschen sehen genau, wer sich einfach die Taschen vollmacht und sich ansonsten der Verantwortung für die Gesellschaft entzieht. Wir wollen in den Fokus rücken, was für ein Gemeinwesen wir eigentlich wollen. Mit Fakten zu Einkommens- und Reichtumsverteilung und einer populären Darstellung unseres Konzepts. Es muss in dieser Republik wieder zu einer Selbstverständlichkeit werden, dass auch die besser Verdienenden und die Reichen angemessene Steuern bezahlen.

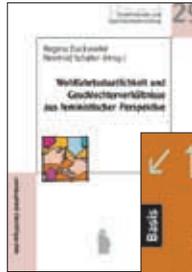
spw: Wie könnte die SPD das Thema wirtschaftliche Ungleichheiten im Euroraum politisch bearbeiten?

»» **C.S.:** Wir müssen den Konstruktionsfehler des Euro beheben. Zu einer Währungsunion gehört eine europaweit abgestimmte Wirtschaftspolitik. Das kann uns nur

gelingen, wenn besonders in Deutschland endlich Schluss gemacht wird mit Niedriglöhnen und prekären Arbeitsverhältnissen, mit dem seine Leistungsbilanzüberschüsse auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer teuer erkaufte werden. Flankiert werden muss das durch eine gezielte Wachstumspolitik in den Krisenstaaten und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die einseitige Fokussierung der Bundesregierung aufs Sparen im Fiskalpakt ist deshalb genau der falsche Weg und treibt Staaten wie Griechenland noch weiter in die Krise. ■

☞ Das Interview führte Thilo Scholle.

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Post-Neoliberalismus?
Ulrich Brand
224 Seiten; € 13,80

»Das Kapital« kompakt
Georg Fülberth
123 Seiten, € 9,90

Prämienpaket 2

Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive
Regina-Maria Dackweiler / Reinhild Schäfer (Hrsg.)
248 Seiten; € 27,90

Feminismus
Gisela Notz
131 Seiten, € 9,90

Prämienpaket 3

VielfachKrise
Alex Demirović / Julia Dück / Florian Becker / Pauline Bader (Hrsg.)
232 Seiten; € 16,80

Politische Ökonomie des Sozialstaats
Heiner Ganßmann
229 Seiten; € 19,90

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
 - Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
 - Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
 - Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: 1 2 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____ Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum, Unterschrift _____
- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____
- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.